



Wahlanalyse der Wahlen im Jahr 2011

Bürgerschaftswahl in Hamburg 2011
Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2011
Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011
Bürgerschaftswahl in Bremen 2011
Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011
Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011

Endgültige Wahlergebnisse

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996 3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard

Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3550
michael.borchard@kas.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassende Analyse	Seite 4
2.	Die Landtagswahl in Hamburg	Seite 6
2.1	Das Wahlergebnis in Hamburg	Seite 6
2.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Hamburg	Seite 7
2.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Hamburg	Seite 16
3.	Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt	Seite 18
3.1	Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt	Seite 18
3.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt	Seite 21
3.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Sachsen-Anhalt	Seite 30
4.	Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz	Seite 33
4.1	Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz	Seite 33
4.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz	Seite 34
4.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Rheinland-Pfalz	Seite 40
5.	Die Landtagswahl in Baden-Württemberg	Seite 42
5.1	Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg	Seite 42
5.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg	Seite 44
5.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Baden-Württemberg	Seite 51
6.	Die Landtagswahl in Bremen	Seite 53
6.1	Das Wahlergebnis in Bremen	Seite 53

6.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Bremen	Seite 55
6.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bremen	Seite 60
7.	Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern	Seite 61
7.1	Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern	Seite 61
7.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Mecklenburg-Vorpommern	Seite 63
7.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Mecklenburg-Vorpommern	Seite 70
8.	Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin	Seite 73
8.1	Das Wahlergebnis in Berlin	Seite 73
8.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Berlin	Seite 76
8.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Berlin	Seite 82
9.	Anhang	Seite 85

Wahlanalyse der Landtagswahlen in Hamburg vom 20. Februar 2011, Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011, Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011, Baden-Württemberg vom 27. März 2011 und Bremen vom 22. Mai 2011

1. Zusammenfassende Analyse

Bei den Landtagswahlen 2011 lassen sich kaum generelle Trends erkennen. Die Ergebnisse der Parteien, die Gewinne und Verluste sowie die jeweiligen Ausgangsbedingungen, fallen recht unterschiedlich aus. Selbst der Einfluss der atomaren Katastrophe in Fukushima, auf die drei Wahlen die im Frühjahr unmittelbar danach stattfanden, ist heterogen. Als einzig stabilen Trend lassen sich die Ergebnisse der Grünen herauskristallisieren, die bei allen Wahlen Gewinne verbuchen können. Während deren Zuwächse in Hamburg noch bescheiden ausfallen, können sie in Folge des Wandels der politischen Agenda die besten Wahlergebnisse ihrer Parteigeschichte verzeichnen – zu einem Zeitpunkt, an dem sie in Umfragen, nach ihrem Stimmungshoch im letzten Jahr, bereits wieder an Zuspruch verloren hatten. Bei allen Landtagswahlen standen für die Wähler vor allem landespolitische Fragen im Vordergrund. Gleichmaßen hatten die Kandidatenprofile bei allen Wahlen einen maßgeblichen Einfluss auf das Wahlverhalten. Eine Besonderheit dieser Landtagswahlen ist, dass von der CDU drei Amtsinhaber und Spitzenkandidaten zur Wahl standen, die selbst noch keinen Wahlkampf in dieser Position geführt hatten. Reiner Haseloff kandidierte von der Position des Wirtschaftsministers aus, Christoph Ahlhaus und Stefan Mappus erhielten das Amt des Ministerpräsidenten/Bürgermeisters während der Legislaturperiode, so dass sie kaum vom „Amtsbonus“ profitieren konnten. Während dies in Hamburg und Baden-Württemberg zum Regierungswechsel führte, konnte die CDU in Sachsen-Anhalt die Regierung fortführen. Für Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern galt die Devise „keine Experimente“, was jeweils eine

Fortsetzung der vorherigen Regierungskonstellation ermöglichte. In Rheinland-Pfalz musste die SPD, nach starken Verlusten, eine Koalition mit den Grünen eingehen. In Berlin scheiterte die rot-rote-Landesregierung, was eine Große Koalition zur Folge hatte. Nicht nur die Bildung der Großen Koalition machte die Berlin-Wahl spannend. Der erste Einzug der Piraten in ein Landesparlament, löste eine Debatte um die Veränderungen im Parteiensystem und die Chancen für die neue Partei auf Bundesebene aus.

Doch lassen sich aus den Ergebnissen – weder vom Stimmungshoch der Grünen noch vom Stimmungstief der Liberalen – keine Schlussfolgerungen für den Bund ziehen, zu uneinheitlich sind die Wahlergebnisse. So konnte die SPD in Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zulegen, während sie bei anderen Wahlen entweder deutlich verlor (Rheinland-Pfalz), schwach verlor (Berlin) oder stagnierte. Die CDU und die FDP haben – außer in Rheinland-Pfalz (CDU), Berlin (CDU) und Hamburg (FDP) – bei allen Wahlen Verluste zu verzeichnen. Dieser sogenannte „Mid-Term-Effekt“¹ ist in der Wahlforschung gut beobachtet. Üblicherweise verlieren Regierungen während ihrer Regierungszeit auf Landesebene deutlich, um am Ende der Legislaturperiode wieder aufzuholen. Dies war auch während der rot-grünen Bundesregierung nicht anders.

¹ Der Begriff stammt aus der amerikanischen Wahlforschung und kann mit „Halbzeitwahlen“ übersetzt werden, wobei der englische Begriff auch in Deutschland verwendet wird. In den Vereinigten Staaten werden in der Mitte der Legislaturperiode des Präsidenten ein Drittel der Senatoren und das Repräsentantenhaus neu gewählt. Diese Wahlen gelten als Stimmungstest für den Präsidenten und führen häufig dazu, dass die Mehrheiten des Präsidenten in einer oder in beiden Kammern verloren gehen.

2. Die Landtagswahl in Hamburg

2.1 Das Wahlergebnis in Hamburg

Die **CDU** verliert² in Hamburg deutlich (-20,7 Punkte) und erreicht 21,9 Prozent der Landesstimmen. Dies ist das schlechteste Abschneiden der Partei. Hamburg galt zwar nie als Hochburg der CDU, doch konnte sie 2004 und 2008 Ergebnisse von über 40 Prozent erzielen. 28 Abgeordnete der CDU ziehen in die Bürgerschaft ein, gleich viele Mandate hat sie verloren.

Die **SPD** gewinnt 14,3 Punkte hinzu und kann mit 48,4 Prozent knapp die absolute Mehrheit gewinnen. Sie stellt 62 der 121 Sitze (+17 Sitze) und hat damit im Parlament ein Mandat Mehrheit.

Die **Grünen** erzielen mit 11,2 Prozent ein eher durchschnittliches Ergebnis (+ 1,6 Punkte). Sie gewinnen zwei Mandate hinzu und stellen insgesamt 14 Abgeordnete.

Die **FDP** zieht mit 6,7 Prozent nach zwei Legislaturperioden wieder in den Landtag ein (+1,9 Punkte). Neun Abgeordnete vertreten die Partei.

Der **Linken** gelingt die Wiederwahl, womit sie zum zweiten Mal in der Bürgerschaft vertreten ist. Wie 2008 erreicht sie 6,4 Prozent der Wähler und entsendet acht Vertreter ins Parlament.

Von den **kleineren Parteien** erreichen die Piraten 2,1 Prozent. Bereits bei der Bundestagswahl haben die Piraten mit 2,6 Prozent recht gut

² Das Wahlrecht von Hamburg und Bremen hat sich bei dieser Wahl geändert. Zum einen ist Kumulieren und Panaschieren möglich, zum anderen stehen jedem Wähler fünf Stimmen zur Verfügung. Ein Vergleich mit den absoluten Stimmen der Vorwahl ist daher nicht möglich.

abgeschnitten. Die rechtsextremen Parteien bleiben bedeutungslos (NPD: 0,9 Prozent).

Die Wahlbeteiligung ist um 6,2 Punkte gesunken und beträgt insgesamt 57,3 Prozent. Noch nie fiel die Wahlbeteiligung in Hamburg niedriger aus. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Ob und inwieweit das neue Wahlrecht,³ die Demobilisierung - vor allem der CDU-Wähler, ein geringes Interesse an der Wahl oder der vermeintlich „sichere“ Wahlausgang, wie in Vorwahlumfragen erhoben, dazu beigetragen haben, kann anhand der Daten nicht erschlossen werden. Auch wenn immer wieder in den Medien zu lesen ist, niedrige Wahlbeteiligungen seien durch Unzufriedenheit und Entfremdung zu erklären, stützen die Befunde der Wahlforschung diese These eher nicht. Vielmehr spielt das Interesse am Wahlausgang, die wahrgenommene Bedeutung von Wahlen, polarisierende und mobilisierende Themen oder Kandidaten, aber auch „unpolitische“ Gründe eine Rolle für die Entscheidung, der Wahl fern zu bleiben.

2.2 Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses in Hamburg

Die Landtagswahl in Hamburg war vor allem von landespolitischen Fragen geprägt. Nachdem die schwarz-grüne Koalition von den Grünen aufgekündigt worden war, fanden vorgezogene Neuwahlen statt. Unter dem Koalitionsbruch litten vor allem die Christdemokraten, die ein historisch niedriges Wahlergebnis verzeichneten. Die Grünen konnten zwar leicht zulegen, verbleiben jedoch in der Opposition, da die Sozialdemokraten eine knappe absolute Mehrheit erreichten. Die auf Bundesebene gemessenen Werte für die Parteien in der Sonntagsfrage

³ Bei dem neuen Wahlrecht hat der Wähler jeweils fünf Stimmen für die Landesliste der Parteien und fünf Kandidatenstimmen, die sowohl kumuliert als auch panaschiert werden können. Aus der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen geht hervor, dass vom Panaschieren 16 Prozent der Wähler Gebrauch gemacht haben.

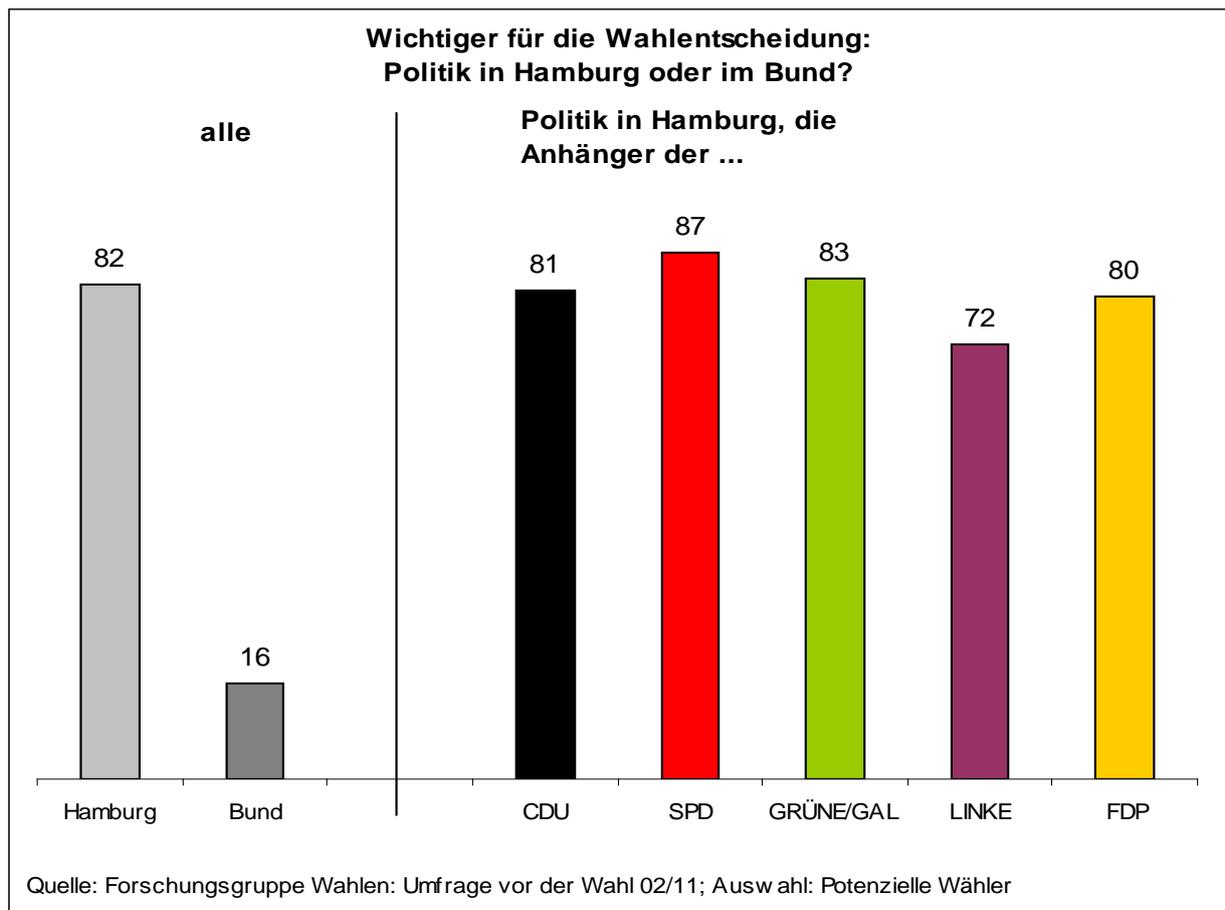
unterscheiden sich mehr als deutlich vom Wahlergebnis in Hamburg. Die Grünen waren auf Bundesebene etwa doppelt so stark (laut Politbarometer vom Februar 17 Prozent), die Sozialdemokraten knapp halb so groß (27 Prozent). Den Sozialdemokraten gelang damit ein Erfolg, den der Partei vor einem Jahr niemand zugetraut hätte.

Doch ist das Wahlverhalten in Hamburg schon seit langer Zeit von einer besonderen Flexibilität gekennzeichnet. Veränderungen im zweistelligen Bereich sind fast die Regel, nicht die Ausnahme.⁴ Bereits in den 90er Jahren haben die Hamburger Wähler immer wieder für Überraschungen gesorgt. Sie verschafften sowohl der Statt- als auch der Schill-Partei parlamentarische Macht (die DVU scheiterte 1997 mit 4,97 Prozent denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde) und ließen die SPD 2004 auf 30,5 Prozent abstürzen. Die FDP hatte in Hamburg schon seit Jahrzehnten einen schweren Stand und scheiterte regelmäßig an der Fünf-Prozent-Klausel, während die Grünen bereits seit 1982 kontinuierlich im Parlament vertreten sind. Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist, dass selbst in einem Fünf-Parteien-Parlament eine absolute Mehrheit möglich ist, ein Ergebnis, das viele Politikwissenschaftler als höchst unwahrscheinlich einstufen, da eher Dreier- als Zweier-Koalitionen für wahrscheinlich gehalten werden.

Die vorgezogenen Neuwahlen waren unvermeidbar, nachdem die Grünen die Koalition aufkündigten. Dem vorausgegangen war ein Volksentscheid, der sich gegen das vom Senat beschlossene „längere gemeinsame Lernen“ durchsetzte, sowie der zeitgleiche Rücktritt des Bürgermeisters Ole von Beust. Was auch immer die genauen Gründe der Grünen für das Auflösen der Koalition waren, in den Augen der Wähler war die erste schwarz-grüne-Koalition in Hamburg gescheitert.

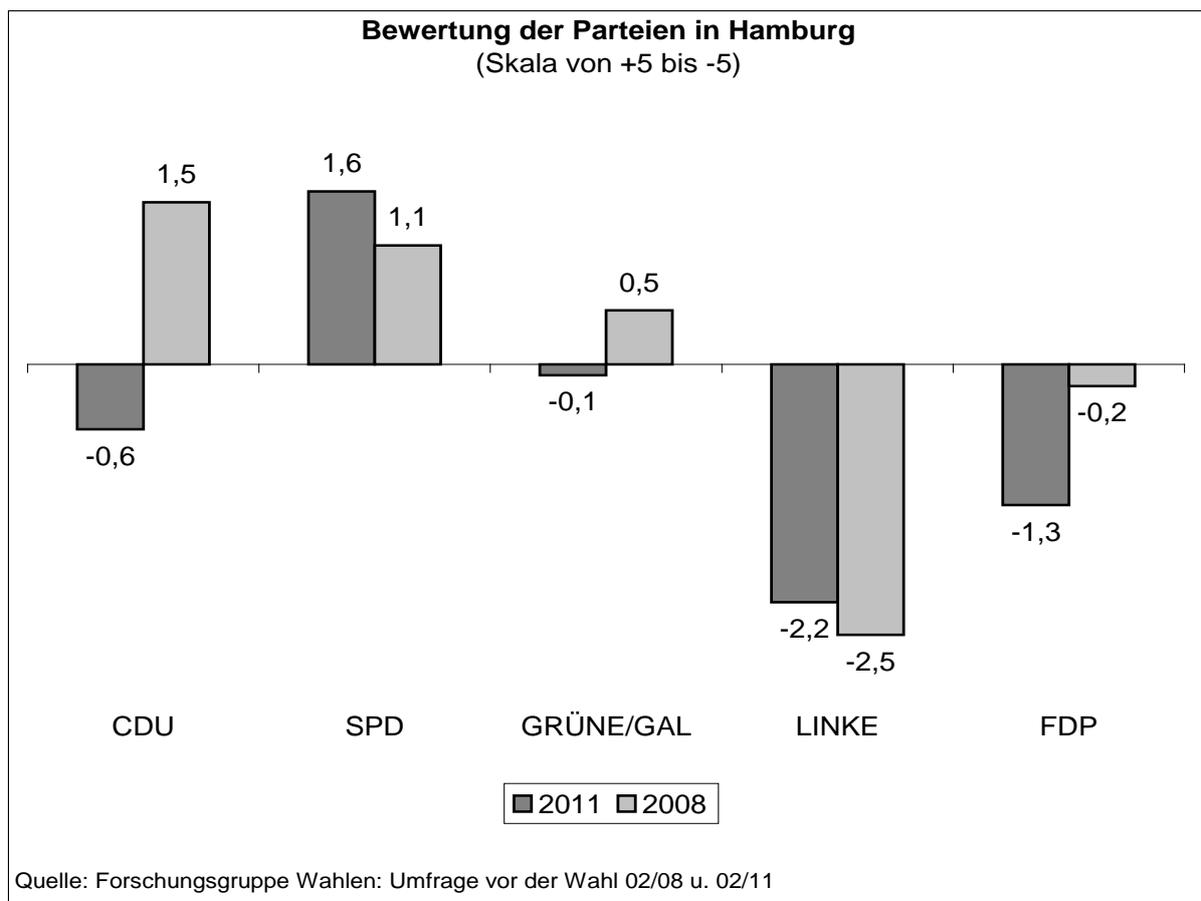
⁴ 2001 gewann die Schill-Partei aus dem Nichts 19,4 Punkte, 2004 legte die CDU um 21,0 Punkte zu.

In Hamburg hat die bundespolitische Stimmungslage nur einen sehr geringen Effekt auf den Ausgang der Wahl gehabt, was in Stadtstaaten insgesamt üblich ist. 82 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen) sagten im Vorfeld der Wahl, dass die Politik in Hamburg den Ausschlag bei der Wahlentscheidung gäbe. Dies ist im Vergleich mit anderen Wahlen ein ausgesprochen hoher Wert, der die lokale Gebundenheit der Wahlmotive untermauert.



Während der verkürzten Legislaturperiode haben sich die Umfragewerte der CDU dramatisch verschlechtert. Am Ende erreichte die CDU (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala) einen negativen Wert von -0,6 (2008: +1,5). Die CDU hat auch in den eigenen Reihen deutliche Einbußen zu verzeichnen und kam dort noch auf einen Wert von 2,3 (2008: 3,9). Bei den anderen Parteien sind die Veränderungen deutlich moderater und wirken sich durch unterschiedliche Mobilisierungseffekte auch nicht so unmittelbar auf das Wahlergebnis aus, wie es für die CDU der Fall war. Die Grünen mussten zwar auch an Zustimmung einbüßen, doch beeinflusste

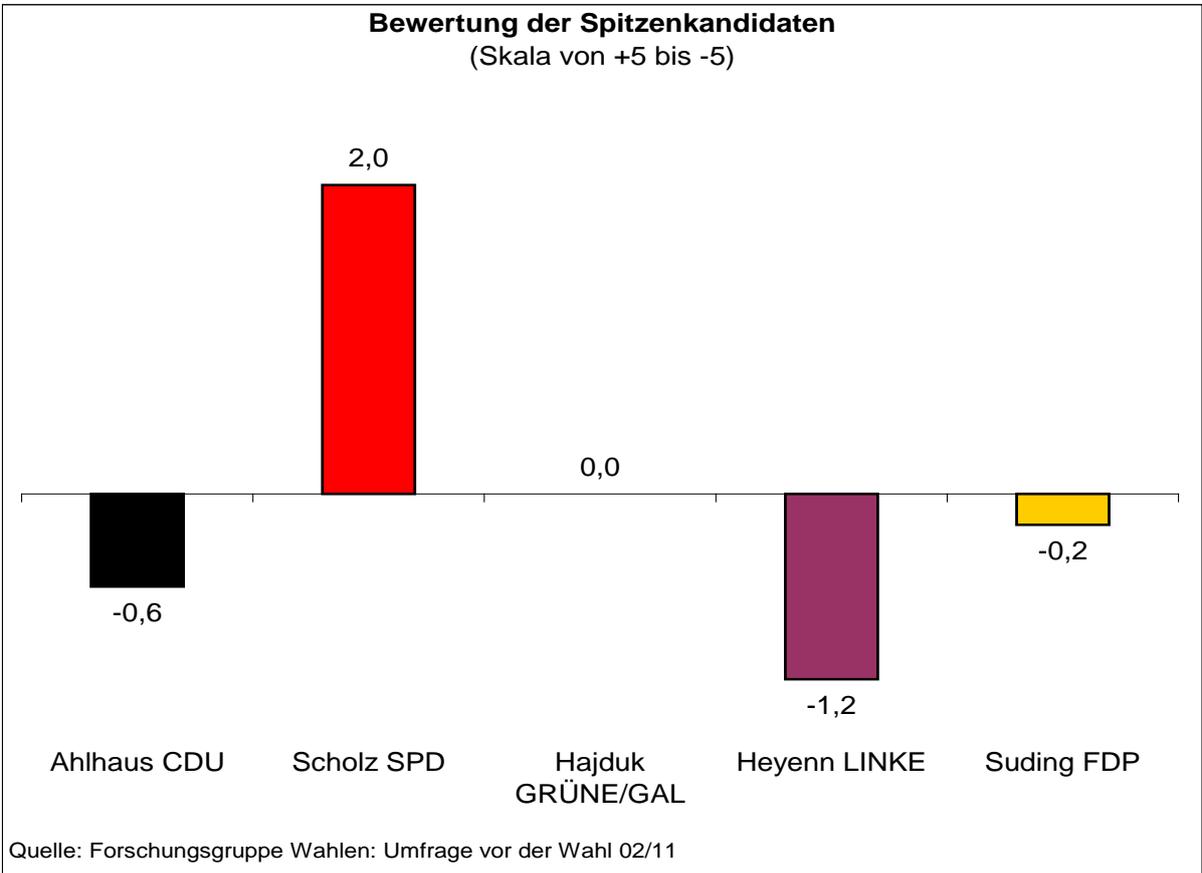
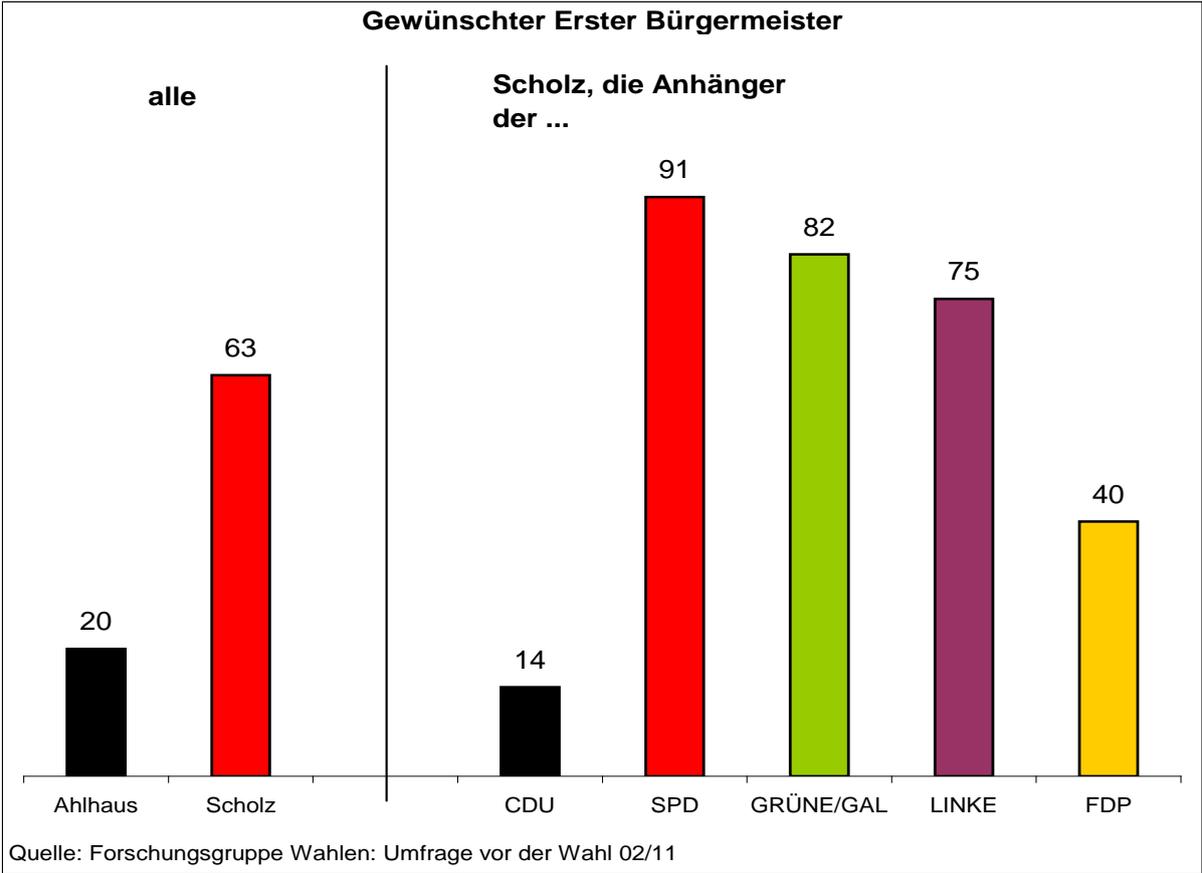
dieser Rückgang weniger das Wahlergebnis, als das Image der Partei. So sanken die Grünen von +0,5 2008 auf einen Wert von -0,1. Verbessern konnte sich hingegen die SPD, die von +1,1 auf 1,6 stieg. Der FDP, deren negatives Image sich sogar verstärkte (-0,2 2008 auf -1,3 2011), ist trotz der eher schwachen Reputation ein Zugewinn gelungen, was wohl auf Wechselwähler, die von der CDU kamen, zurückgeführt werden kann (Forschungsgruppe Wahlen).



Bei den Koalitionspräferenzen wird deutlich, wie stark der Ansehensverlust des Senats war. 73 Prozent lehnten eine schwarz-grüne Regierung ab, gerade einmal 29 Prozent bescheinigten dem Senat, er habe Hamburg vorangebracht. Ungewöhnlich hoch war hingegen die Zustimmung zu einer SPD-Alleinregierung, die 50 Prozent positiv bewerteten (Forschungsgruppe Wahlen). Gleichermäßen dominierte die Unzufriedenheit mit dem Senat. Während 2008 49 Prozent mit dem CDU-Senat zufrieden waren, sank der Wert vor der Wahl auf 28 Prozent für den schwarz-grünen Senat (Infratest dimap).

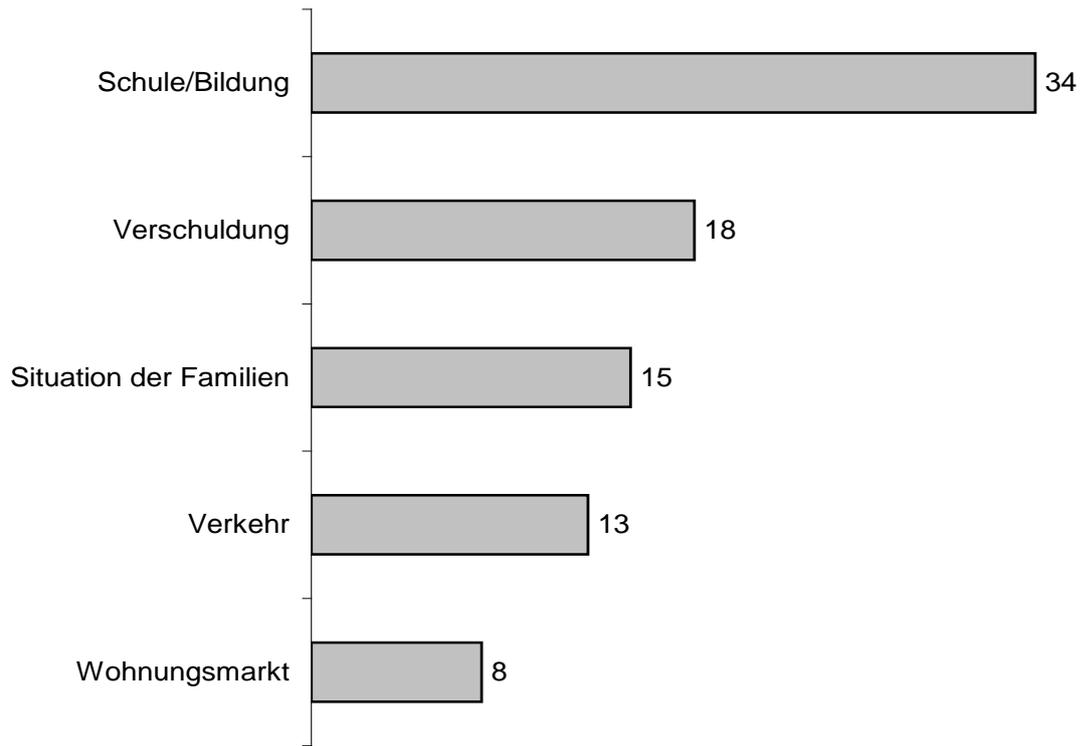
Der Rückzug Ole von Beusts aus der Hamburger Politik wurde mehrheitlich negativ gesehen. 64 Prozent aller Hamburger und 70 Prozent der CDU-Anhänger stimmten der Aussage zu, „Ole von Beust hat mit seinem Rücktritt Hamburg im Stich gelassen.“ Die vergleichsweise extrem kurze Amtszeit von einem halben Jahr seines Nachfolgers Christoph Ahlhaus hat keinen Amtsbonus entstehen lassen. Über die Größenordnung des Einflusses von Personen auf ein Wahlergebnis kann zwar vortrefflich gestritten werden, doch sind Personalisierungseffekte immer wieder sichtbar. So verband sich das negative Image der CDU mit einem schlechten Ansehen des Spitzenkandidaten. Auf einer Skala von +5 bis -5 erreichte er einen Wert von -0,6. Dies ist der schlechteste Wert, den die Forschungsgruppe Wahlen für einen Amtsinhaber jemals gemessen hat. Dem Herausforderer Olaf Scholz gelang es, sich ein positives Image zu schaffen. Auf der +5 bis -5 Skala kam er auf 2,0, 63 Prozent bevorzugten ihn als Bürgermeister gegenüber 20 Prozent, die Ahlhaus präferierten. Diese grundsätzlich ablehnende Bewertung spiegelt sich auch in den Eigenschaftsprofilen der Kandidaten wider, bei denen Ahlhaus in keinem abgefragten⁵ Image an den Herausforderer heranreicht (Forschungsgruppe Wahlen).

⁵ Abgefragt wurden: bürgernah, sympathisch, passt besser zu Hamburg, tatkräftig, glaubwürdig und Sachverstand.



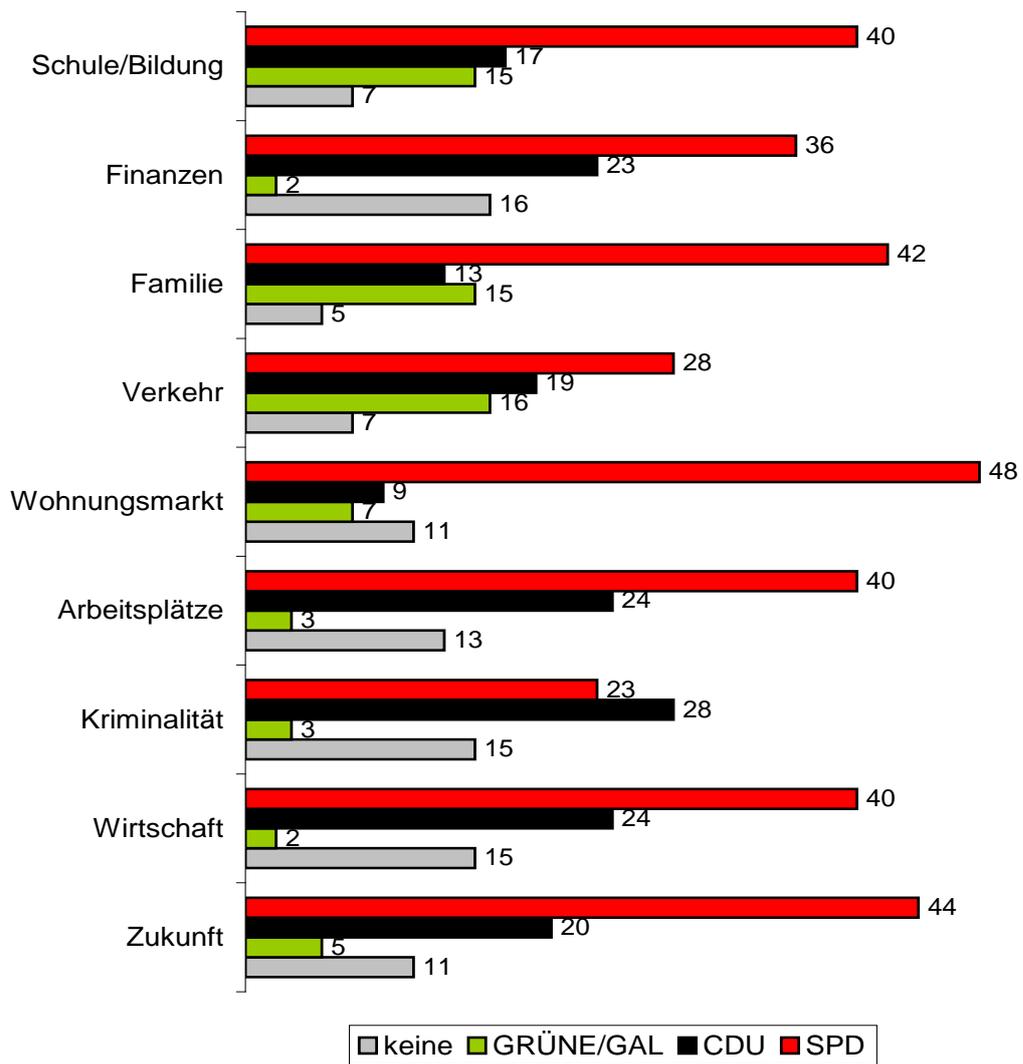
Die negative Gesamtbewertung der CDU spiegelt sich auf allen Feldern wider. Die SPD gilt auf allen Kompetenzfeldern – außer der Kriminalität (Verbrechensbekämpfung) – als die kompetentere Partei. Bei dem wichtigsten Thema, der Schul- und Bildungspolitik (34 Prozent nennen dies als wichtigstes Thema) trauen der SPD 40 Prozent die Lösung zu, der CDU 17 Prozent. Auch bei dem Finanzthema (18 Prozent geben an, dies sei das wichtigste Thema) kann die CDU ihren klassischen Vorsprung nicht halten. 23 Prozent sehen hier die CDU und 36 Prozent die SPD als kompetent an. Dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik, in der 40 Prozent der SPD und 24 Prozent der CDU zutrauen, in diesem Themenfeld erfolgreiche Politik zu gestalten. Lediglich in dem – jedoch in der Liste der wichtigsten Themen weit abgesunkenen Feld der Kriminalitätsbekämpfung – kann die CDU sich mit 28 zu 23 Prozent leicht vor der SPD behaupten (Forschungsgruppe Wahlen). Im Vergleich zur Vorwahl hat die CDU bei allen abgefragten Themen einen Kompetenzrückgang zu verzeichnen (Infratest dimap). Wähler orientieren sich in ihrer Wahlentscheidung häufig auch an zentralen Images/Werten. Auch hier konnte die CDU nicht an SPD oder Grüne anschließen. So attributierten der Partei 43 Prozent, sie hätte fähige Politiker (SPD: 74 Prozent), 41 Prozent sie sei geschlossen (SPD: 57 Prozent), 34 Prozent hielten sie für glaubwürdig (SPD: 62 Prozent), 33 Prozent sahen Bürgernähe (SPD: 72 Prozent) und 30 Prozent waren der Ansicht, sie hätte den richtigen Kurs für Hamburg (SPD: 55 Prozent; Infratest dimap).

Wichtigste Probleme

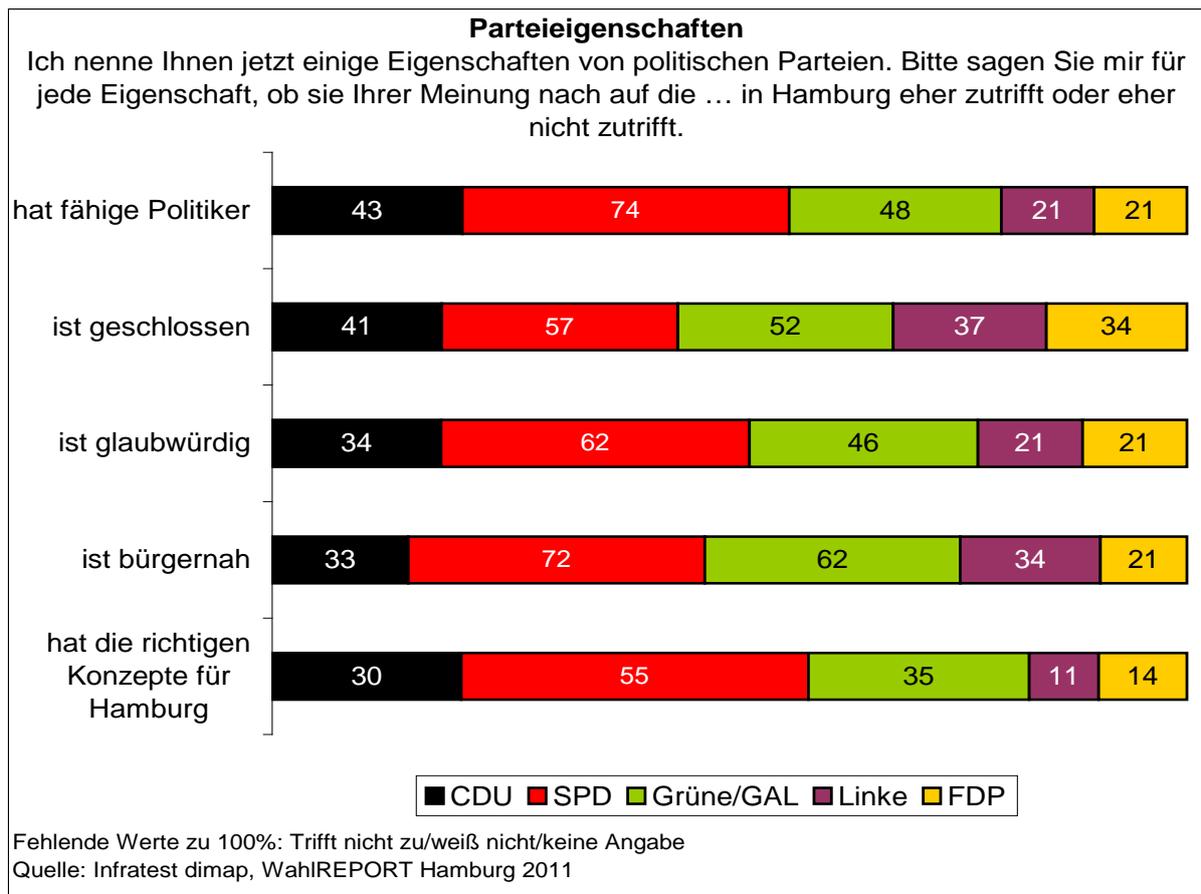


Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl 02/11

Parteikompetenzen



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl 02/11



2.3 Wählerwanderungsbilanz⁶ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Hamburg

Die **CDU** gibt bei der Wahl in alle Richtungen Wähler ab. Maßgeblich für das Abschneiden der Partei sind die Wanderungen ins Nichtwählerlager (-77.000) und die Wechsler zur SPD (-50.000). Die FDP wird von 20.000 ehemaligen CDU Wählern präferiert. Der Wechsel zu den übrigen Parteien fällt hingegen nicht weiter ins Gewicht. Auch die gescheiterte Koalition hat keine größeren Wanderungsbewegungen ausgelöst. Lediglich 6.000 ehemalige CDU-Wähler wechseln zu den Grünen. Somit ist die CDU die Partei, die mit Abstand am stärksten von der gesunkenen Wahlbeteiligung betroffen ist. Bei allen anderen Parteien sind die Abwanderungstendenzen in die Nichtwahl deutlich geringer.

⁶ Alle Daten zur Wählerwanderungsbilanz sind der Analyse von Infratest dimap entnommen.

Die **SPD** kann fast aus allen Lagern Wählern mobilisieren. Entscheidend für den Wahlerfolg sind Zugewinne von der CDU (+50.000) und eine schwache Beeinträchtigung durch die gesunkene Wahlbeteiligung. Lediglich 10.000 ehemalige SPD-Wähler blieben den Urnen fern. Die Wechselbewegung zwischen den Anhängern der anderen Parteien fallen eher schwach aus. Von den Grünen gewinnt sie im Saldo 7.000 Stimmen, von der FDP 5.000 und von der Linken 4.000 Wähler.

Die **Grünen** haben insgesamt nur geringe Verschiebungen in ihrer Wählerschaft. An die SPD verliert sie 7.000 Wähler, von der CDU kommen 6.000 hinzu und weitere 6.000 ehemalige Grüne-Wähler bleiben der Wahl fern.

Auch bei der **Linken** überwiegt die Stagnation in ihrem Wählersegment. 4.000 ehemalige Wähler der Partei entscheiden sich für die SPD und weitere 4.000 geben keine Stimme ab.

Bei der **FDP** tragen in erster Linie ehemalige CDU-Wähler durch ihren Wechsel zum guten Abschneiden bei. 20.000 Wähler kommen von der CDU. Verluste hat die Partei gegenüber dem Nichtwählerlager (-6.000) sowie gegenüber der SPD (-5.000) zu verzeichnen.

Die Verluste der CDU verteilen sich recht homogen auf alle Bevölkerungsgruppen. Dies spricht dafür, dass nicht eine spezifische Klientel der CDU den Rücken zugewandt hat, sondern dass sie relativ flächendeckend Unterstützung einbüßt. Bis auf das bessere Abschneiden der CDU bei den älteren Wählern, ergeben sich im Abstimmungsverhalten der sozialen Gruppen keine ausgesprochenen sozialstrukturellen Besonderheiten. Allerdings hat die CDU in der Wählerschaft der über 60jährigen die stärksten Verluste zu verzeichnen, hier kann die SPD überdurchschnittlich zulegen. Ähnlich verhält es sich in der Gruppe der

Arbeiter: Während die SPD bei den Arbeitern überdurchschnittlich zulegen kann, verliert die CDU hier stark.⁷

3. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

3.1 Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt

Ähnlich wie in Hamburg sorgen Landtagswahlen in **Sachsen-Anhalt** regelmäßig für Überraschungen. Die Wechselfreude der Sachsen-Anhalter ist recht ausgeprägt, was bislang dazu führte, dass sich nach jeder Wahl eine neue Regierungskonstellation bildete. Mit dem sogenannten Magdeburger Modell, das ab 1994 regierte, kam es zum ersten Mal zu einer Minderheitsregierung, die von der PDS toleriert wurde. Aber auch die Auf- und Abschwünge im Parteiensystem sind enorm und sorgten bundesweit für Schlagzeilen: Zum einen mit dem Einzug der rechtsextremen DVU 1998 ins Parlament und zum anderen durch die niedrigste Wahlbeteiligung, die je bei einer Landtagswahl gemessen wurde. Aber auch die Veränderungen der Parteien weisen über die Jahre beträchtliche Schwankungen auf, und zweistellige Gewinne und Verluste sind nicht ungewöhnlich.

Umso erstaunlicher ist die große Kontinuität der Parteien im Vergleich zur Vorwahl, die eine Fortsetzung der Großen Koalition ermöglichte. Doch gibt es in Sachsen-Anhalt auch einige Effekte, die auf Veränderungen im aktuellen Meinungsklima nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima (11. März 2011) zurückzuführen sind. Durch das gewachsene Interesse an Politik ist die Wahlbeteiligung gestiegen. Das Thema Ausstieg aus der Atomenergie, das alle Medienberichte dominierte, führte zu einer verstärkten Wahrnehmung der Grünen, die dadurch nach drei Legislaturperioden außerparlamentarischer Opposition wieder in den

⁷ Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen, Details im Anhang.

Landtag einziehen konnten. Bei den landespolitischen Faktoren unterscheidet sich Sachsen-Anhalt in einigen Punkten deutlich von den anderen Bundesländern (außer Bremen): In Sachsen-Anhalt gab es keine Wechselstimmung und keine starke Polarisierung zwischen den Parteien und Kandidaten. Die amtierende Regierung sollte in den Augen der Wähler fortgesetzt werden.

In Sachsen-Anhalt kann keine Partei auf eine stabile größere Stammwählerschaft setzen. Bis auf die Landtagswahl 1998 war die CDU immer die stärkste Partei, während SPD und Linke (PDS) seit 2002 um den zweiten Platz kämpfen. Der **CDU** ist es trotz leichter Verluste (-3,7 Punkte) gelungen, mit 32,5 Prozent den ersten Platz im Parteiensystem zu verteidigen. Sie entsendet 41 Vertreter (+1 Mandat) in das Parlament.

Die **SPD** erreicht auf Landesebene seit 2002 Ergebnisse von ca. 20 Prozent. Dass diese Ergebnisse jedoch nicht „zementiert“ sind, zeigt das Abschneiden bei Bundestagswahlen bei denen die Partei sowohl bessere als auch schlechtere Resultate verzeichnet, was im Übrigen auch für die anderen Parteien gilt. Die SPD erreicht fast punktgenau das Ergebnis der letzten Wahl (+0,1 Punkte) und kommt auf 21,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, was ihr einen Zuwachs von zwei Mandaten bringt (insgesamt 26 Mandate).

Die **Linke** musste ihre Hoffnungen aufgeben, vielleicht sogar stärkste Partei zu werden (im September 2010 lag sie in einer Meinungsumfrage bei 30 Prozent gleichauf mit der CDU). Sie ist zwar mit 23,7 Prozent zweitstärkste Partei geworden (-0,4 Punkte), doch hatte die SPD im Vorfeld eine Koalition als „Juniorpartner“ ausgeschlossen, so dass sich die 29 Abgeordneten (+3) erneut in der Opposition befinden.

Die **Grünen** ziehen mit 7,1 Prozent (+3,6 Punkte) nach einer Abstinenz von drei Legislaturperioden wieder in den Landtag ein (mit neun Mandaten). Ohne die günstige Themenlage wäre ein Einzug nicht gesichert gewesen. Vor der Reaktorkatastrophe bewegten sie sich bei etwa 5 Prozent.

Die **FDP** erreicht 3,8 Prozent. Sie verliert 2,8 Punkte. FDP und Grüne müssen in den neuen Ländern immer wieder mit längeren außerparlamentarischen Phasen rechnen, da sie im Parteiensystem nur schwach verankert sind und es meistens einer spezifischen Konstellation bedarf, um sie parlamentarisch zu verankern.

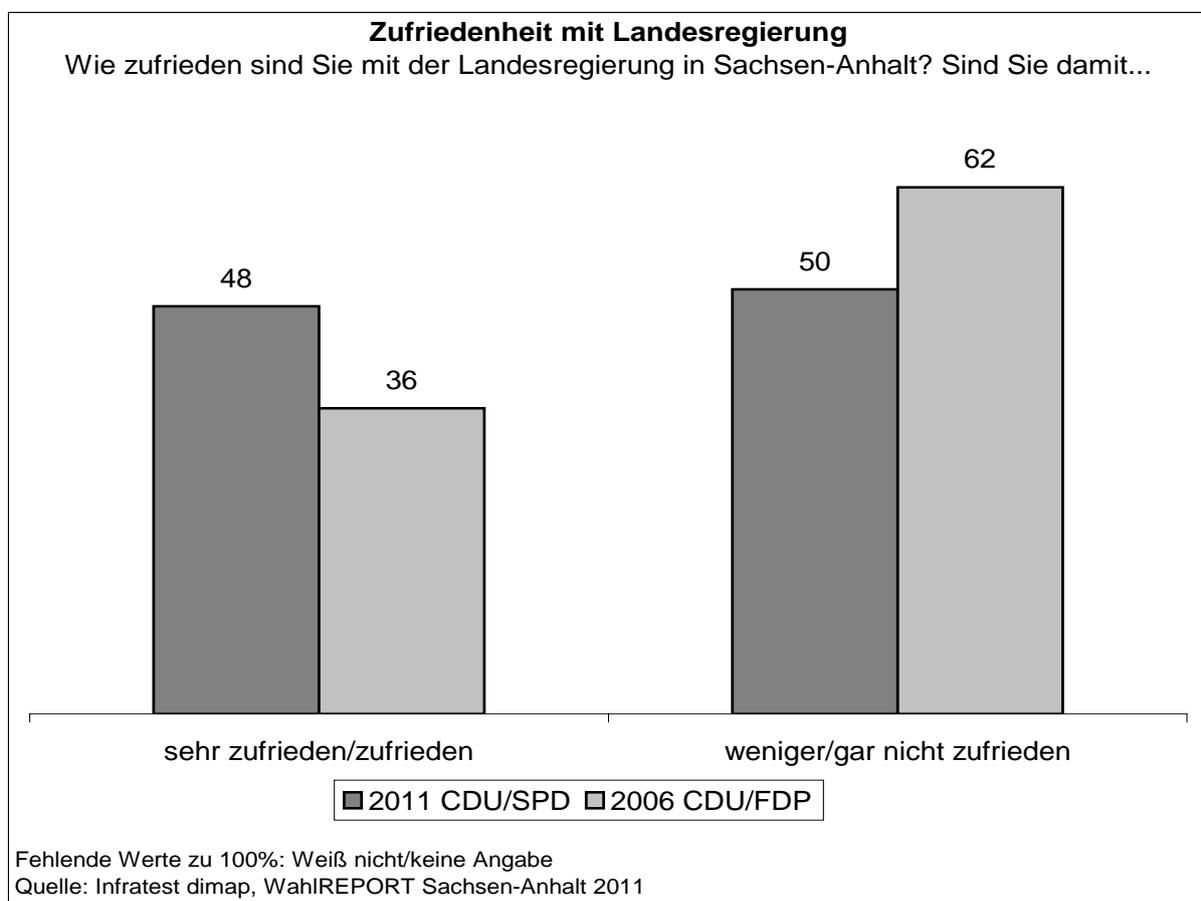
Die **sonstigen Parteien** haben in Sachsen-Anhalt gut abgeschnitten. Rechtsextreme, aber auch rechtspopulistische Parteien fanden dort bei einigen Wahlen überdurchschnittlich viele Wähler.⁸ Bei dieser Wahl verfehlte die **NPD** mit 4,6 Prozent den Einzug ins Parlament sehr knapp. Überraschend gut sind auch die Ergebnisse der **Freien Wähler**, die dort zum ersten Mal kandidierten und 2,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielten. Auch 1,6 Prozent für die Tierschutzpartei sind außergewöhnlich. Die 1,4 Prozent für die Piraten liegen hingegen deutlich unter dem Niveau der Bundestagswahl 2009, bei der sie 2,4 Prozent erzielten. Diese Ergebnisse deuten auf ein Protestpotential hin, das nicht innerhalb des etablierten Parteiensystems aufgefangen werden kann.

Nach dem Tiefstand der **Wahlbeteiligung** bei der Vorwahl von 44,4 Prozent ist sie auf 51,2 Prozent (+6,8 Punkte) angestiegen, bewegt sich aber nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

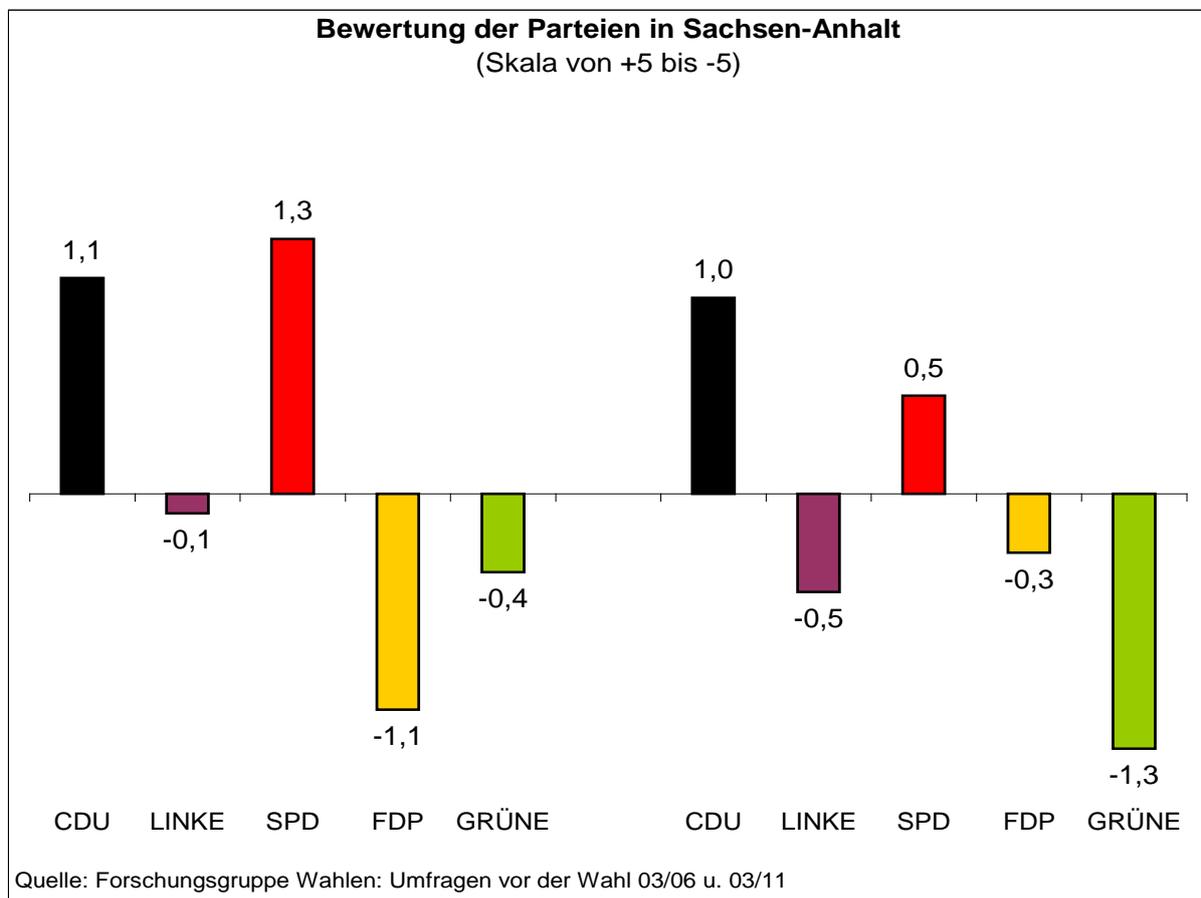
⁸ So kam die DVU 1998 auf 12,9 Prozent und 2006 auf 3,0 und die Schill Partei 2002 auf 4,5 Prozent.

3.2 Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt

Obwohl mit der Reaktorkatastrophe in Japan ein bundespolitisch dominantes Thema die Agenda besetzte, zeigten sich die Sachsen-Anhalter sowohl von diesem Thema als auch von bundespolitischen Erwägungen insgesamt relativ unbeeindruckt. 52 Prozent trafen ihre Wahlentscheidung auf der Basis landespolitischer Erwägungen. Insgesamt war das Meinungsklima von Zufriedenheit mit der Landesregierung und dem Fehlen einer Wechselstimmung gekennzeichnet. 2011 wünschten sich nur 32 Prozent einen Koalitionswechsel. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist ein ausgeglichenes Niveau zufriedener und unzufriedener Wähler eher selten, meist überwiegt die Unzufriedenheit. Zudem ist die Zufriedenheit mit der Landesregierung gegenüber 2006 von 36 auf 48 Prozent gestiegen (Infratest dimap).

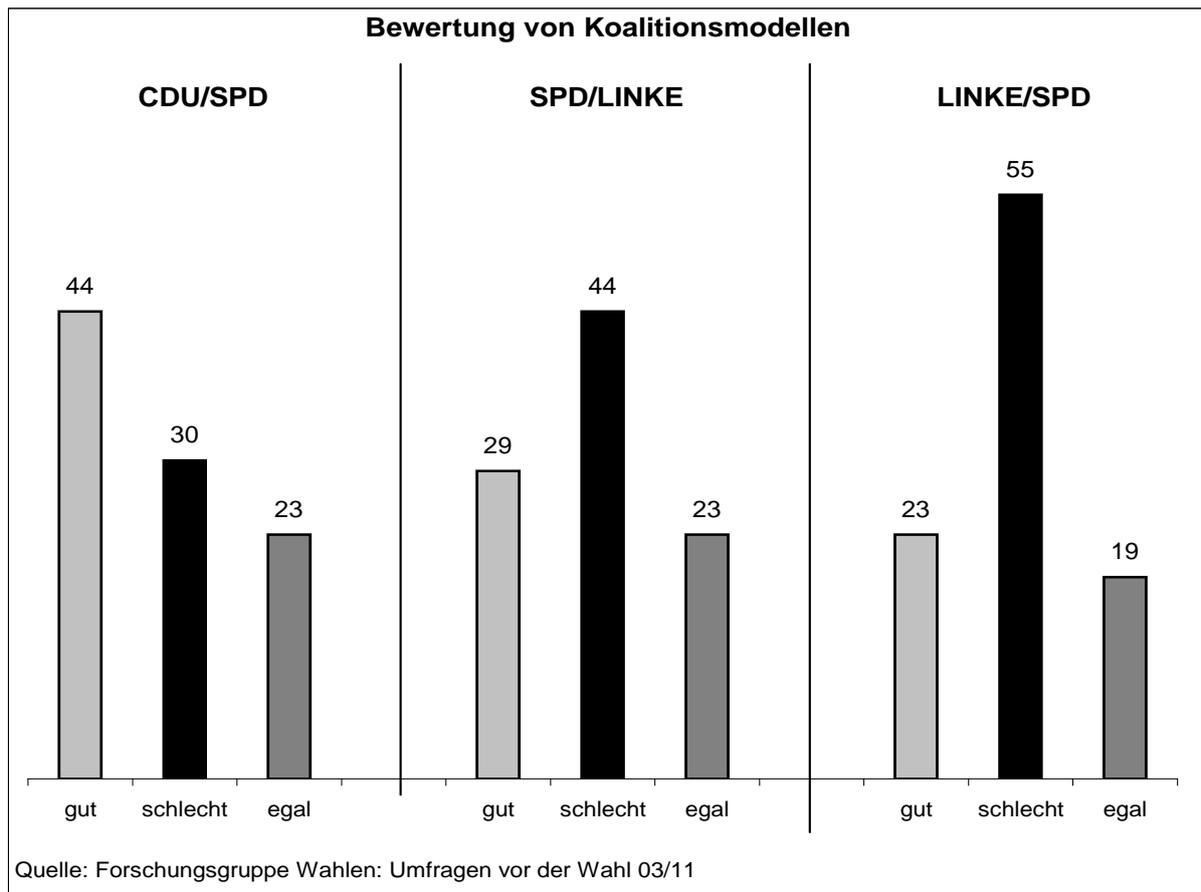


Beide Koalitionspartner genießen ein etwa gleich großes Ansehen, sowohl als Partei als auch in der Bewertung als Regierungspartner. Während die CDU mit einem Wert von 1,1 (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala) ihre Imagewerte der Vorwahl etwa gehalten hat, konnte sich die SPD von 0,5 auf 1,3 verbessern, auch wenn sich dies nicht in Wählerstimmen niederschlug. In der Bewertung der Regierungsparteien liegen beide bei 1,0. Das Ansehen der Oppositionsparteien war hingegen schlecht. Während die Linke sich nur knapp im negativen Bereich bewegte (-0,1) wird die FDP mit einem Wert von -1,1 kritisch wahrgenommen (Forschungsgruppe Wahlen).



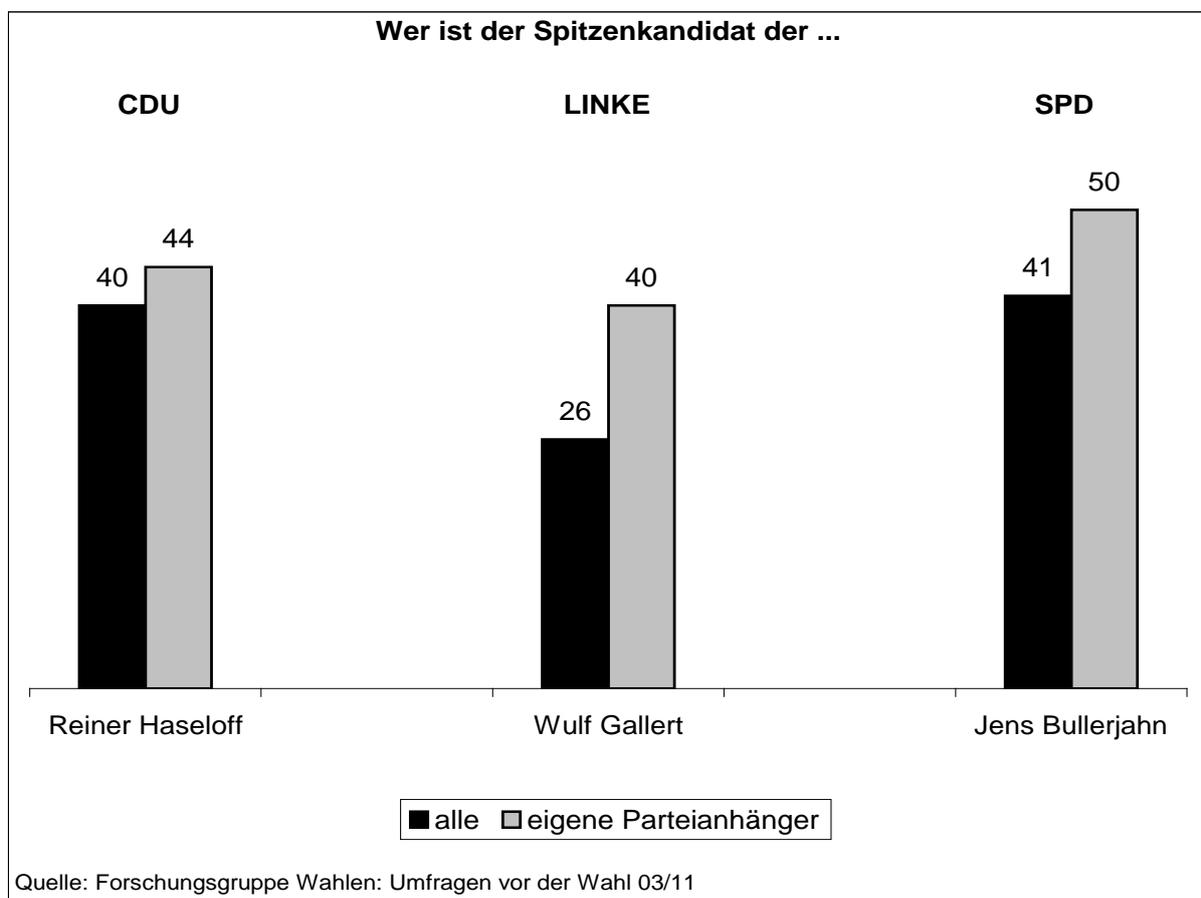
Auf dieser Basis entwickelten sich eindeutige Koalitionspräferenzen. Die Fortsetzung der Großen Koalition bewerteten 44 Prozent positiv und ein Regierungswechsel zu einer SPD-geführten rot-roten Koalition begrüßten hingegen lediglich 29 Prozent. Eine Koalitionsführung durch die Linke befürworteten nur 23 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Zur guten Bewertung der Koalition hat sicherlich beigetragen, dass sich die

wirtschaftlichen Einschätzungen im Vergleich zur Vorwahl erheblich verbessert haben. Sagten 2006 54 Prozent, sie würden die wirtschaftliche Lage schlecht beurteilen, so sank der Wert 2011 auf 26 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). 79 Prozent attestierten dem Land, dass es „sich alles in allem in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt“ habe (Infratest dimap).



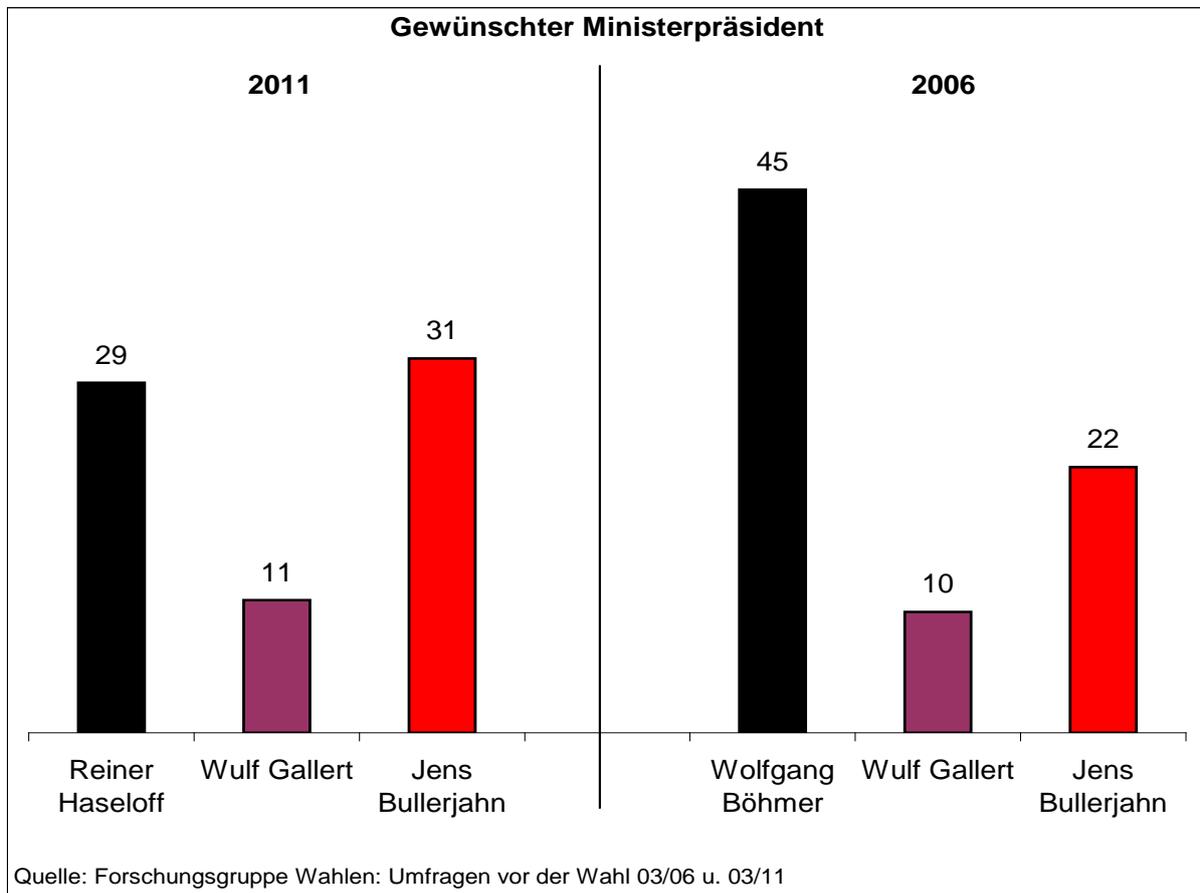
In Sachsen-Anhalt gab es drei Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten, da die Linke – wie bereits in Thüringen – deutlich machte, dass sie, eine entsprechende Mehrheit vorausgesetzt, den Ministerpräsidenten stellen möchte. Da Ministerpräsident Wolfgang Böhmer bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt blieb, kandidierte der Spitzenkandidat der CDU, Reiner Haseloff, von der Position des Wirtschaftsministers und der Herausforderer der SPD, Jens Bullerjahn, von der Position des Finanzministers. Dies wirkt sich vor allem auf den Bekanntheitsgrad aus, da Landesminister traditionell in der Wahrnehmung der Menschen eine schwächere Aufmerksamkeit als der Ministerpräsident

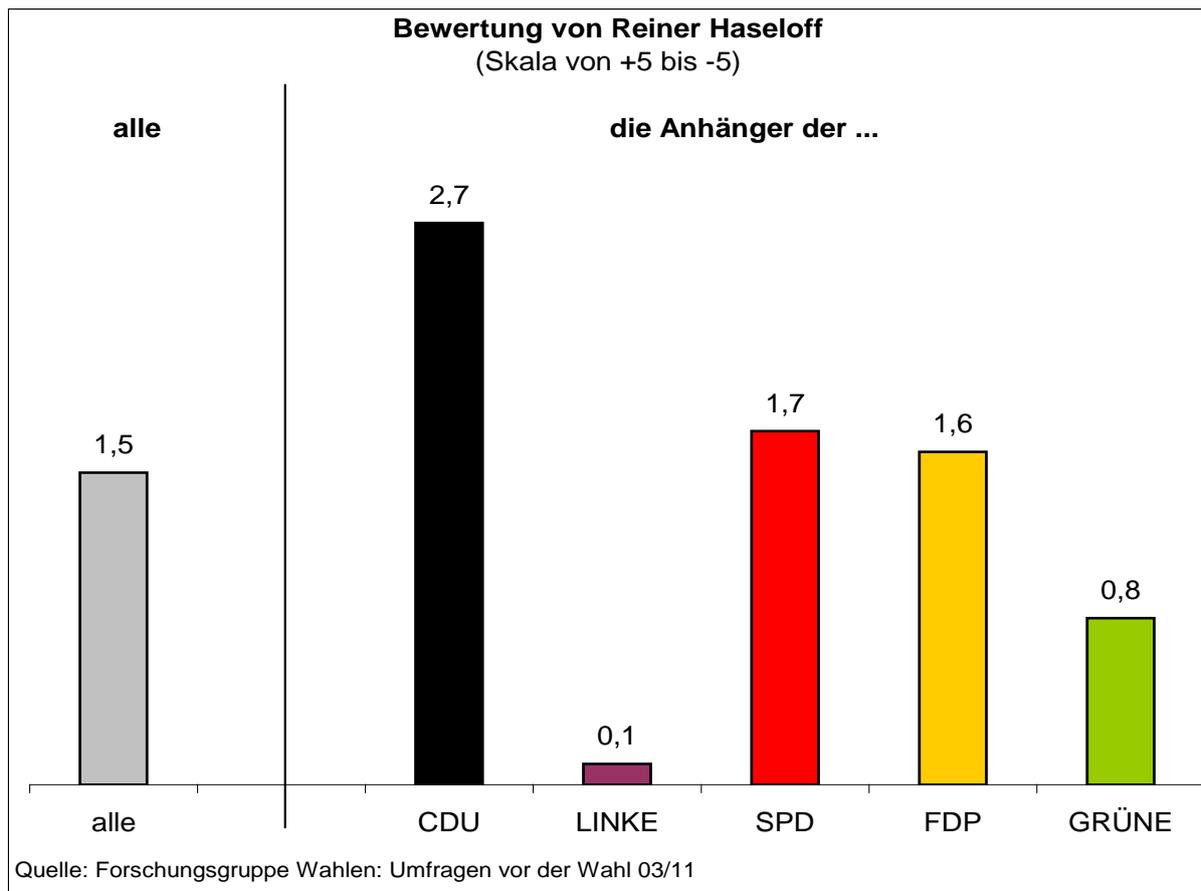
genießen. Dieser Effekt tritt seit 1990 bei allen Wahlen in Brandenburg auf, wo eine fast ausschließliche Konzentration auf den Ministerpräsidenten stattfindet und andere Kandidaten fast keine öffentliche Aufmerksamkeit genießen. Gewisse Parallelen zu Brandenburg sind in Sachsen-Anhalt sichtbar. So kannten nur 40 Prozent der Wähler (ungestützt, also ohne Vorgabe im Fragebogen) Reiner Haselhoff, Jens Bullerjahn benannten 41 Prozent und Wulf Gallert 26 Prozent, obwohl alle drei auf langjähriges Engagement in Sachsen-Anhalt zurückblicken können (Forschungsgruppe Wahlen).



Aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades und des fehlenden Amtsbonus fallen die wahrgenommenen Unterschiede zwischen den Kandidaten schwach aus. So hätten sich 29 Prozent Reiner Haselhoff, 31 Prozent Jens Bullerjahn und 11 Prozent Wulf Gallert als Ministerpräsidenten gewünscht. Dabei wird Haselhoff in allen Anhängerschaften positiv bewertet (Forschungsgruppe Wahlen). Aufgrund der geringen kandidatenbezogenen Polarisierung sind die Eigenschaftsprofile wenig aussagekräftig. Bei allen

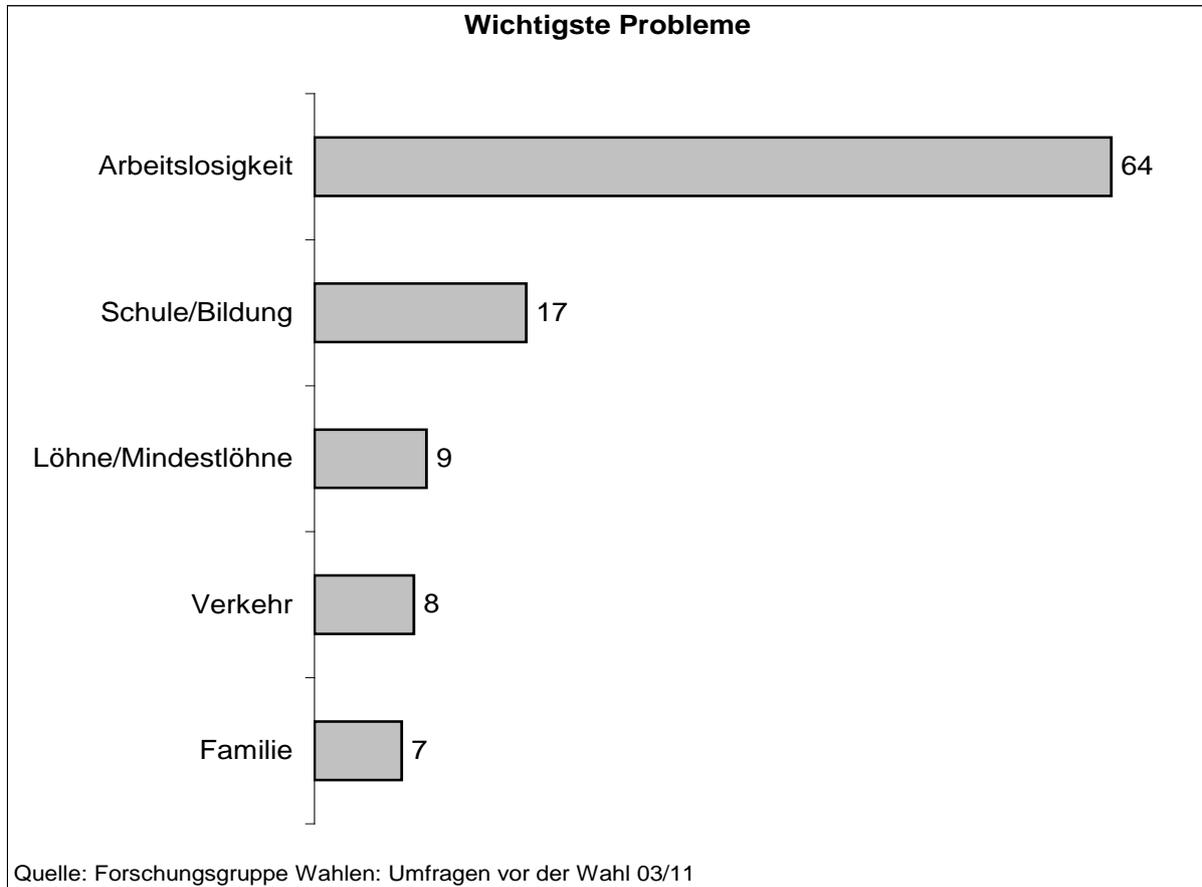
abgefragten Images entscheidet sich die Mehrheit für die Antwort „kein Unterschied“, was ein Hinweis auf den geringen Bekanntheitsgrad ist (Forschungsgruppe Wahlen).



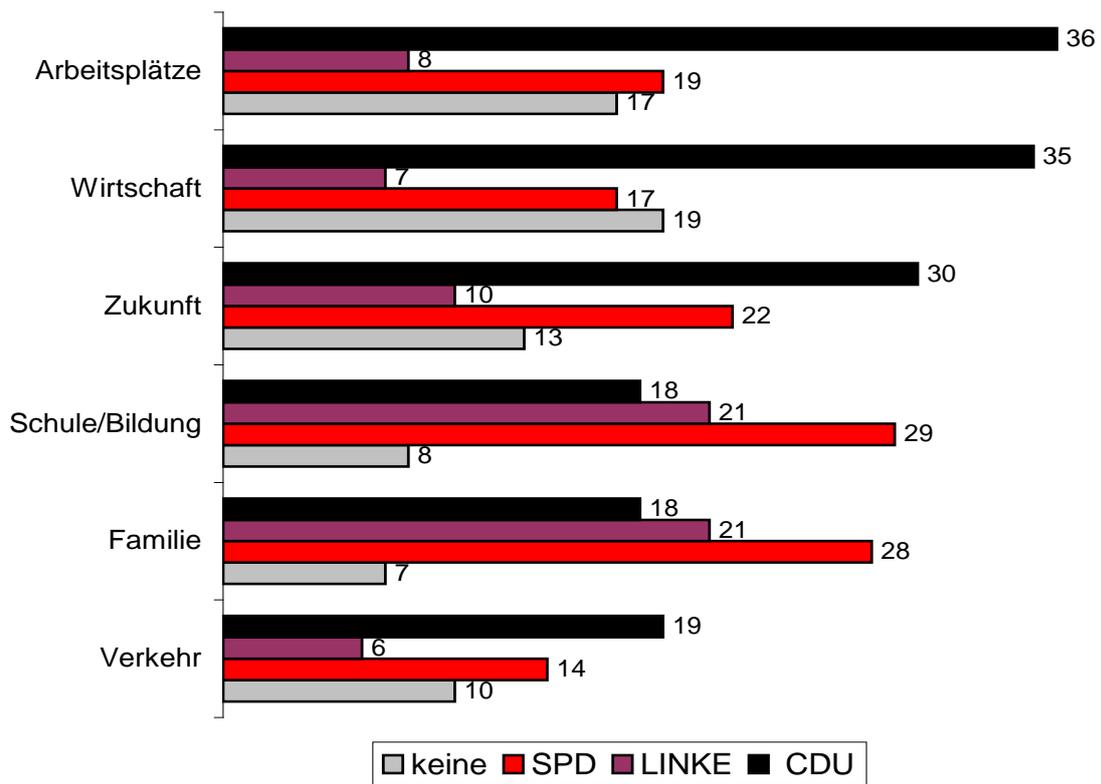


Während in den meisten Ländern seit längerer Zeit die Bildungspolitik die politische Agenda dominiert, ist in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosigkeit nach wie vor das wichtigste Thema. Allerdings hat es im Vergleich zur Vorwahl an Relevanz verloren. So nannten 2006 92 Prozent das Thema Arbeitslosigkeit als besonders wichtig. 2011 sank der Anteil auf 64 Prozent. Alle anderen Themen sind weit abgeschlagen. Das zweitwichtigste Thema ist mit 17 Prozent die Bildungspolitik. Die CDU hatte in den „Bread and Butter“ Themen Arbeit, Wirtschaft und Verkehr einen deutlichen Kompetenzvorsprung, die SPD einen leichten Vorteil in den Bereichen Bildung und Familie. Beim für das Wahlverhalten besonders wichtigen Feld der sogenannten Zukunftskompetenz, trauten 30 Prozent der CDU und 22 Prozent der SPD zu, die Probleme der Zukunft adäquat anzugehen (Forschungsgruppe Wahlen). Doch ist das wichtigste Themenfeld der politischen Agenda nicht auch das wichtigste für die individuelle Wahlentscheidung. Sehr wichtig für die persönliche Wahlentscheidung ist ein Themenmix aus Bildungspolitik (63 Prozent),

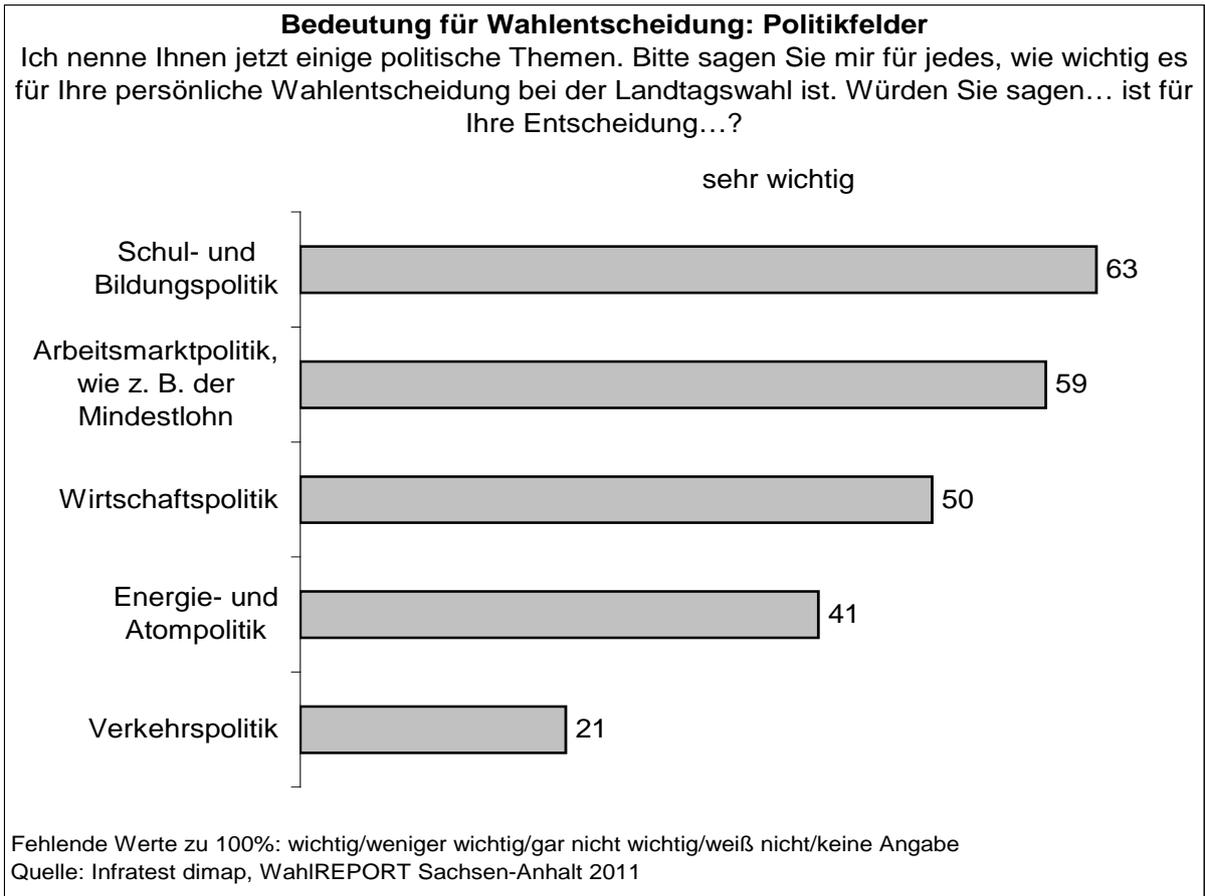
Arbeitsmarktpolitik (59 Prozent) und Wirtschaftspolitik (50 Prozent). Die Atompolitik ist zwar vorhanden, liegt aber mit 41 Prozent weit hinter den anderen Themen (Infratest dimap).



Parteikompetenzen



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfragen vor der Wahl 03/11



Die Anhängerschaft der Parteien ordnet sich recht signifikant den Gewinnern oder den Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung zu. So sagen 69 Prozent der CDU- 57 Prozent der SPD- und 55 Prozent der Grünen-Anhänger, sie würden der Gewinnerseite angehören. Bei den Anhängern der Linken sind dies gerade einmal 35 Prozent, bei der FDP- 38 und bei der NPD-Anhängerschaft 41 Prozent (Infratest dimap).

3.3 Wählerwanderungsbilanz⁹ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Sachsen-Anhalt

Insgesamt ist das Ausmaß des Wechsels in Sachsen-Anhalt schwach. Die stärksten Bewegungen entstehen durch die gestiegene Wahlbeteiligung, von der alle Parteien, außer der FDP, profitieren.

Den stärksten Zustrom aus dem **Nichtwählerlager** kann die CDU verzeichnen (+49.000 Stimmen), gefolgt von der SPD, die von 38.000 ehemaligen Nichtwählern die Stimme erhielt. Zu den Grünen wanderten 19.000 und zur NPD 9.000 ehemalige Nichtwähler. Die einzige Partei, die in alle Richtungen verlor und auch von der gestiegenen Wahlbeteiligung nicht profitieren konnte, war die FDP.

Die **CDU** musste an die SPD 9.000 Wähler abgeben, 7.000 gingen zur Linken und 5.000 wanderten zu den Grünen ab. Von den Verlusten der FDP profitierte sie hingegen kaum (+2.000 Wähler).

Die **Linke** gewann hingegen von der CDU 7.000, von der SPD 5.000 und von der FDP 3.000 Wähler. Zu den kleineren Parteien (darunter 2.000 Stimmen an die NPD) hatte sie leichte Verluste zu verzeichnen.

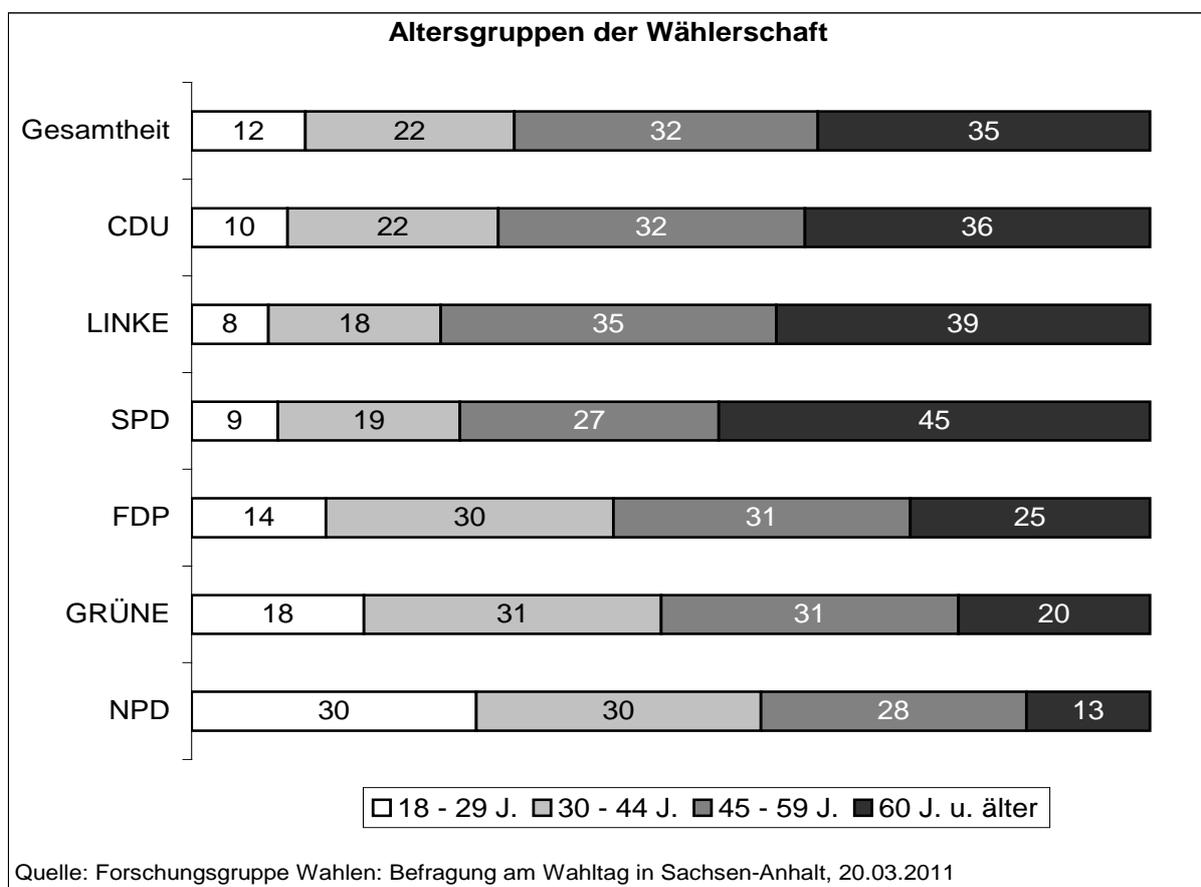
Die **SPD** verlor an die Grünen (-6.000) und an die Linke (-5.000) Wählerstimmen. Von der CDU wechselten 9.000 Wähler zu den Sozialdemokraten.

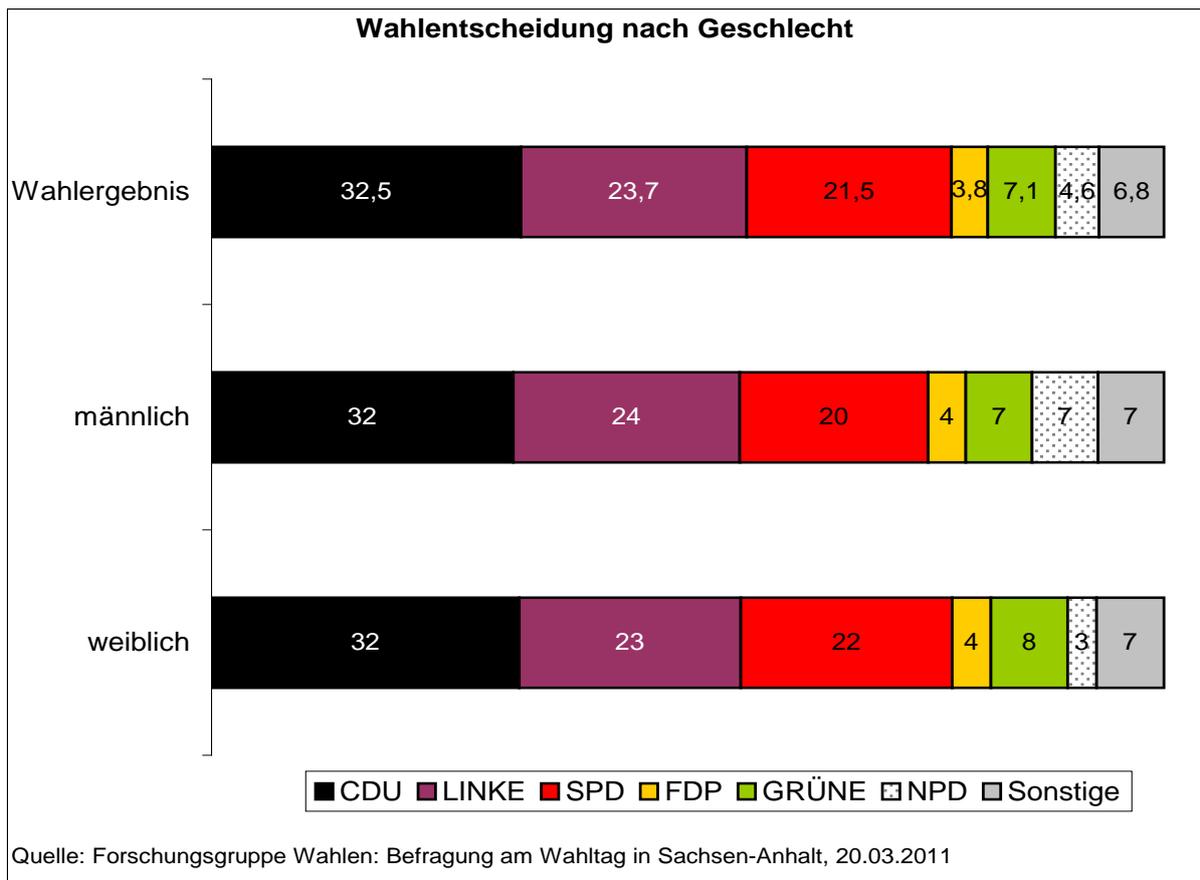
Die **FDP** gab verhältnismäßig gleichförmig an alle anderen Parteien Stimmen ab. Am stärksten fiel der Wechsel mit 5.000 Stimmen zu den Sozialdemokraten aus.

⁹ Infratest dimap

Die **Grünen** gewannen ebenfalls aus allen Lagern Wähler hinzu. Die Wechselaktivitäten waren am stärksten bei den beiden Volksparteien (6.000 von der SPD und 5.000 von der CDU).

Die nicht im Landtag vertretene **NDP** gewann in erster Linie aus dem Nichtwählerlager Stimmen (+9.000). Die Wechselaktivitäten aus den anderen Parteien bewegen sich auf einem niedrigen Niveau und lassen auch keine ideologische Präferenz erkennen. So gewannen sie aus dem linken Lager 2.000 und aus dem bürgerlichen Lager 5.000 Wähler.





Spezifische Parteieinigungen lassen sich in den unterschiedlichen sozialen Gruppen nur schwach lokalisieren. In Sachsen-Anhalt bleibt die CDU in allen Berufsgruppen am erfolgreichsten. Besonders gut schneidet sie in der (allerdings kleinen Gruppe) der Selbständigen ab. Die Linke ist bei Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen überdurchschnittlich erfolgreich. Die Hälfte der NPD-Wähler sind Arbeiter. Die CDU findet bei konfessionell gebundenen Wählern (die 26 Prozent der Wähler ausmachen) eine außerordentlich hohe Unterstützung. Bezogen auf Bildungsabschlüsse sind die Grünen und die NPD Antipoden. Die Grünen genießen vor allem bei Wählern mit Hochschulabschluss, die NPD bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau Unterstützung (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei fast allen Parteien entspricht die Zusammensetzung der Wählerschaft in etwa der Gesamtheit aller Wähler. Die SPD hat im Durchschnitt die älteste und die NPD die jüngste Anhängerschaft. Auch beim

geschlechtsspezifischen Wahlverhalten fällt vor allem das Ergebnis der NPD auf, die bei Männern etwa doppelt so erfolgreich ist wie bei Frauen (Forschungsgruppe Wahlen).

4. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

4.1 Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, die etwa zwei Wochen nach der Atomreaktorkatastrophe in Fukushima stattfand, gab es größere Verschiebungen im Parteiensystem. Die Wahl in Rheinland-Pfalz unterscheidet sich von den anderen Wahlen des Frühjahrs deutlich. Während die SPD deutliche Verluste erfährt, kann die CDU ihr Wahlergebnis verbessern. So hat die SPD fast zweistellige Verluste zu verzeichnen, die Grünen etwa ebenso große Zugewinne, die CDU nimmt leicht zu und die FDP verliert. Die Linke scheitert erneut an der Fünf-Prozent-Hürde.

Mit einem Plus von 2,5 Punkten erreicht die **CDU** 35,2 Prozent und erhält 41 Mandate (+3). Damit hat sie den Abstand zur SPD fast nivelliert, die 2006 mit 45,6 Prozent die absolute Mehrheit der Mandate erhielt. Die CDU bewegt sich trotz des Zuwachses auf dem eher niedrigen Niveau der 90er Jahre.

Die **SPD** ist seit 1991 stärkste Kraft in Rheinland-Pfalz. Mit 35,7 Prozent (-9,9 Punkte) kann sie den Platz nur knapp behaupten. Sie verliert elf Mandate und ist mit 42 Abgeordneten im Landtag vertreten. Dies ist der größte Verlust, den die Partei je in Rheinland-Pfalz hatte und zudem das schlechteste Wahlergebnis seit 1959, als die Partei 34,9 Prozent der Stimmen erreichte.

Die **Grünen**, die in Rheinland-Pfalz bislang eher keine Rolle spielten und dem letzten Landtag auch nicht angehörten, können ihr Ergebnis fast verdreifachen und erzielen ihr bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz. Sie werden von 15,4 Prozent der Wähler unterstützt (+10,8 Punkte) und ziehen mit 18 Abgeordneten in den Landtag ein.

Die **FDP** verfehlt den Einzug in den Landtag mit 4,2 Prozent (-3,8 Punkte). Außer 1983 und 2011 gehörte die FDP immer dem Landtag an.

Die in Rheinland-Pfalz traditionell auf lokaler Ebene stark verwurzelten **Freien Wähler** kommen auf 2,3 Prozent, was einem leichten Zugewinn von 0,7 Punkten entspricht. **Die Linke** hält etwa mit 3,0 Prozent das Ergebnis der Vorwahl (WASG: 2,6 Prozent). Die **Piraten**, die zum ersten Mal bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz kandidieren, erzielen 1,6 Punkte.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 3,6 Punkte angestiegen. 61,8 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. Noch nie gab es in Rheinland-Pfalz so hohe Veränderungen bei dem Abschneiden der Parteien. Abweichend von anderen Bundesländern, bei denen sich zum Teil 6-Parteien-Parlamente etabliert haben, bleibt Rheinland-Pfalz – wie bereits in der letzten Legislaturperiode – ein 3-Parteien-Parlament.

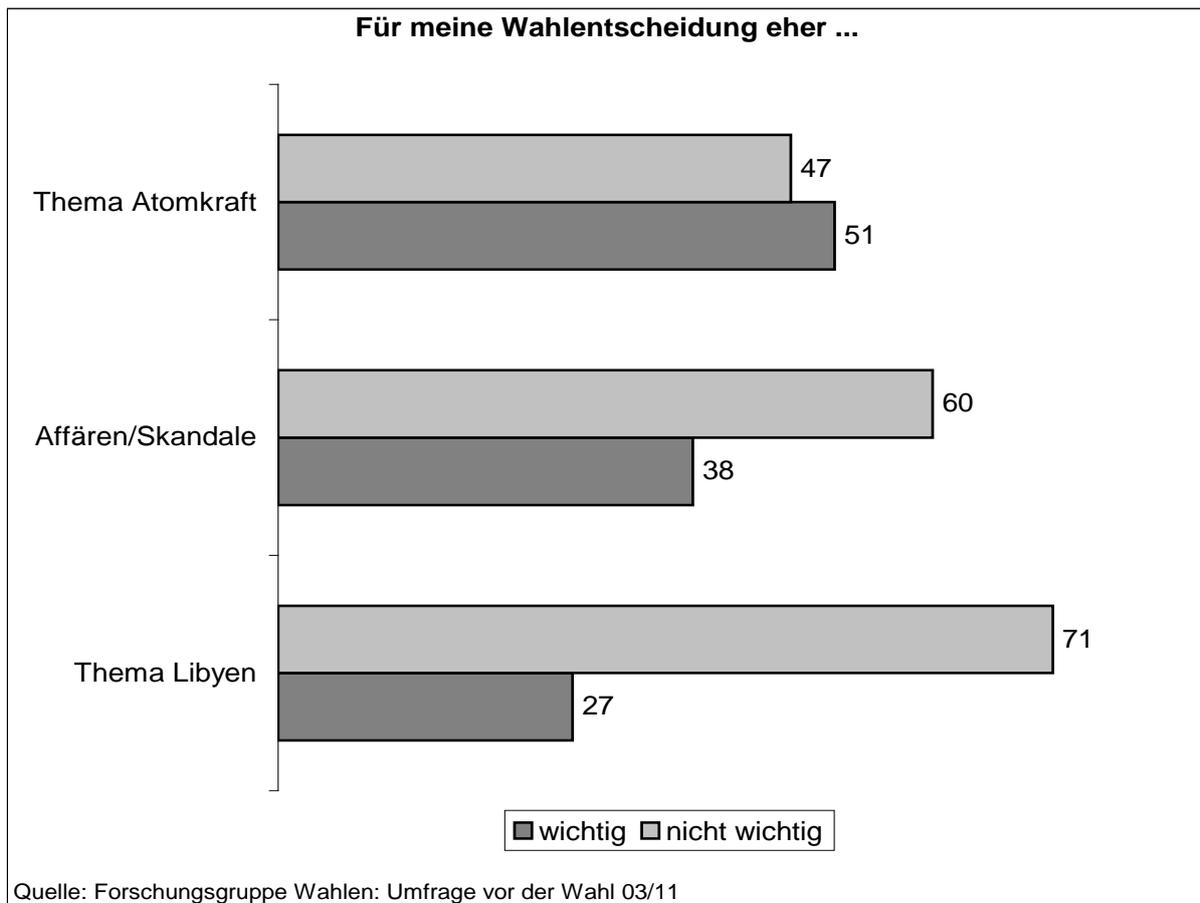
4.2 Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz

Die SPD kann zwar erneut die Regierung bilden, doch hat sie auch Vertrauen und Akzeptanz eingebüßt. Dies gilt in den zentralen Feldern der Bewertung der Regierungsarbeit, dem Image der Partei und des Ministerpräsidenten. Andererseits ist sie der CDU in den Kompetenzzuschreibungen weiterhin weitgehend überlegen. Auch eine

Wechselstimmung, wie sie am gleichen Tag in Baden-Württemberg zum Ausdruck kam, existierte in Rheinland-Pfalz nicht, auch wenn die Landesregierung gegenüber der Vorwahl an Akzeptanz verloren hat. So zeigen sich 55 Prozent der Rheinland-Pfälzer mit der Landesregierung zufrieden (-5 Punkte gegenüber 2006). Dass keine echte Wechselstimmung aufkam, lag auch daran, dass nur 31 Prozent der Ansicht sind, die CDU könnte die Probleme besser lösen. Mit einem Plus von 8 Punkten gegenüber 2006 stellt dies zwar eine Verbesserung dar, jedoch auf niedrigem Niveau. Am Ende präferieren 52 Prozent der Wähler eine rot-grüne Koalition, die gegenüber 2006 einen enormen Akzeptanzgewinn von 25 Punkten verzeichnen konnte (Infratest dimap). Für das Anwachsen der Grünen und die Verluste der FDP lassen sich auch in Rheinland-Pfalz ähnliche Faktoren identifizieren wie bei den anderen Wahlen: Aufgrund der Atomkatastrophe erscheinen die Grünen gegenüber allen anderen Parteien als glaubwürdige, ehrliche Partei (Infratest dimap). In anderen Feldern bleiben sie (ähnlich wie die FDP) eher unscheinbar. Den Grünen ist es hingegen gelungen, den Wählern als potentieller Koalitionspartner ein strategisches Wahlmotiv zu unterbreiten.

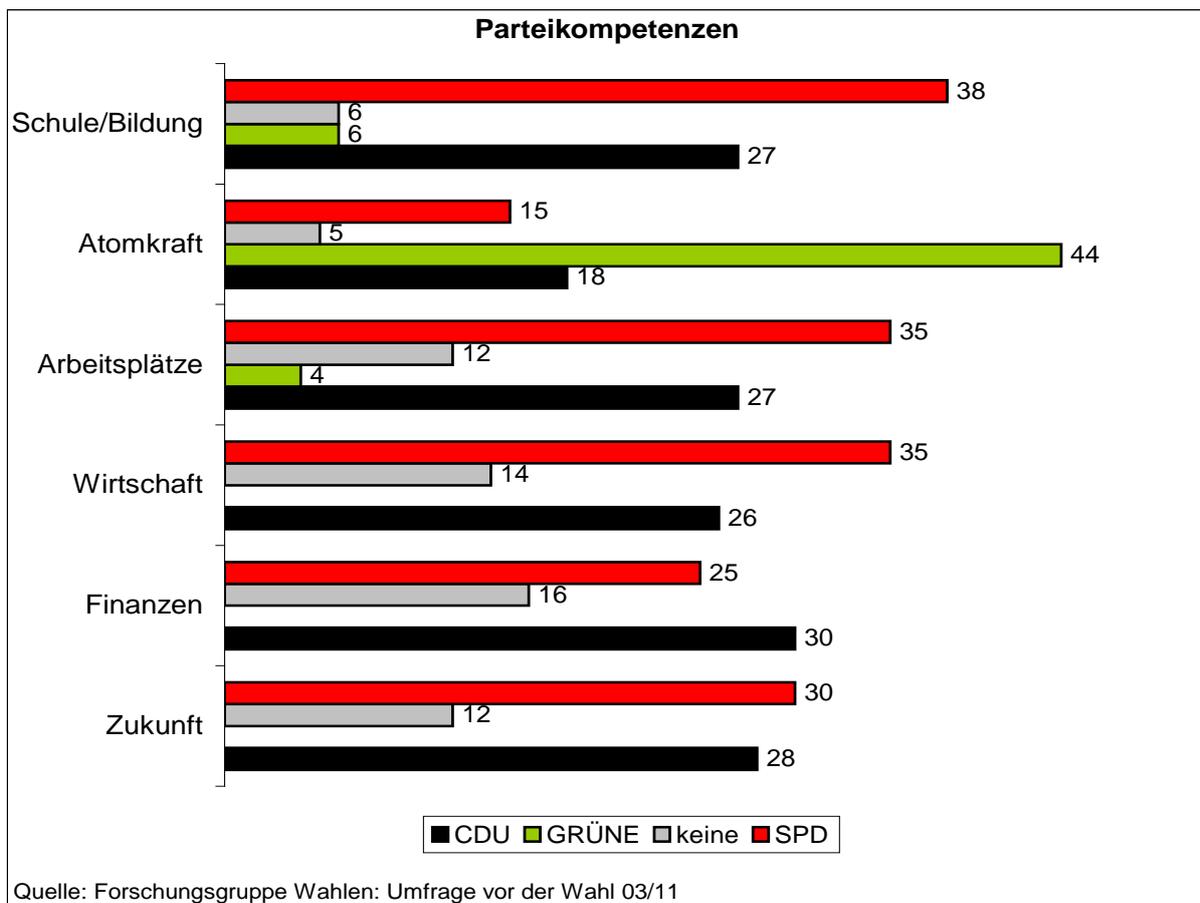
In Folge der Katastrophe in Japan hat sich das Thema „Atomkraft“ auf der Agenda der wichtigsten politischen Probleme nach vorne geschoben. Doch reagieren die Wahlberechtigten in den vier Bundesländern, die nach dem Unglück wählen gehen konnten, höchst unterschiedlich. In Sachsen-Anhalt hat das Thema nur einen sehr geringen, in Rheinland-Pfalz einen mäßigen und in Baden-Württemberg einen etwas stärkeren und in Bremen keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung gehabt. So gibt die Forschungsgruppe Wahlen an, dass 51 Prozent der Rheinland-Pfälzer und 62 Prozent der Baden-Württemberger das Thema „Atomkraft“ als wichtig für die eigene Wahlentscheidung einstufen. Nach den Angaben von Infratest dimap hielten 43 Prozent der Baden-Württemberger, aber nur 16 Prozent der Rheinland-Pfälzer, die Energiepolitik für das wichtigste Thema. Dass dieses Thema zu den Kernkompetenzen der Grünen zählt, zumindest

wenn es um den Ausstieg aus der Atomenergie geht, ist fast überflüssig zu erwähnen. Traditionell genießen die Grünen in diesen Politikfeldern eine zugewiesene Kompetenz, wohingegen es ihnen nicht gelungen ist, in weiteren Politikfeldern zu reüssieren. Zweifellos wurde so ein Mobilisierungsschub zugunsten der Grünen ausgelöst, dem die anderen Parteien nichts entgegenzusetzen hatten.



SPD und CDU verharrten bei den Kompetenzeinstufungen etwa auf dem Niveau der Vorwahl, wobei die SPD in fast allen Bereichen als die kompetentere Partei wahrgenommen wird. Die SPD profitiert dabei von der ihr zugeschriebenen Kompetenz in dem Bereich der Schul- und Bildungspolitik, ein Thema, das in den letzten Jahren bei (fast) allen Landtagswahlen einen Bedeutungsaufschwung verzeichnen kann. Hier trauen 38 Prozent der SPD und 27 Prozent der CDU eine Lösung zu. Etwa auf gleichem Niveau liegen die beiden Volksparteien in den Themenfeldern Arbeit und Wirtschaft. Die CDU gilt in Finanzfragen kompetenter als die SPD. Erheblich verringert hat sich hingegen der Vorsprung der SPD bei der

Zukunftsfähigkeit. Lag die SPD 2006 noch 12 Punkte vor der CDU, so schrumpfte der Vorsprung 2011 auf 2 Punkte zusammen (Forschungsgruppe Wahlen). Allerdings trauen 43 Prozent der Wahlberechtigten der SPD zu, die wichtigsten Probleme von Rheinland-Pfalz zu lösen. Die CDU genießt bei 32 Prozent Zutrauen (Infratest dimap). Die Dominanz der SPD bei den Parteikompetenzen wird von Infratest dimap bestätigt: auch dort kann sich die CDU lediglich bei finanzpolitischen Fragen knapp vor die SPD schieben, alle anderen Themen (außer Umwelt und Energie) entscheiden die Sozialdemokraten für sich.



Parteikompetenzen

Ich nenne Ihnen jetzt einige politische Aufgaben und Probleme. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben und Probleme zu lösen.

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	keiner Partei/ weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	24 (+1)	51 (+3)	5 (+1)	1 (-3)	5 (+3)	11 (-6)
Für gute Familienpolitik, Kinderbetreuung sorgen	30 (-2)	46 (+1)	10 (+4)	1 (-3)	2 (+1)	10 (-1)
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	33 (-4)	45 (+5)	6 (+3)	3 (-2)	2 (+1)	10 (-3)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	34 (+3)	44 (+11)	4 (+3)	3 (-4)	1 (±0)	12 (-14)
Wirtschaft in Rheinland-Pfalz voranbringen	37 (+2)	41 (+6)	2 (+2)	5 (-7)	1 (±0)	13 (-3)
Gute Verkehrspolitik betreiben	29	36	8	4	1	22
Gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	36	34	3	5	1	21
Für verlässliche und bezahlbare Energie sorgen	24	25	29	2	1	18
Für richtigen Umgang mit der Atomkraft sorgen	15	21	47	1	0	15
Gute Umweltpolitik betreiben	15	16	58	2	1	7
Wichtigste Probleme von Rheinland-Pfalz lösen*	32 (+1)	43 (+6)	4 (+2)	1 (-3)	1 (+1)	17 (-8)

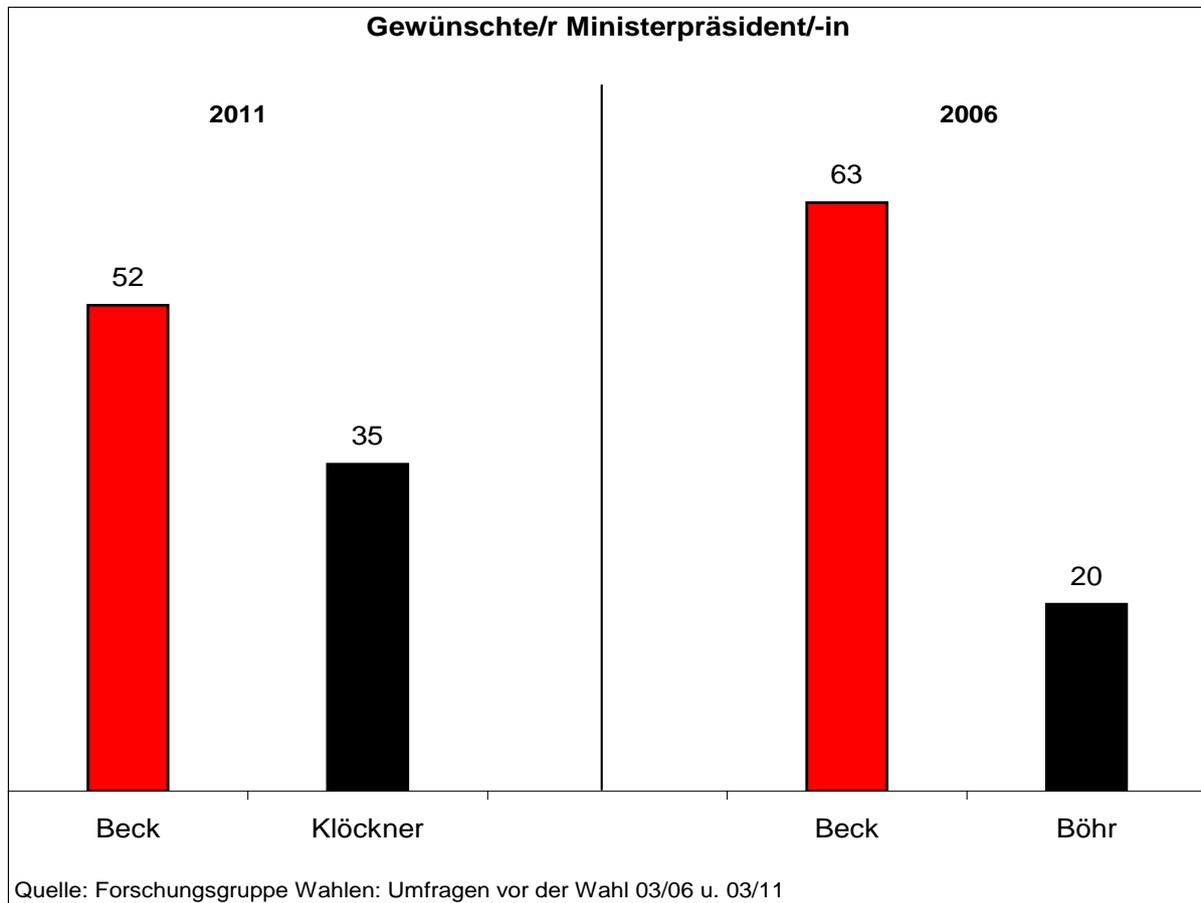
Angaben in Klammern: Vgl. zu 2006; *2006: Zukunftsprobleme in Rheinland-Pfalz lösen

Fehlende Werte zu 100%: Andere Partei/keine Angabe

Quelle: Infratest dimap, WahIREPORT Rheinland-Pfalz 2011

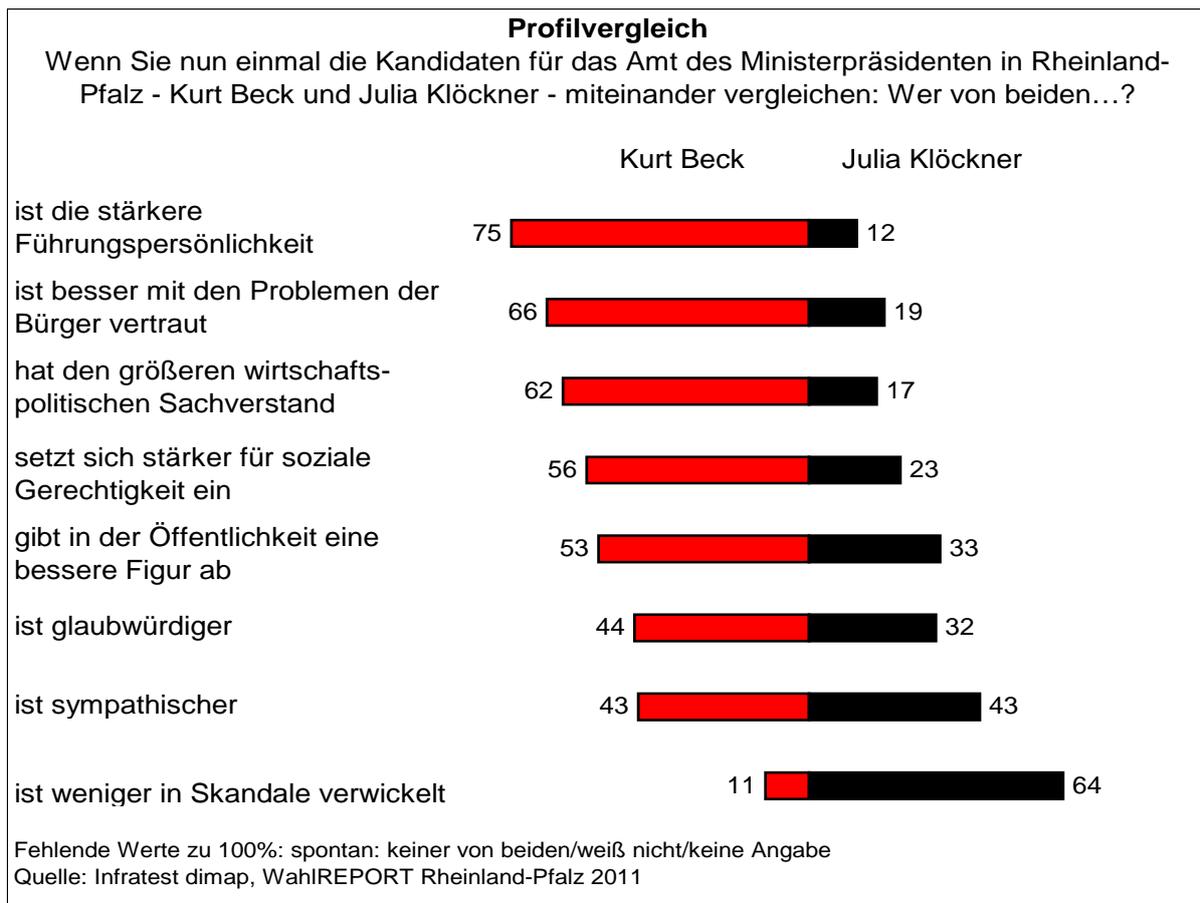
Kurt Beck, der mittlerweile mit 16 Jahren der am längsten amtierende Ministerpräsident ist, konnte nicht mehr im gleichen Maß von seinem Amtsbonus profitieren wie bei den letzten Wahlen. Obwohl Julia Klöckner erst seit einem Jahr als (designierte) Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz¹⁰ aktiv war, verfügt sie über einen hohen Bekanntheitsgrad. So können 61 Prozent die Herausfordererin und 78 Prozent den Amtsinhaber richtig identifizieren (Forschungsgruppe Wahlen). Zwar liegt Kurt Beck bei der Frage nach der hypothetischen Direktwahl mit 52 Prozent vor Klöckner, die auf 35 Prozent kommt, doch ist die Distanz zwischen dem SPD-Ministerpräsidenten und der CDU-Herausfordererin deutlich geringer

als bei der Vorwahl, bei der zwischen dem CDU-Kandidaten und Beck 43 Punkte Distanz lagen. Die Imageeinbußen des Ministerpräsidenten spiegeln sich auch in der Bewertung auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala wider. Von 2,7 bei der Landtagswahl 2006 erreicht er 2011 1,8 und Klöckner einen Wert von 1,3 (Forschungsgruppe Wahlen).



Auch wenn Klöckners Bekanntheitsgrad vor der Wahl überaus hoch ist, so können die Bürger ihr noch kein erkennbares Profil zuordnen. Außer dem Attribut „sympathisch“, also eher eine affektive Komponente, liegt der Amtsinhaber deutlich vor Klöckner.

¹⁰ Nachdem sie im April 2010 zur Spitzenkandidatin gewählt wurde, ist sie seit September 2010 Landesvorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz.



4.3 Wählerwanderungsbilanz¹¹ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Rheinland-Pfalz

Von der gestiegenen **Wahlbeteiligung** konnten nur zwei Parteien profitieren: die Grünen und die CDU. Dabei haben die Grünen ihr gutes Ergebnis vor allem den Nichtwählern zu verdanken, von denen sie 35.000 zusätzliche Stimmen mobilisierten. Zum Vergleich: die gut doppelt so starke CDU kommt auf ein plus von 15.000 Stimmen, während es bei der SPD nur 2.000 Stimmen sind.

Die **SPD** hat in alle Richtungen Stimmen abgegeben. Stark ins Gewicht fiel der Austausch mit den Grünen (-87.000 Stimmen) sowie mit der CDU (-37.000). Die anderen Wechselbewegungen verliefen auf einem niedrigen

¹¹ Infratest dimap

Niveau. Von der FDP kamen 10.000 Stimmen, an die Linke verlor die Partei 8.000 Wähler.

Die **CDU** kann von den Wählerwanderungen profitieren. 37.000 ehemalige SPD- und 27.000 ehemalige FDP-Wähler kommen zur CDU. Die Verluste fallen eher niedrig aus: an die Grünen gibt sie 13.000 und an die Linke weitere 2.000 Stimmen ab.

Die **FDP** verliert in alle Richtungen Wähler. Besonders stark fallen die Verluste gegenüber der CDU aus, wo sie im Saldo 27.000 Stimmen einbüßt. 12.000 weitere Wähler entscheiden sich für die Grünen und 10.000 für die SPD.

Die **Grünen** gewinnen über alle Lager hinweg Stimmen hinzu. Mit großem Abstand profitieren sie von der SPD (+87.000) am stärksten. Wie in Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg hat die Entscheidung ehemaliger Nichtwähler, die Grünen zu wählen, zum Wahlerfolg einen deutlichen Beitrag geleistet. Aus dieser Wählergruppe gewinnen die Grünen im Saldo 35.000 Stimmen. Der Wechsel von ehemaligen CDU- (+13.000) und FDP-Wählern (+12.000) fällt hingegen schwächer aus.

Beim Wahlverhalten in den unterschiedlichen sozialen Gruppen sind im Wesentlichen bekannte Zusammenhänge sichtbar, wobei die Ergebnisse von Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap in einem Punkt differieren: Während bei Infratest dimap die SPD vor allem im Traditionsmilieu der Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittliche Verluste hat (-17 Punkte) fallen diese bei der Forschungsgruppe Wahlen mit -6 Punkten eher unterdurchschnittlich aus. Auch in der Gruppe der Selbständigen gibt es eine Differenz zwischen den Instituten: Während die CDU bei Infratest dimap einen Gewinn von 13 Punkten verzeichnet, gibt es bei der Forschungsgruppe Wahlen keine Veränderungen bei der CDU.

Wie schon bei früheren Wahlen, ist es vor allem die Treue der älteren Wähler, welche einen schlimmeren Absturz der SPD verhindert haben. Hier hat die Partei mit einem Minus von 4 Punkten etwa ihre Anhängerschaft gehalten. Die Grünen können bei den älteren Wählern zwar einen geringen Zuwachs verzeichnen, doch ist die Akzeptanz der Grünen in der ältesten Wählergruppe nach wie vor weit unterdurchschnittlich. Für die CDU gilt erneut die Formel, dass sie vor allem bei den älteren Wählern Unterstützung findet. Hier ist sie mit einem Anteil von 45 Prozent auch stärkste Partei. Bei den Grünen ist bemerkenswert, dass sie sich sozialstrukturell nicht etwa in Richtung Volkspartei bewegen, sondern dass sie dort überdurchschnittlich mobilisieren, wo sie ohnehin schon ihre sozialen Hochburgen haben: bei den Wählern mit hoher Bildung, bei Angestellten und jungen Frauen sowie in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte. Auffällig ist, dass die Linke lediglich bei Arbeitslosen/Hartz-IV-Empfängern auf größeren Rückhalt stößt. Bei anderen Wahlen ist es der Partei gelungen, auch in das SPD-Traditionsmilieu vorzustoßen, was ihr bei dieser Wahl nicht gelungen ist. Ansonsten sind die Gewinne und Verluste der Parteien relativ homogen verteilt.

5. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

5.1 Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg

Die **CDU** büßt 5,2 Punkte ein und erzielt 39 Prozent. Trotz des Verlustes gewinnt sie aufgrund der stark gestiegenen Wahlbeteiligung ca. 194.000 Stimmen hinzu. Die 60 Landtagsmandate (-9) hat sie alle direkt gewonnen.

Die **SPD** verliert 2,0 Punkte und wird von 23,1 Prozent der Wähler unterstützt. Auch sie kann einen Zuwachs von ca. 156.000 Wählern verzeichnen. Von den 35 Mandaten (-3) kommen 34 über die Liste.

Die **Grünen** haben einen Zuwachs von 12,5 Punkten und werden von 24,2 Prozent der Wähler unterstützt. Bei ihnen fällt der Gewinn durch die gestiegene Wahlbeteiligung besonders hoch aus. Sie gewinnen rund 743.000 Wähler hinzu. Neu ist auch, dass sie neun Direktmandate gewinnen. Insgesamt wächst die Fraktion um 19 Mandate auf 36 Parlamentarier an.

Die **FDP** büßt 5,4 Punkte ein und erzielt 5,3 Prozent. Sie kann auch von der Wahlbeteiligung nicht profitieren. Insgesamt verliert sie ca. 159.000 Stimmen. Die Fraktion besteht aus sieben Abgeordneten (-8).

Alle **anderen Parteien** bleiben unter der Fünf-Prozent-Hürde. Die Linke erhält mit 2,8 Prozent dort das beste Ergebnis, fällt aber mit einem Minus von 0,3 Punkten unter das ohnehin niedrige Niveau der Vorwahl. Die zweimal im Parlament vertretenen Republikaner büßen erneut Stimmen ein und bleiben mit 1,1 Prozent (-1,4 Punkte) eine Splitterpartei. Auch die NPD verharrt mit 1,0 Prozent auf niedrigem Niveau. Die Piraten können mit 2,1 Prozent – ähnlich wie bei anderen Landtagswahlen – für eine Splitterpartei ein recht hohes Wahlergebnis erzielen.

Besonders auffällig an dieser Landtagswahl ist die starke Zunahme der **Wahlbeteiligung** um 12,9 Punkte auf 66,2 Prozent. Hierin unterscheidet sich Baden-Württemberg deutlich von den Landtagswahlen in den anderen Ländern.

5.2 Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat das Potenzial, in die Geschichtsbücher einzugehen, weil mit Winfried Kretschmann zum ersten Mal die Grünen einen Ministerpräsidenten stellen und nicht mehr Juniorpartner einer Koalition sind. Bei keiner anderen Wahl erreichten sie einen so hohen Stimmenanteil. Für die Grünen ist dies somit die Wahl der Superlative. In Baden-Württemberg war die CDU seit den 50er¹² Jahren immer in der Regierung. Diese Kontinuität weisen jetzt nur noch Bremen (SPD) und Bayern (CSU) auf.¹³ Doch ist Vorsicht geboten, von einem totalen Umbruch des Parteiensystems zu sprechen. Denn die Wahlergebnisse der CDU, der FDP und der SPD fallen nicht völlig aus dem bisherigen Rahmen. Die CDU hatte schon bei früheren Landtagswahlen Ergebnisse um die 40 Prozent erzielt (1996, 1992, 1960). Und ein Ergebnis um die 5 Prozent erreichte die FDP 1988 und 1992. Die SPD lag sowohl 1996 als auch bei der Vorwahl nur knapp über ihrem diesjährigen Wahlergebnis. Zudem sorgte Baden-Württemberg 1992 und 1996 mit einem ca. zweistelligen Ergebnis der Republikaner für Aufsehen, was darauf hindeutet, dass – trotz der Regierungskontinuität – sich das Parteiensystem seit geraumer Zeit in Bewegung befindet.

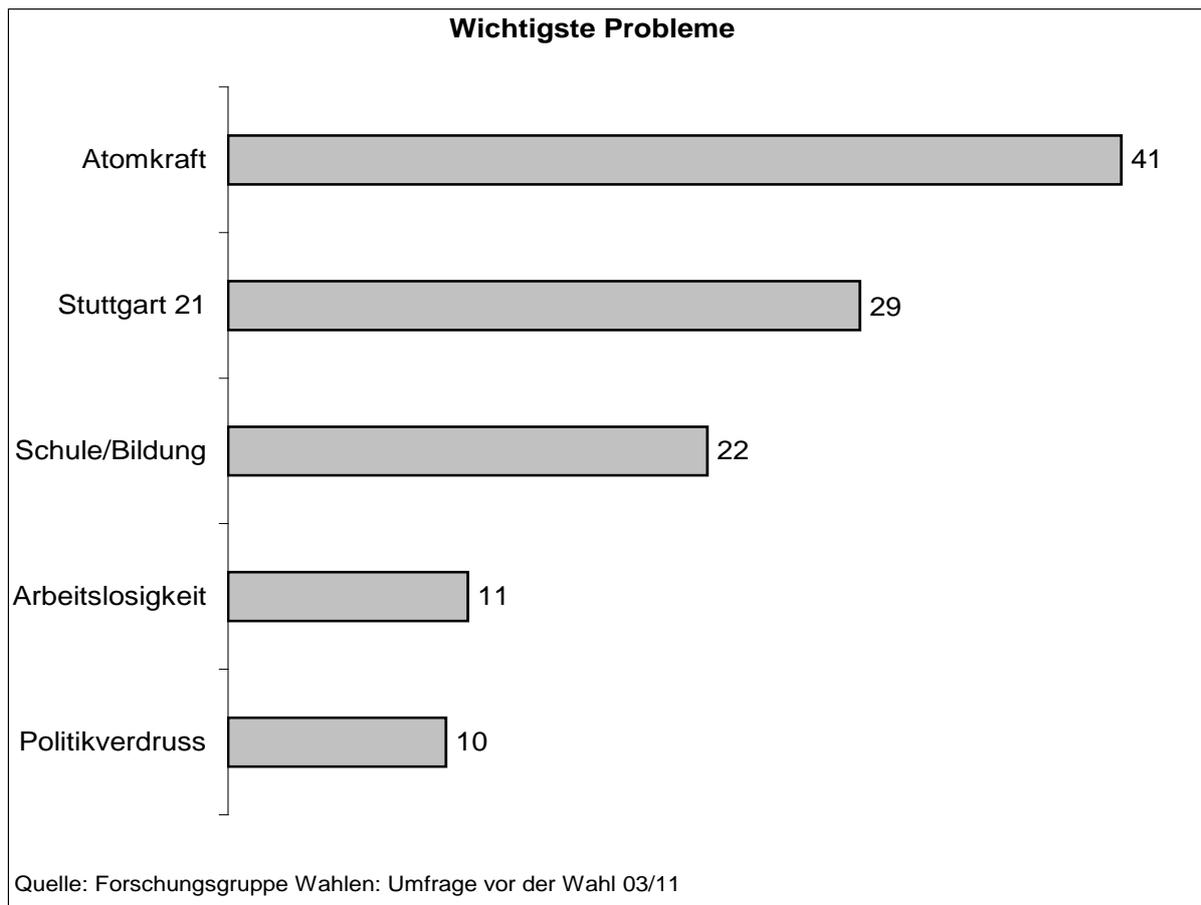
Insgesamt profitieren die Grünen von einer Themenagenda, die einzigartig ist. Durch Stuttgart 21 ist eine frühzeitige Polarisierung in der Wählerschaft eingetreten, die zwar bereits im Abflauen war, aber durch die Atomkatastrophe in Fukushima nicht nur erneut mobilisiert, sondern sogar noch ausgeweitet werden konnte.

¹² Genau seit dem 7.10.1953 (Ministerpräsident Gebhard Müller), demnach regierte die CDU 57 (und nicht 58, wie häufig in den Medien zu lesen war) Jahre ununterbrochen.

¹³ In Bayern stellte die SPD 1954-1957 den Ministerpräsidenten. Bremen ist seit 1947 ununterbrochen von einem SPD-Bürgermeister regiert.

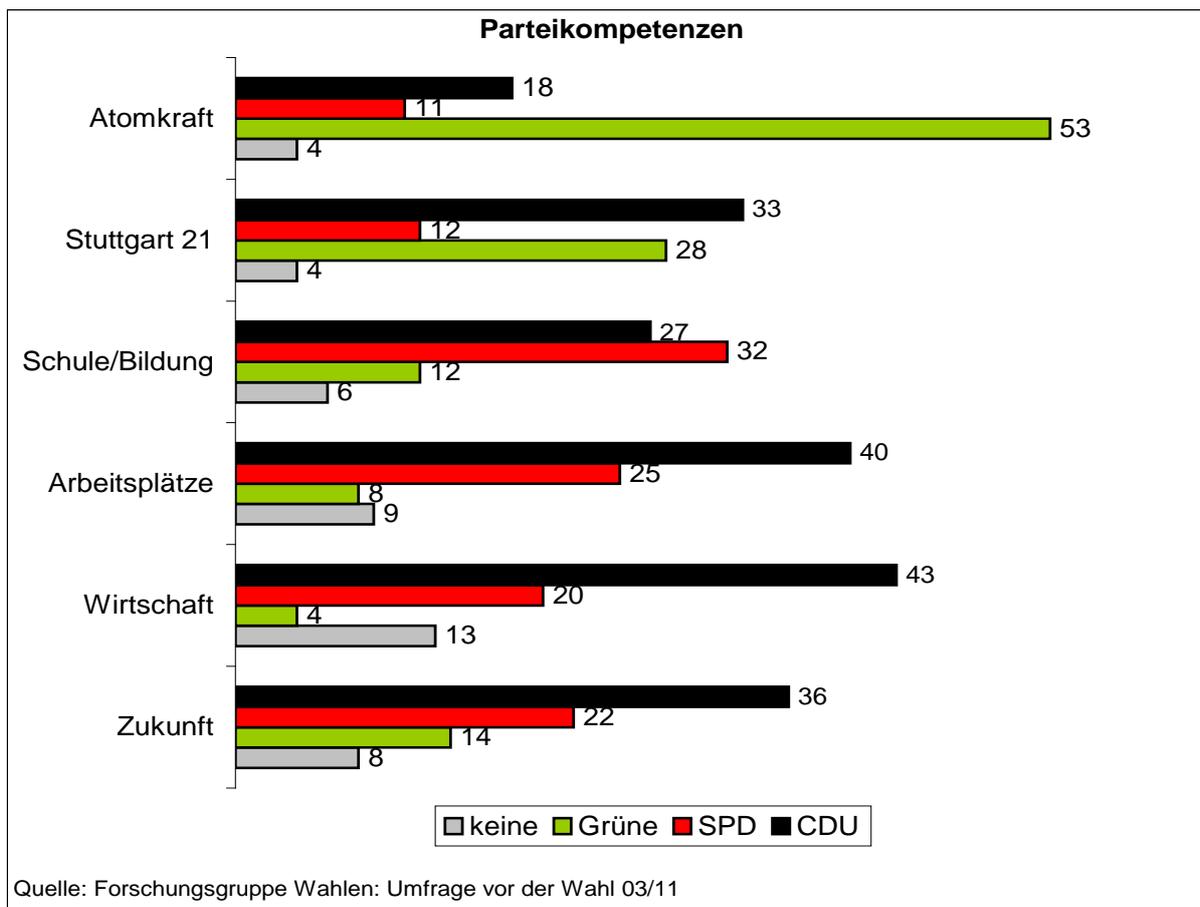
Die Landtagswahl in Baden-Württemberg ist das Ergebnis eines spezifischen Meinungsklimas, das sich aus mehreren Faktoren zusammensetzt, die sich von der Situation in den anderen Bundesländern deutlich unterscheidet. Zu den Sondereffekten gehört eine intensive Debatte um das landespolitische Großprojekt des Ausbaus der Bahnnetze sowie des Umbaus des Kopfbahnhofes in Stuttgart, welche in den Gruppen der Befürworter und Gegner die politischen Lager voneinander trennte. Man könnte es geradezu als anachronistische Ironie bezeichnen, dass es zu einem Wiederaufleben eines politischen Lagerwahlkampfes gekommen ist. Denn dieser wurde in den 80er Jahren von dem damaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler entwickelt, was der politischen Intention des Schlichters nicht mehr entsprechen dürfte. Der Lagerwahlkampf ist als Gegenmodell des sogenannten „asymmetrischen“ Wahlkampfes zu verstehen. Die Variante des Lagerwahlkampfes (die jedoch nicht als Kampagne so angelegt war, sondern durch die Ereignisse medial entstanden ist) kommt es zu einer Ansprache der tiefer liegenden Parteibindungen und Grundüberzeugungen, was sich u.a. am starken Anstieg der Wahlbeteiligung festmachen lässt.

Die Debatte um den Ausstieg aus der Atomenergie hat in Baden-Württemberg eine besonders große Rolle für die Wahlentscheidung gespielt. Dies zeigt der Vergleich zwischen den am gleichen Tag stattfindenden Landtagswahlen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: In Rheinland-Pfalz sagen 16 Prozent die Atom-, Energiepolitik sei für sie das wichtigste politische Problem, in Baden-Württemberg beträgt der Anteil 43 Prozent (Infratest dimap). Und für 62 Prozent ist es für die individuelle Wahlentscheidung das wichtigste Thema. Stuttgart 21 nennen hingegen lediglich 34 Prozent der Wähler als für sie entscheidend (Forschungsgruppe Wahlen). Damit hat sich die für Landtagswahlen typische Problemagenda massiv verschoben.



Die Besonderheit bei der Agenda liegt darin, dass sie im Resultat eine ausgesprochen polarisierte Wählerschaft hinterlässt. So hat die Vorwahlumfrage der Forschungsgruppe gezeigt, dass 65 Prozent der CDU- und 76 Prozent der FDP-Anhänger für den Umbau des Hauptbahnhofes sind, während es bei den Grünen gerade einmal 17 Prozent sind. In einer anderen Vorwahlumfrage von Infratest dimap (März 2011 I) bezeichneten 25 Prozent der CDU-Anhänger, aber 84 Prozent der Anhänger der Grünen, das Themenfeld Energie- und Umweltpolitik als sehr wichtig. Allerdings hatte in Folge der Schlichtung das Thema „Stuttgart 21“ deutlich an mobilisierender Relevanz verloren, während die Energiepolitik quasi aus dem Nichts nach oben schoss. Bei „Stuttgart 21“ gaben im November 2010 noch 51 Prozent an, es handle sich um das wichtigste Thema, kurz vor der Wahl waren es noch 29 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Zwar ist die Anzahl der Gegner zu dem Bahnprojekt in Baden-Württemberg kontinuierlich gesunken, doch kann die CDU davon kaum profitieren, da am Ende eine Polarisierung der Anhängerschaften eingetreten ist, die

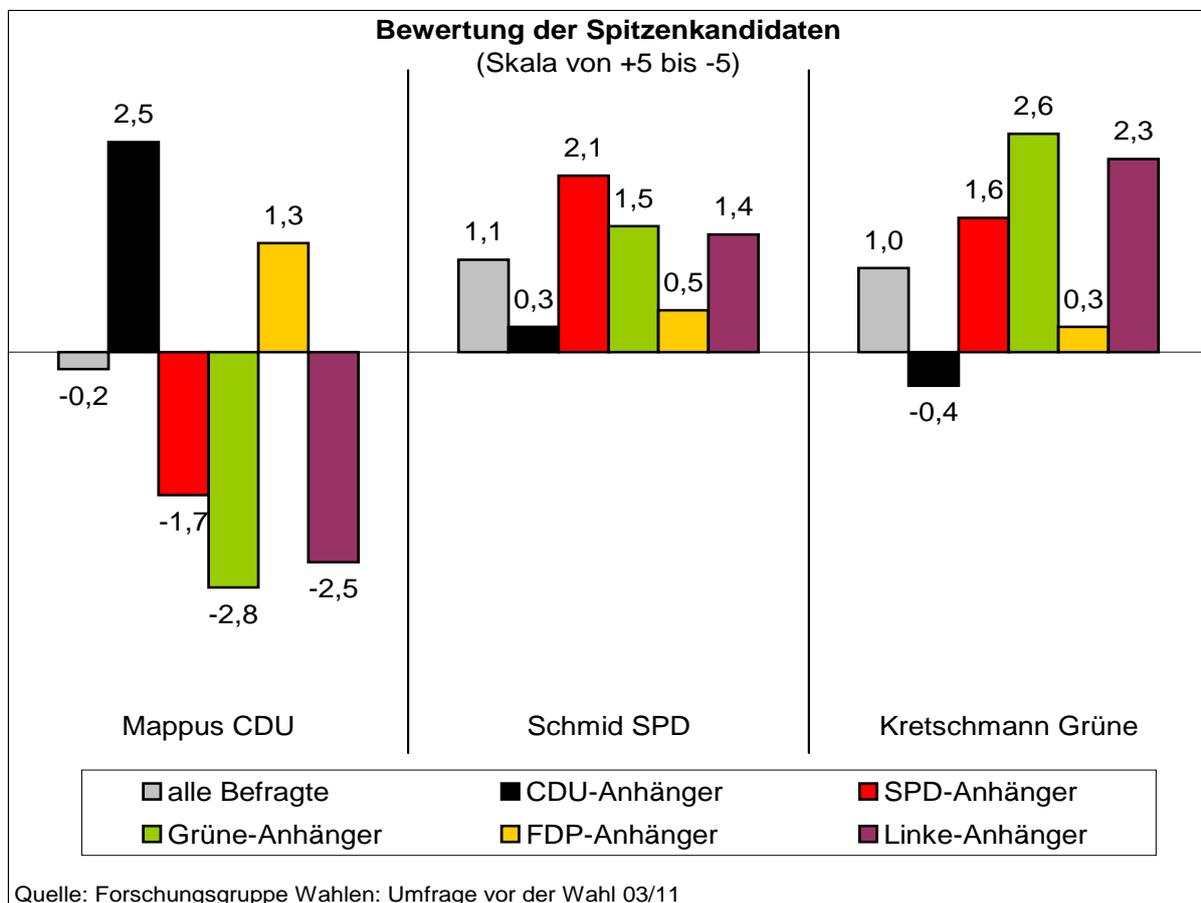
durch das Atomkraftthema noch erheblich verstärkt wurde. Die CDU kann zwar in ihren klassischen Themenfeldern (Arbeit, Wirtschaft) nach wie vor punkten, doch führt die Dominanz von Themen, die jenseits des klassischen Kompetenzprofils der Partei liegen, zu einem Aufschwung für die Grünen. Interessanterweise ist es bei den Grünen lediglich die Atomkraft und die Frage nach Stuttgart 21, die sie nach oben befördern, in allen anderen Kompetenzfeldern wird ihnen selbst von den eigenen Anhängern nicht zugetraut, die Probleme lösen zu können.



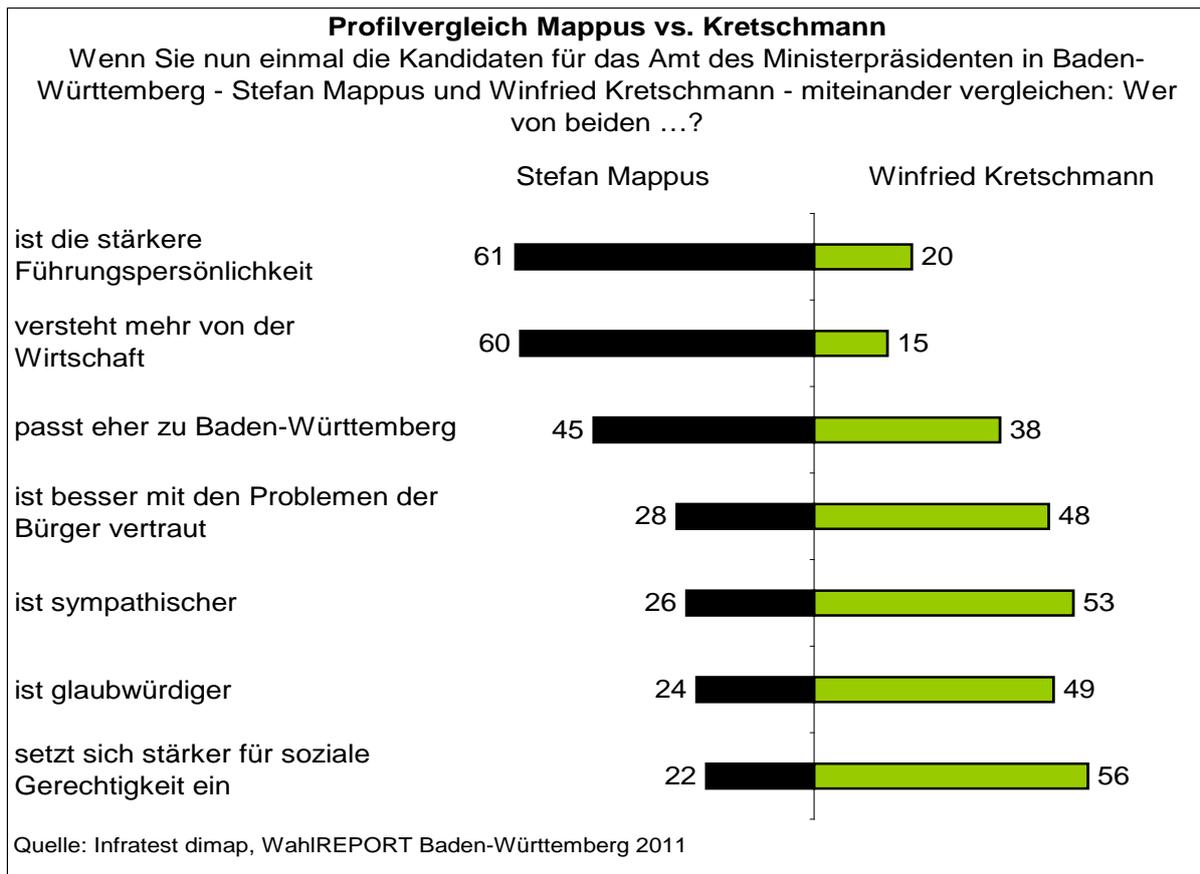
Die Verschiebung der politischen Agenda hat erheblichen Einfluss auf die Wahlchancen der Parteien. Bei den Themen, die am Ende die Agenda dominieren, haben die Grünen Vorteile.

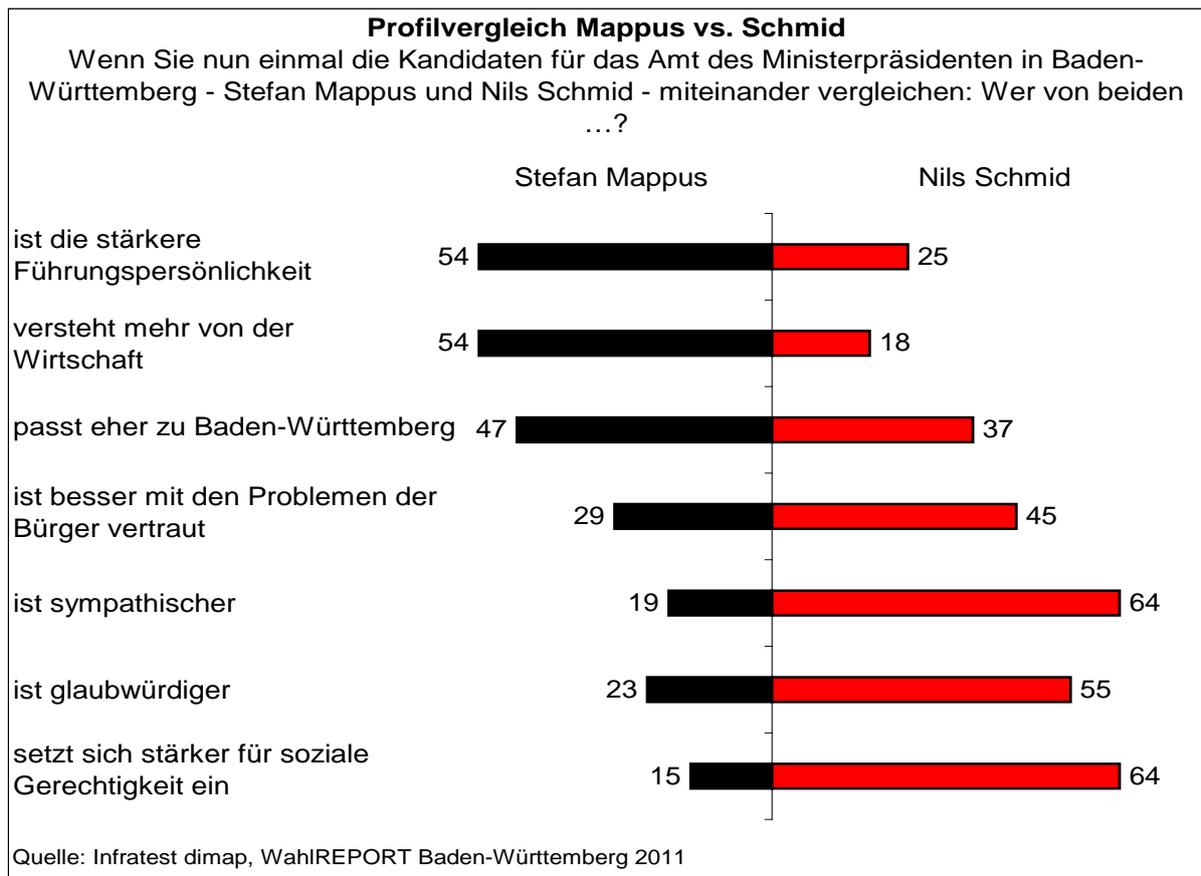
Die Agenda und die damit verbundene Politisierung der Wähler spiegelt sich auch in der Bewertung der Kandidaten wider. Der Ministerpräsident der CDU wird lediglich bei der CDU (und in abgeschwächter Form bei den

Anhängern der FDP) bevorzugt, in allen anderen Lagern findet er keine Zustimmung. Dies zeigen Daten der Forschungsgruppe Wahlen: bei allen Befragten erhält er einen Wert von -0,2; in der eigenen Anhängerschaft kommt er auf recht gute 2,5 (auf einer von + 5 bis -5 reichenden Skala). Bei den Anhängern der Grünen kommt er auf -2,8 und bei den Anhängern der SPD auf -1,7. Außer bei Christoph Ahlhaus, der bei der Landtagswahl in Hamburg mit -0,6 abschneidet, gab es bei keiner anderen Landtagswahl (zumindest nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen) einen Amtsinhaber mit einer vergleichbaren Einstufung bei den Anhängern der anderen Parteien als der eigenen. Der SPD-Kandidat Nils Schmid kommt auf einen Wert von 1,1 und erhält in allen Anhängerschaften positive Werte. Ähnlich verhält es sich mit den Einstufungen von Winfried Kretschmann. Mit einem Durchschnittswert von 1,0 wird er lediglich bei CDU-Anhängern mit -0,4 leicht negativ bewertet. Bei den anderen Anhängerschaften stößt er auf eine positive Resonanz (Forschungsgruppe Wahlen).



In den Eigenschaftsprofilen gilt Mappus als derjenige, der die stärkere Führungspersönlichkeit darstellt, mehr von der Wirtschaft versteht und besser zu Baden-Württemberg passt. Das Profil der beiden Herausforderer ähnelt sich sehr: Sie gelten als sympathischer und glaubwürdiger und mit den Problemen des Landes vertraut. Zudem werden sie eher als die wahrgenommen, die sich stärker für soziale Gerechtigkeit einsetzen.





Hinzu kommt, dass sich in Baden-Württemberg während der Legislaturperiode eine Wechselstimmung breit machte, die zwar zum einen auf eine gewisse Unzufriedenheit mit der Landesregierung aufbaut, aber andererseits durch positive wirtschaftliche Bewertungen quasi konterkariert wird. Man könnte die Situation als politisch unzufrieden und wirtschaftlich gesättigt bezeichnen. In den Vordergrund schieben sich Wechselmotive. Waren 2006 36 Prozent der Ansicht, es sei Zeit für einen Regierungswechsel, steigt der Wert 2011 auf 59 Prozent unmittelbar vor der Wahl (Infratest dimap). Dies wird begleitet von einer um 18 Punkte angestiegenen Unzufriedenheit mit der Landesregierung gegenüber 2006 (insgesamt 58 Prozent; Infratest dimap).

5.3 Wählerwanderungsbilanz¹⁴ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Baden-Württemberg

Die hohe Aufmerksamkeit, die der Wahl gewidmet wurde und die starke Emotionalisierung haben ein erhebliches Nichtwählerpotential an die Urnen gebracht, von dem alle Parteien profitierten. Die meisten Nichtwähler mit 266.000 Stimmen gingen zu den Grünen, dicht gefolgt von der CDU, für die sich 221.000 ehemalige Nichtwähler entschieden und 162.000 Stimmen, die aus dieser Gruppe zur SPD wechselten. Lediglich die FDP kann von diesem Verhalten mit einem Zuwachs von 15.000 Stimmen so gut wie nicht profitieren.

Der hochgradigen Wahlmobilisierung aus dem Nichtwählerlager stehen relativ niedrige Wechselströme zwischen den Parteien gegenüber. Die **CDU** gewinnt von der FDP 66.000 Stimmen und gibt an die Grünen 87.000 und an die SPD 39.000 Wähler ab.

Die **SPD** verliert zwar 140.000 Wähler an die Grünen, kann aber von der CDU (39.000) und der FDP (26.000) auch Wechselwähler für sich positiv verbuchen.

Die **Grünen** gewinnen von überall Wähler: Von der SPD 140.000, von der CDU 87.000 und von der FDP 61.000.

Umgekehrt verhält es sich mit der **FDP**, deren Wähler auch in alle Richtungen wechseln. An die CDU verlieren die Liberalen 66.000 Wähler und 61.000 gehen zu den Grünen. Weitere 26.000 entscheiden sich für die Sozialdemokraten.

¹⁴ Infratest dimap

Die Wählerschaft in Baden-Württemberg weist einige Besonderheiten auf, die sich von anderen Ländern unterscheiden. In den letzten Jahren sieht man als Trend, dass mit dem Rückgang der Stammwählerschaft die Entscheidung, wen man wählt, immer später fällt. Dabei sind alle Parteien etwa gleich von diesem Wandel betroffen, d.h. der Anteil der Stammwähler und der Wechselwähler steht bei allen Parteien – mit gewissen Schwankungen – in einem ähnlichen Größenverhältnis. Bei dieser Wahl zeigen sich für zwei Parteien Abweichungen: Die Wahlentscheidung für die FDP fiel überdurchschnittlich spät, die zugunsten der Grünen überdurchschnittlich früh. In Baden-Württemberg (vermutlich durch die Auseinandersetzung um Stuttgart 21) ist der Zuwachs bei denjenigen, die sich vor längerer Zeit für die Grünen entschieden haben, mit 10 Punkten überdurchschnittlich hoch, so dass man von einer frühen Aktivierung potentieller Wähler sprechen kann (Infratest dimap). Ebenfalls auffällig ist die Bedeutung der Wahlmotive. Die CDU profitiert von allen Parteien am schwächsten von ihrem Themen- und Personalangebot. Überdurchschnittlich stark dominiert das Motiv der langfristigen Parteibindung. Im krassen Gegensatz werden die Grünen fast nur wegen ihrer Lösungsvorschläge unterstützt, Spitzenkandidat und Parteibindung spielen fast keine Rolle (Infratest dimap).

Beim Abstimmungsverhalten der sozial differenzierbaren Gruppen gibt es relativ wenige Auffälligkeiten. Die Verluste der CDU verteilen sich relativ homogen über alle Wählergruppen. Überdurchschnittliche Verluste erleidet sie bei Arbeitslosen (allerdings sind nur 1 Prozent der Wähler arbeitslos, so dass die Auswirkungen auf das Gesamtergebnis ausgesprochen gering sind.) Die Sozialstruktur der Wähler der Grünen wächst verhältnismäßig proportional, d.h. sie können überall Zuwächse verzeichnen, ohne jedoch dabei die spezifischen Konturen ihrer Wählerschaft einzubüßen (hohe Bildung, Angestellte, Beamte, Konfessionslose, unter 60 Jahre). Die stärksten Zuwächse hat sie in den mittleren Altersgruppen. Die Verluste

der FDP verteilen sich ebenfalls relativ gleichförmig (Forschungsgruppe Wahlen).

6. Die Landtagswahl in Bremen

6.1 Das Wahlergebnis in Bremen

Die Veränderungen bei der Landtagswahl in Bremen fallen insgesamt gering aus. Die **SPD** kann leichte Zuwächse¹⁵ verzeichnen (+1,9) und wird mit 38,6 Prozent stärkste Partei und stellt 36 Abgeordnete (+4).

Die **CDU**, welche die Dominanz der SPD in Bremen noch nie brechen konnte, verliert 5,3 Punkte und wird von 20,4 Prozent der Wähler unterstützt. Sie verliert drei Mandate und ist mit 20 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten.

Die **Grünen** gewinnen in ihrer traditionellen Hochburg 6 Punkte hinzu, was sie mit 22,5 Prozent abschneiden lässt. Die Fraktion wächst um sieben Mandate auf 21 an. Dies ist das beste Ergebnis der Grünen in Bremen.

Die **FDP** verliert 3,6 Punkte und kann mit 2,4 Prozent nicht den Einzug ins Parlament realisieren. Doch ist die Partei in Bremen regelmäßig bei Wahlergebnissen unter 5 Prozent gelandet und war nach drei Legislaturperioden Abstinenz erst 2007 wieder in die Bürgerschaft eingezogen.

¹⁵ Aufgrund der Änderung des Wahlrechts können die absoluten Zahlen nicht mehr miteinander verglichen werden, da jede Wähler bis zu 5 Stimmen verteilen kann.

Die **Linke** verliert in ihrer „Hochburg“ 2,8 Punkte. Mit 5,6 Prozent kann sie fünf Abgeordnete entsenden (-2). In Bremen ist es der Linken 2007 zum ersten Mal gelungen, in den alten Ländern über die 5-Prozent-Hürde zu kommen.

Die **BIW** (Bürger in Wut) ziehen über Bremerhaven (wo sie 7,1 Prozent erzielen und somit dort über die 5-Prozent-Hürde kommen) mit einem Repräsentanten ein. Insgesamt kommen sie auf 3,7 Prozent. Die BIW gehörte bereits dem letzten Parlament an. Von den **weiteren Parteien** kommen die **Piraten** auf 1,9 und die **NPD** auf 1,6 Prozent.

Bremen hat gerade was die Erfolge bundespolitisch (noch) wenig oder überhaupt nicht etablierter Parteien betrifft, einige Eigentümlichkeiten aufzuweisen. Nicht zuletzt das Wahlrecht begünstigt kleine Parteien, da es ausreicht, in dem kleinen Bremerhaven (knapp 86.000 Wahlberechtigte) die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, um in die Bürgerschaft des Landes Bremen einzuziehen. In Bremen war die DVU seit 1987, damals noch als Liste D im Parlament repräsentiert. Bis auf 1991, als sie die Fünf-Prozent-Hürde mit 6,2 Prozent übersprang, konnte sie jeweils einen Abgeordneten entsenden, der sein Mandat in Bremerhaven gewann. Dieser Abgeordnete hat die DVU 2007 verlassen und gehörte der Bürgerschaft als parteiloser Abgeordneter an, der 2011 mit der Liste „Protest der Bürger“ in Bremerhaven erfolglos blieb. Die DVU trat nicht an. 1995 erhielt die Bremer Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven (AFB) 10,7 Prozent, um bei der nächsten Wahl wieder in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 2,1 Punkte auf 55,5 Prozent gesunken. Um Hyperlative zu benutzen: Nach dem besten Abschneiden der Grünen in dem Stadtstaat ist dies die niedrigste Wahlbeteiligung überhaupt.

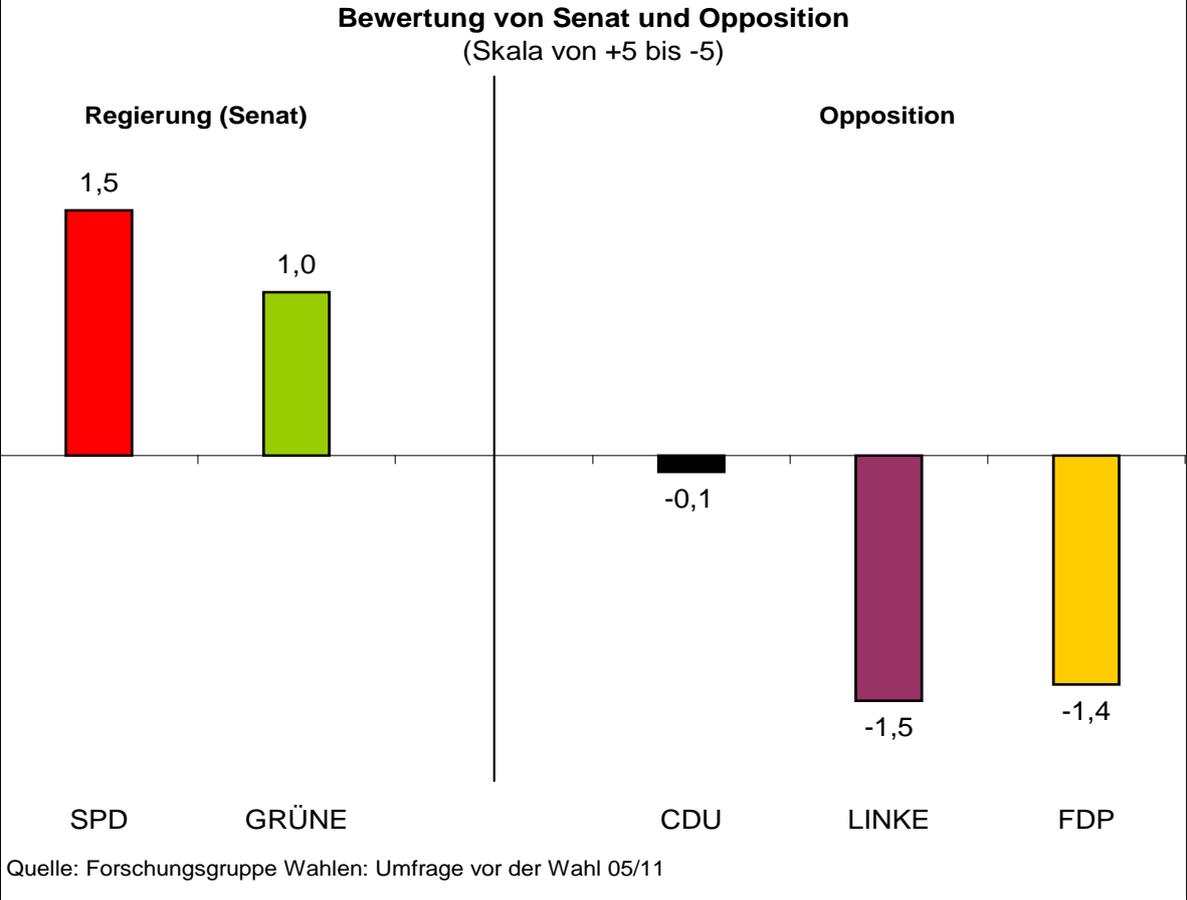
6.2 Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses in Bremen

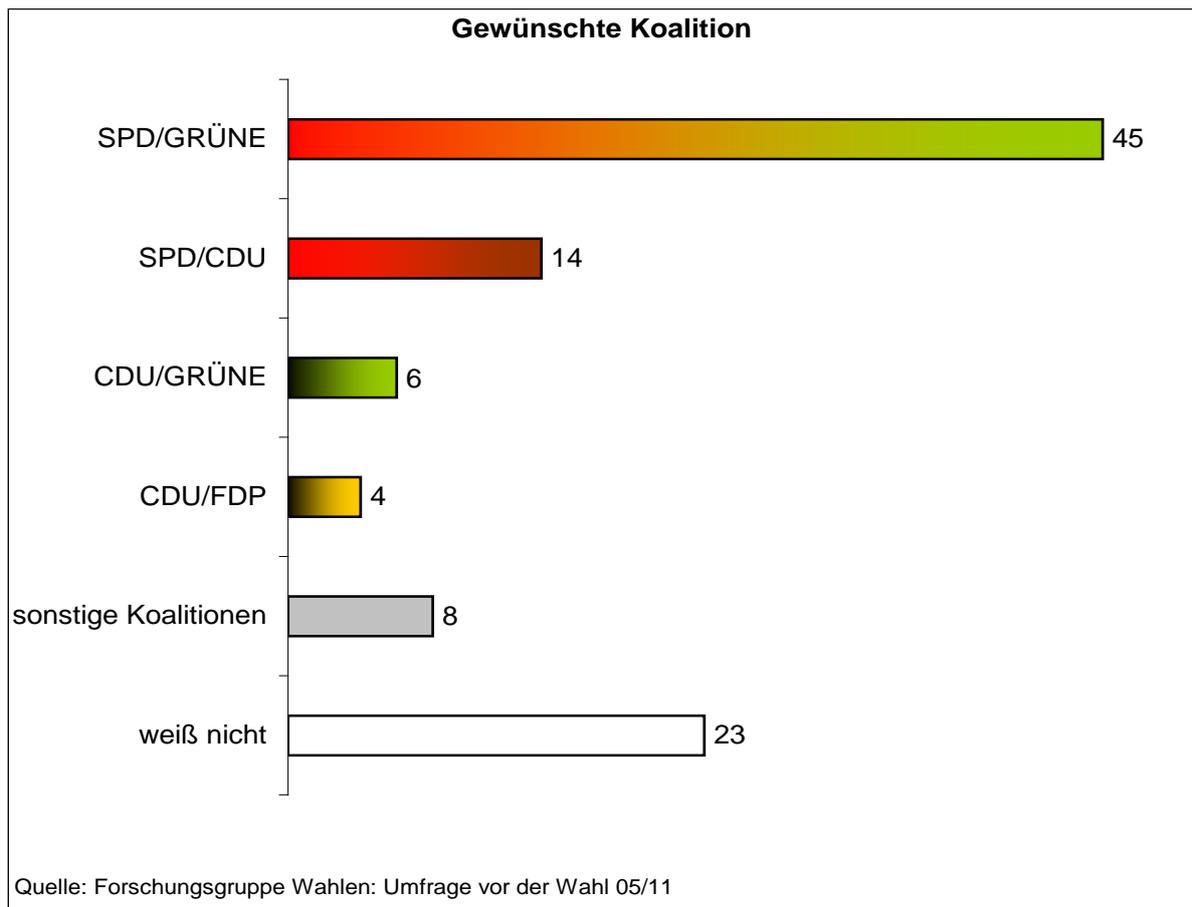
Bremen ist das letzte Land, in dem eine Partei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ununterbrochen regiert. Daran hat auch die Landtagswahl vom 22. Mai nichts geändert. Doch weist das Parteiensystem in Bremen dessen ungeachtet eine große Flexibilität auf. Zum einen markiert es den ersten Einzug einer „jungen“ Partei wie es 1979 den Grünen und 2007 der PDS gelang. Zum anderen konnten in Bremen immer wieder Parteien aus dem Spektrum der „Sonstigen“ reüssieren. Aber auch die sogenannte Ampelkoalition aus dem Jahr 1991 fand (außer einer Episode in Brandenburg) bislang keine Nachahmer. Die CDU ist in Bremen traditionell schwach. Sieht man von den 50er Jahren ab, ist es ihr erst dreimal gelungen, Partner einer großen Koalition zu sein (1995, 1999 und 2003).

Bei dieser Wahl haben sich die Wähler für Kontinuität entschieden, ungeachtet der massiven Probleme, mit denen der Stadtstaat belastet ist, die den Wählern aber durchaus bewusst sind. So beurteilen 63 Prozent die wirtschaftliche Lage in Bremen pessimistisch, während dies lediglich 34 Prozent für Deutschland so sehen (Infratest dimap).

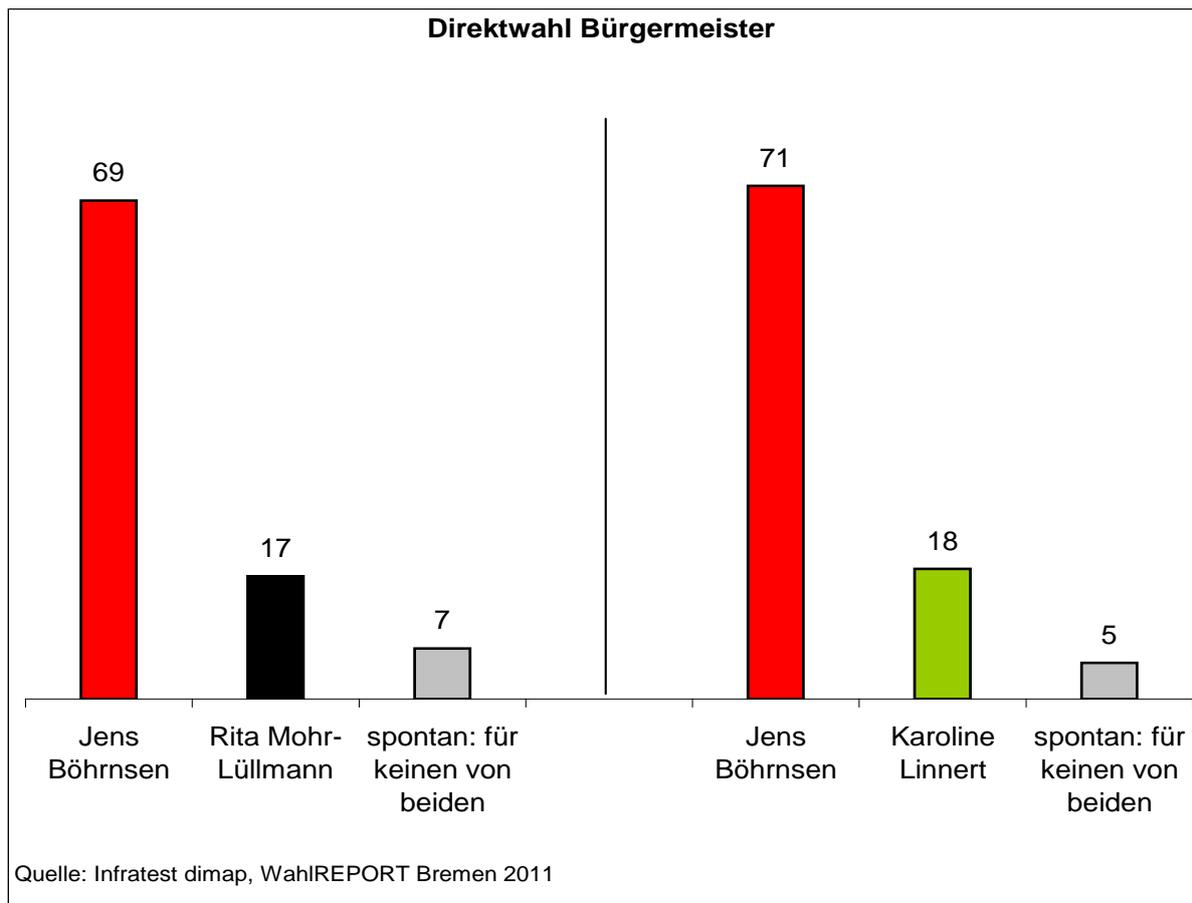
Die Wahlentscheidung in Bremen erfolgt in erster Linie aus landespolitischen Überlegungen, die Bundespolitik hat einen – im Vergleich mit Flächenländern – ausgesprochen geringen Anteil am Abschneiden der Parteien. So nennen 70 Prozent der Bremer die Landes- und 25 Prozent die Bundespolitik. Eine Wechselstimmung war im Vorfeld der Wahl nicht auszumachen. Der Senat wird im Unterschied zur Opposition positiv bewertet (1,4 auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Am besten schneidet noch die CDU-Opposition ab (-0,1), während die Linke (-1,5) und die FDP (-1,4) kritische Reaktionen hervorrufen. Daher verwundert es nicht, dass sich eine – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – ungewöhnlich hohe Zahl der Bremer für eine

Fortsetzung von Rot-Grün ausspricht. So wünschen sich 45 Prozent in einer offenen Frage die Kontinuität, alle anderen Optionen sind weit abgeschlagen (Forschungsgruppe Wahlen).





Zu den für Bremen typischen Szenarien gehört die Dominanz des Bürgermeisters, der regelmäßig in der Bewertung der Wähler zwischen sich und den jeweiligen Herausforderern einen großen Abstand bewahren kann. Bei dieser Wahl lag der Abstand zu der Kandidatin der CDU bei 52 Punkten; gegenüber der Kandidatin der Grünen bei 53 Punkten (Infratest dimap). Dies ist erstaunlich, da Rita Mohr-Lüllmann als einfache Abgeordnete eher kurzfristig von der CDU nominiert wurde und im Unterschied zu der Finanzsenatorin Karoline Linnert von den Grünen über keine Ämter oder Mandate verfügt, die sie bekannt machen könnten. Ungestützt wussten 35 Prozent der Bremer, dass Mohr-Lüllmann die CDU-Kandidatin ist, Jens Böhrnsen konnten 70 Prozent benennen (Forschungsgruppe Wahlen). Aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades konnte die CDU-Kandidatin auch kein Imageprofil aufbauen, mit dem sie gegenüber dem Amtsinhaber punkten könnte (Infratest dimap).



Wurden die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März noch von der Atomkatastrophe in Fukushima überlagert, hat dieses Thema auf die Wahlentscheidung in Bremen keinen Einfluss mehr ausgeübt. Die politische Agenda wird von lokalen Themen wie der Arbeitslosigkeit (35 Prozent), der Bildungspolitik (34 Prozent) und der Haushaltslage/Verschuldung (28 Prozent) geprägt. Die Atompolitik nennen gerade einmal 2 Prozent (Infratest dimap).

Thematisch dominiert die SPD die Problemlösungsagenda. Die Grünen punkten in ihren klassischen Themenfeldern (Umwelt-, Atom-, Energiepolitik). Erstaunlicherweise können sie, obwohl sie dort die Senatorin stellen, nicht im Bereich der Finanzpolitik punkten. In der Opposition hat die CDU gegenüber der Zeit der Großen Koalition in ihren Kernthemen (Wirtschaft, Arbeit, Verschuldung) die Kompetenz an die SPD abgegeben. FDP und Linke bleiben auch im Vergleich zu 2007 profillos,

bzw. bewegen sich beide Parteien unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle (Infratest dimap).

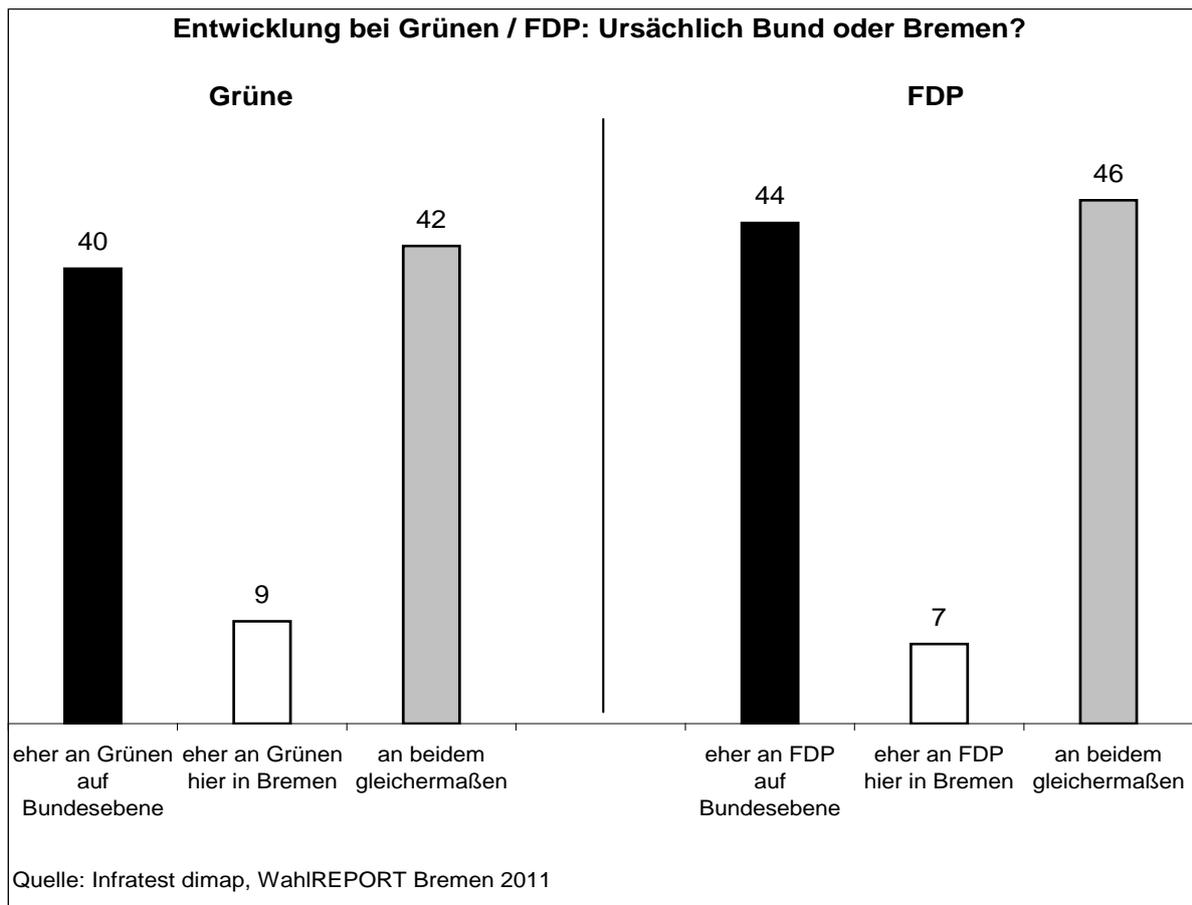
Parteikompetenzen

Ich nenne Ihnen jetzt einige politische Aufgaben und Probleme. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben und Probleme zu lösen.

	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	keiner Partei/ weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	50 (-1)	11 (-3)	12 (+2)	9 (+2)	2 (-1)	14 (+2)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	47 (+14)	24 (-11)	6 (+3)	2 (-1)	2 (-2)	16 (-4)
Die Wirtschaft in Bremen voranbringen	45 (+14)	30 (-13)	6 (+3)	1 (±0)	3 (-2)	14 (-2)
Für eine gute Kinderbetreuung sorgen	44 (+1)	14 (-8)	21 (+7)	4 (+1)	2 (-1)	14 (+1)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	37 (-3)	27 (+1)	14 (+3)	3 (+1)	2 (-3)	15 (±0)
Die Integration von Einwanderern vorantreiben	36 (-3)	11 (-4)	25 (+5)	3 (-1)	2 (±0)	20 (+3)
Eine gute Verkehrspolitik betreiben	31	23	20	0	2	22
Die Verschuldung des Landes verringern	26 (+2)	25 (-13)	7 (+3)	2 (+1)	3 (-2)	35 (+8)
Für verlässliche und bezahlbare Energie sorgen	20	14	43	1	2	18
Eine gute Umweltpolitik betreiben	12 (-10)	7 (-5)	72 (+17)	0 (-1)	1 (-1)	7 (±0)
Für den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie sorgen	11	7	69	1	1	10
Die wichtigsten Probleme Bremens lösen*	43 (+10)	18 (-8)	9 (+2)	2 (±0)	1 (-2)	24 (-2)

Angaben in Klammern: Vgl. zu 2007; *2007: Zukunftsprobleme in Bremen lösen
 Fehlende Werte zu 100%: Andere Partei/keine Angabe
 Quelle: Infratest dimap, WahlREPORT Bremen 2011

Die Images der Grünen profitieren dabei vom Bundestrend, der sich umgekehrt negativ auf die Images der FDP auswirkt. So nennen nur 9 Prozent der Bremer die Aktivitäten der Grünen in der Stadt und 7 Prozent die der FDP als ursächlich für die Entwicklung (Infratest dimap).



6.3 Wählerwanderungsbilanz¹⁶ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bremen

Die Bewegung zwischen den Parteien ist auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau, so dass man keine spezifischen Effekte lokalisieren kann. Wähler von allen Parteien bleiben der Wahl fern, bezogen auf das Wahlergebnis fällt der Anteil bei der CDU geringfügig höher aus. Aufgrund der schwachen Wechselaktivität wird auf eine nähere Darstellung verzichtet, da die Bewegungen auch einen Schätzfehler beinhalten (die Tabellen werden im Anhang dokumentiert).

Auch im Wahlverhalten der Bevölkerungsgruppen gibt es kaum signifikante Ergebnisse. Die SPD verdankt ihre leichten Gewinne vor allem

¹⁶ Infratest dimap

den älteren Wählergruppen. Die CDU ist in Bremen nicht die Partei der „kleinen“ Leute. Hier hat die SPD einen überproportionalen Vorsprung. Dies zeigt sich besonders drastisch bei dem Wahlverhalten in den unterschiedlichen Bildungsgruppen: Die SPD erreicht 49 Prozent der Wähler mit Hauptschulabschluss, die CDU 20 und die Grünen 13 Prozent. Dafür sind die Grünen mit 32 Prozent bei den Wählern mit Hochschulabschluss die Partei mit dem besten Ergebnis. Im Unterschied zu den anderen Wahlen können die Grünen aber in dieser Gruppe kaum noch Zuwächse verzeichnen, dafür bei Wählern mit niedriger und mittlerer Bildung. Allerdings sind diese Wählergruppen in der Anhängerschaft der Grünen weit unterrepräsentiert. Die Verluste der Linken finden vor allem dort statt, wo sie ihre stärkste Wählerklientel hatte: den Arbeitslosen und den Gewerkschaftsmitgliedern. Die Verluste der FDP weisen hingegen keine klaren Signifikanzen auf. Interessanterweise gibt es bei den Wählern mit Migrationshintergrund keine Abweichungen zum Wahlverhalten von Wählern ohne Migrationshintergrund¹⁷ (Infratest dimap).

7. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

7.1 Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern

Die politische Stimmung in Mecklenburg-Vorpommern war während des gesamten Jahres 2011 verhältnismäßig stabil. CDU und SPD lagen in Umfragen recht dicht beieinander. Erst unmittelbar vor der Wahl bewegten sich die Wählerschaften, wovon die SPD profitieren konnte und ihren Vorsprung gegenüber der CDU ausbaute. So gelang es der **SPD** gegenüber der Vorwahl 5,3 Punkte zuzulegen und insgesamt 35,6 Prozent der Wähler zu erreichen. Die SPD zieht mit 27 Abgeordneten in den Landtag ein (+ 4 Mandate).

¹⁷ Ein Vergleich zu anderen Wahlen ist nicht möglich, da die Variable nur in Bremen erhoben wurde.

Die **CDU** konnte dem Last-Minute-Swing zugunsten der SPD nichts entgegensetzen und büßte 5,7 Punkte ein. Die 23,0 Prozent markieren ihr schlechtestes Abschneiden. Sie verliert vier Mandate und entsendet 18 Abgeordnete. Die CDU gewinnt traditionell fast alle Mandate in Vorpommern, während die SPD fast alle ihre Hochburgen in Mecklenburg hat. Diese Aufteilung hat sich im Großen und Ganzen seit 1990 etabliert. Dennoch verliert die CDU acht Direktmandate und die SPD gewinnt zusätzlich neun Wahlkreise.

Die **Linke** stagniert bei geringen Zuwächsen von 1,6 Prozentpunkten bei 18,4 Prozent. Ihr 2006 gewonnenes Direktmandat in Rostock¹⁸ konnte sie nicht verteidigen. Die 14 Abgeordneten (+1) ziehen alle über die Landesliste ein.

Die **FDP**, die 2006 nach drei Legislaturperioden Abstinenz in den Landtag einziehen konnte, erreicht 2,8 Prozent der Stimmen. Sie verliert 6,8 Punkte. Die FDP hat in Mecklenburg-Vorpommern schon immer einen schweren Stand, sowie es insgesamt für FDP und Grüne in den neuen Ländern schwer ist, an ihre „Westergebnisse“ anzuknüpfen. 1998 hat die FDP mit 1,6 Prozent sogar ein schlechteres Ergebnis als 2011 erzielt, 2006 hingegen ihr mit Abstand bestes.

Die **Grünen** können mit 8,7 Prozent zum ersten Mal in den Schweriner Landtag einziehen. Sie stellen sieben Abgeordnete. Sie profitieren – ähnlich wie 2006 die FDP – vom bundespolitischen Meinungsklima.

Die **NPD** hat zwar leichte Verluste von -1,4 Punkten zu verzeichnen, kann aber mit 6,0 Prozent erneut und somit zum zweiten Mal über die Fünf-Prozent-Hürde springen und mit fünf Mandaten (-1) erneut eine Fraktion im Landtag bilden.

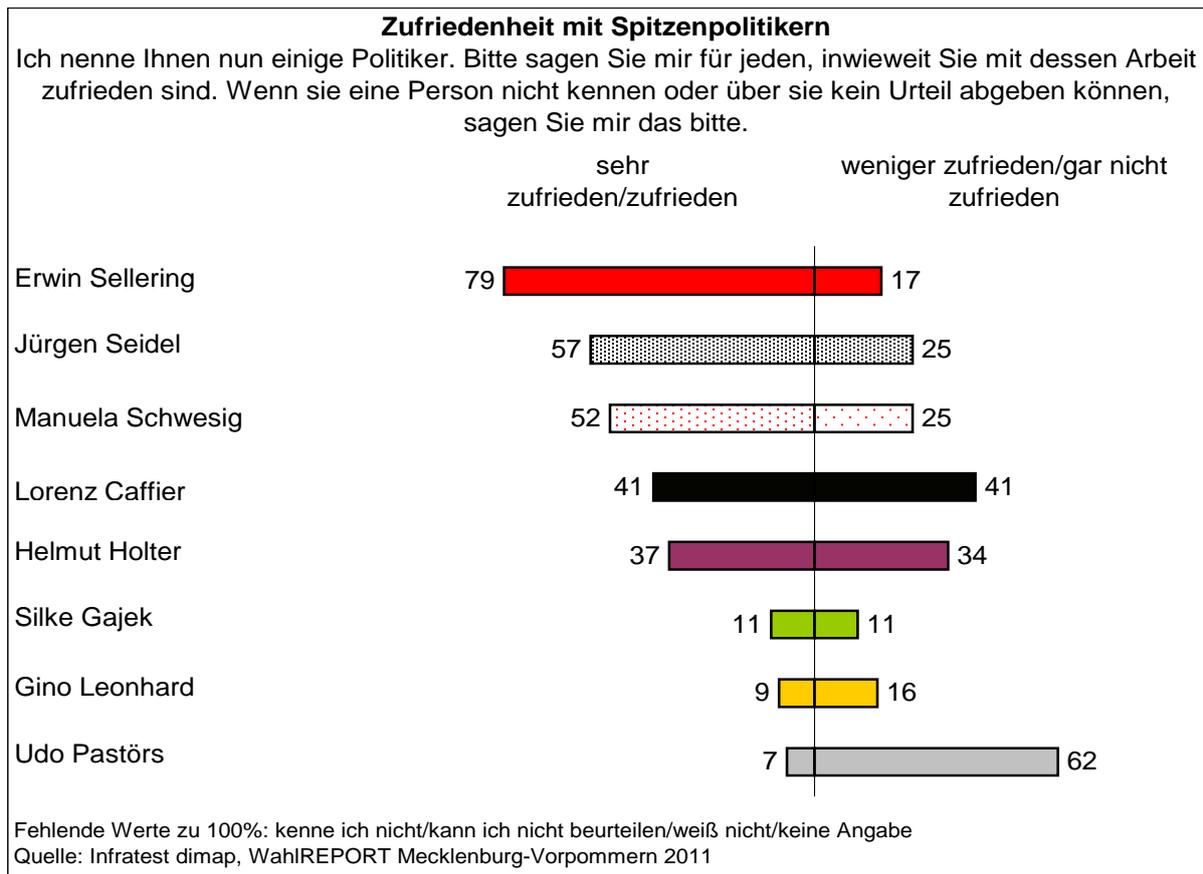
¹⁸ Auch bei der Bundestagswahl 2009 gewann sie in Rostock ein Direktmandat.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 7,6 Punkte zurückgegangen. An Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich, dass Landtagswahlen häufig auf ein geringeres politisches Interesse stoßen. Denn als die Landtags- und die Bundestagswahlen noch am gleichen Tag stattfanden (1994, 1998 und 2002) lagen die Beteiligungsraten deutlich höher. Der abermalige Rückgang gegenüber 2006 (bei der die Beteiligungsquote bereits eingebrochen ist), kann auf ein wenig polarisiertes Meinungsklima ohne große politische Kontroversen zurückgeführt werden. Hier zeigen sich die Unterschiede zu Baden-Württemberg deutlich, bei der ein hochgradig politisiertes Meinungsklima die Wahlbeteiligung stark anwachsen ließ.

7.2 Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Mecklenburg-Vorpommern

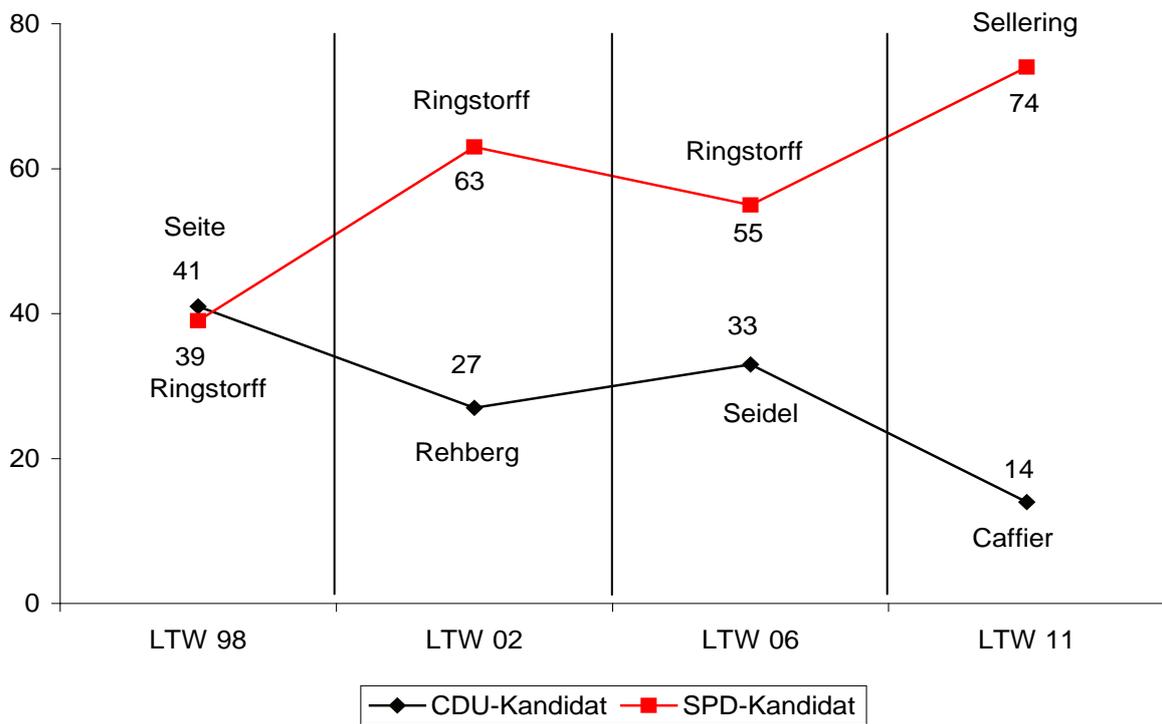
Bei der Landtagwahl in Mecklenburg-Vorpommern kam es vor dem Hintergrund eines mäßigen Interesses an der Wahl am Ende zu einem „Last-Minute-Swing“, von dem die SPD deutlich profitieren konnte. Im Juni und bis in den August hinein lagen CDU und SPD dicht beieinander (Differenz 4 Punkte; Infratest dimap) und erst gegen Ende der Kampagne verlor die CDU leicht an Unterstützung, während sich die SPD verbessern konnte. Wie bereits bei anderen Landtagwahlen in diesem wie in den vergangenen Jahren, kann ein personalisierter Wahlkampf auf den letzten Metern einen entscheidenden Vorsprung bringen, muss es aber nicht zwangsläufig, wie die Abgeordnetenhauswahl in Berlin verdeutlichte. In Mecklenburg-Vorpommern konnte der Amtsinhaber unmittelbar vor der Wahl seinen Vorsprung auf 74 zu 14 Prozent (Infratest dimap) gegenüber dem Herausforderer der CDU ausbauen. Obwohl aus dem Westen stammend, ist es Erwin SELLERING gelungen, zur Identifikationsfigur seiner Partei zu avancieren, was nach dem Weggang von Harald Ringstorff wohl nur wenige Beobachter erwartet hätten. So konnte er in allen empirischen Variablen einen deutlichen Vorsprung gegenüber Lorenz CAFFIER

verbuchen. In den neuen Ländern kommt es häufig zu einer Konzentration der politischen Aufmerksamkeit auf den Amtsinhaber. Selbst eine Politikerin wie Manuela Schwesig, der eigentlich eine hohe Aufmerksamkeit aufgrund ihrer hervorgehobenen bundespolitischen Stellung und der damit einhergehenden medialen Präsenz zuteil werden müsste, schneidet eher bescheiden ab.



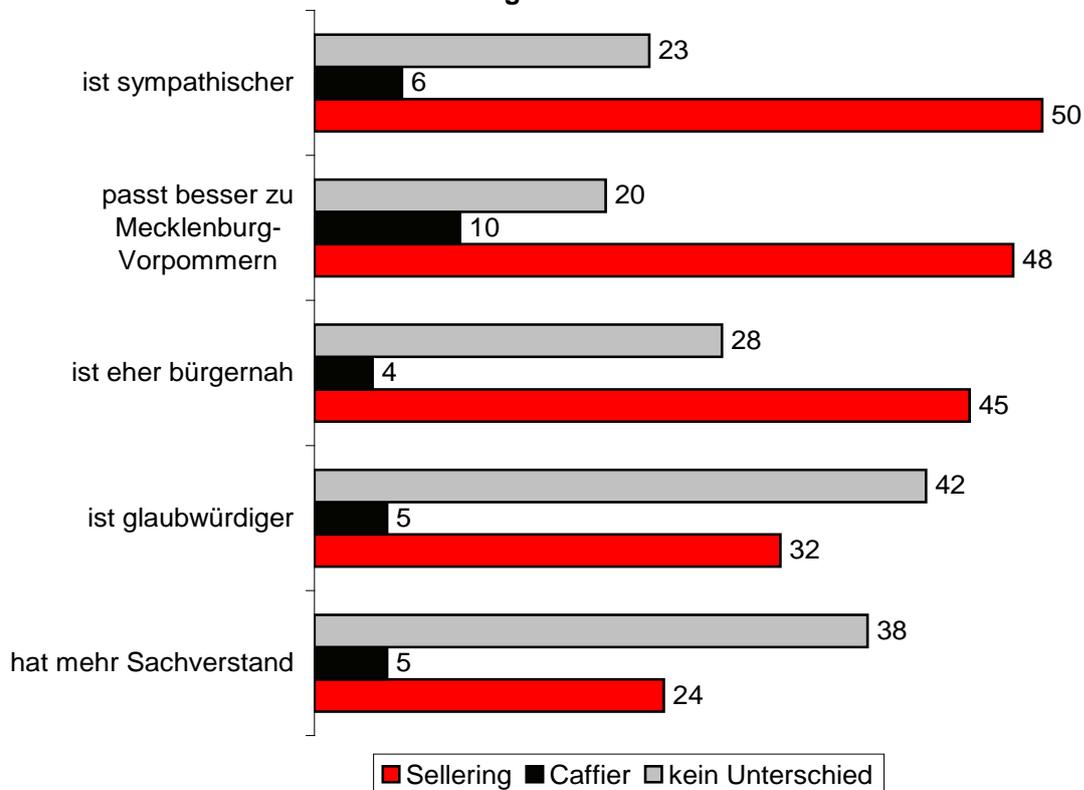
Direktwahl Ministerpräsident: Zeitverlauf

Wenn man den Ministerpräsidenten direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden?

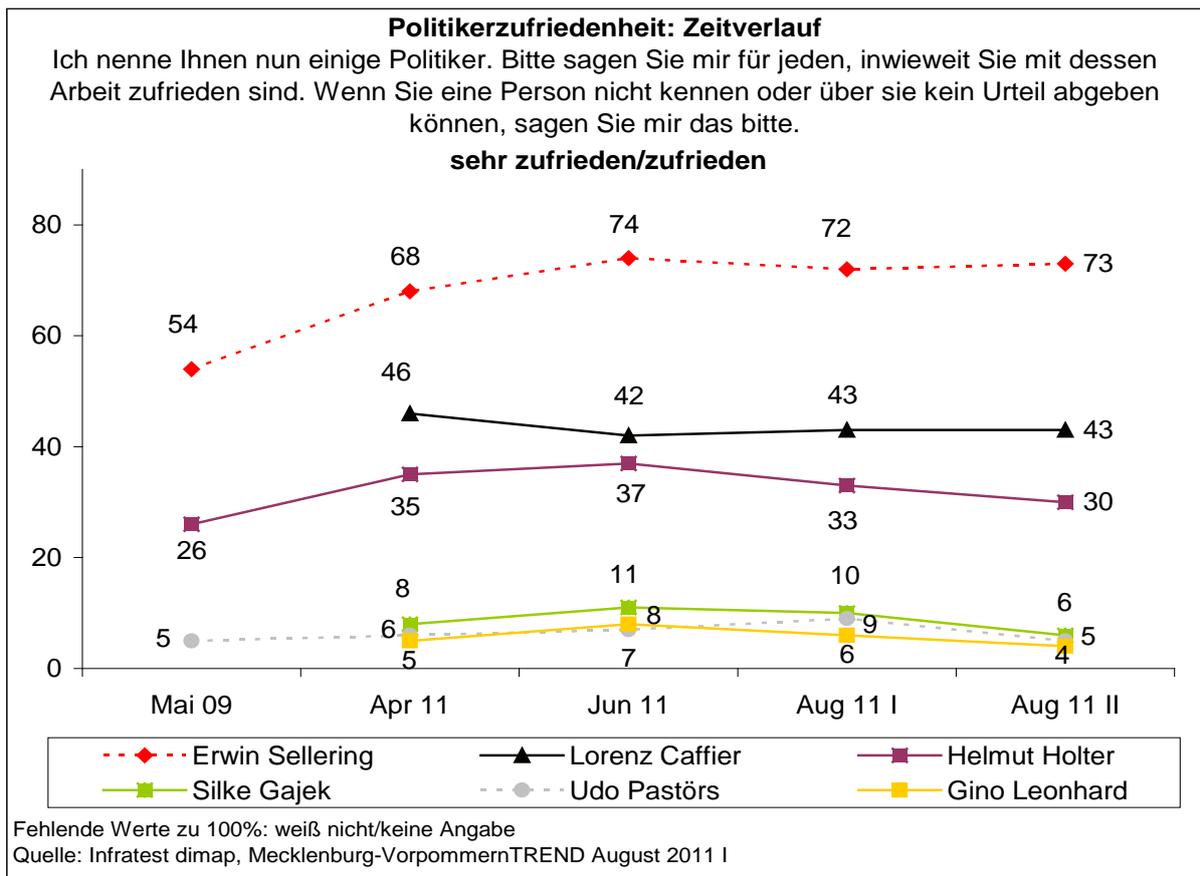


Quelle: Infratest dimap, WahIREPORT Mecklenburg-Vorpommern 2011

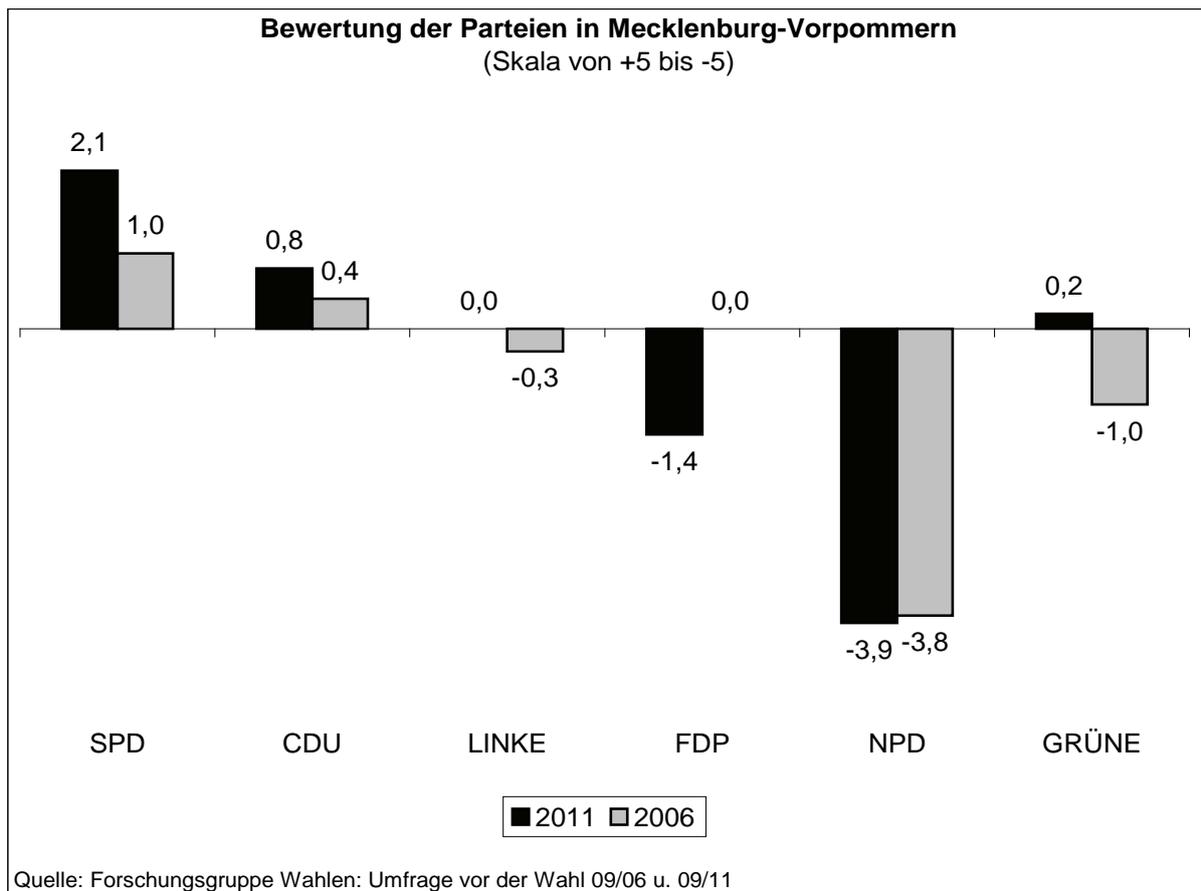
Sellering und Caffier: Wer ...



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl 09/11

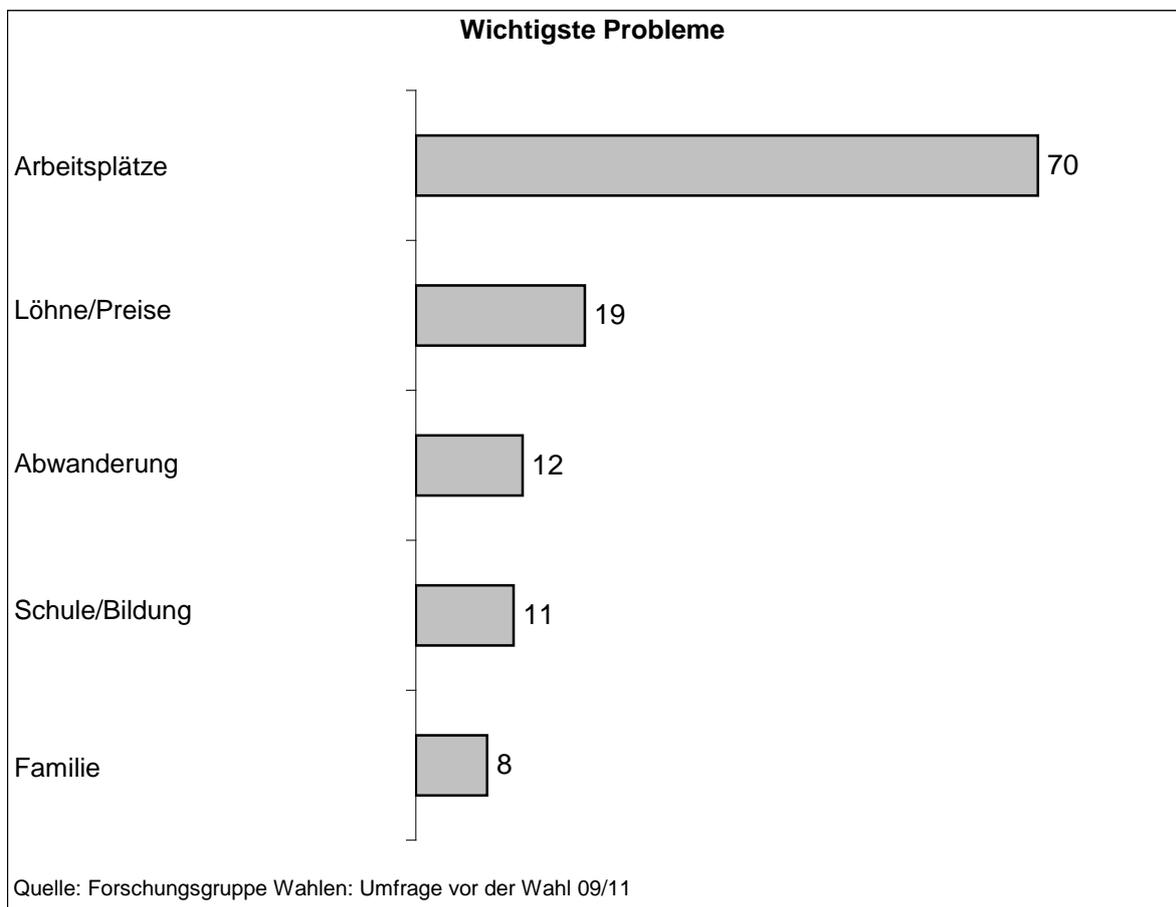


Von der Großen Koalition konnten beide Parteien profitieren. Während die SPD in der rot-roten Regierung auf einen Wert von 0,6 kam, erzielte sie jetzt 1,8. Die Oppositionsarbeit der CDU wurde vor der Landtagswahl 2006 mit 0,3 bewertet. 2011 erhielt sie in der Regierung die Einstufung 1,0. Insgesamt konnte die SPD jedoch einen größeren Imagegewinn verbuchen. Die Bewertung als Partei stieg von 1,0 auf 2,1, während sich die CDU von 0,4 auf 0,8 verbesserte (Forschungsgruppe Wahlen).



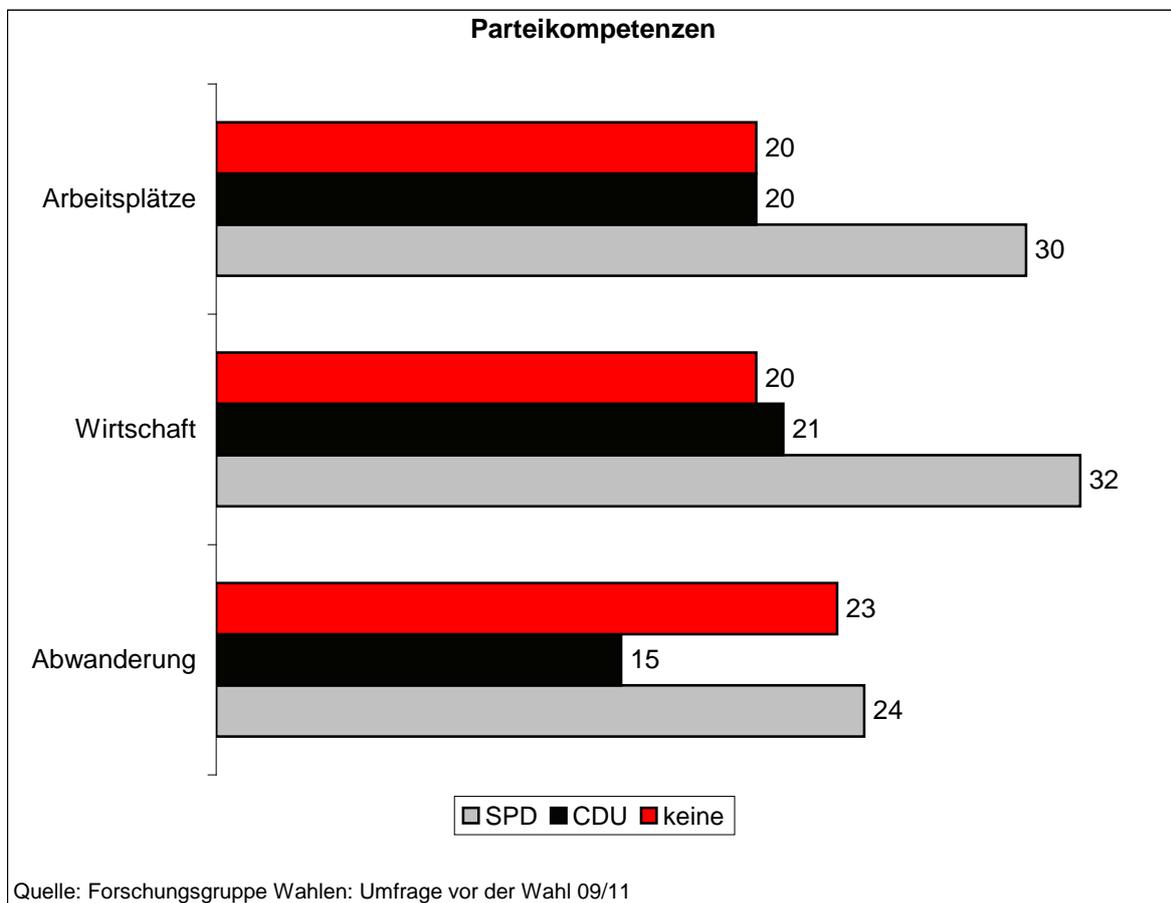
Mit dem Einzug der Grünen in den Landtag sind sie 2011 in allen 16 Landtagen vertreten. Einerseits begünstigte sie das Bundesklima, andererseits die Schwäche der FDP, wobei die kleinen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt verhältnismäßig schwach und profillos blieben. Die Grünen erreichten mit einer Bewertung von 0,2 knapp den positiven Bereich, die Oppositionsarbeit der FDP wurde mit -1,4 eine ausgesprochen negative Bewertung. Selbst die Linke schneidet mit 0,0 nicht gerade überragend ab. Die NPD bleibt mit -3,9 eindeutig am unteren Ende der Bewertungsskala. Die beiden Regierungsparteien können hingegen gegenüber der Vorwahl ihre Bewertung eindeutig verbessern, wobei die SPD von einem erheblichen Sprung nach oben profitiert (von 1,0 auf 2,1), aber auch die CDU ihr Ansehen von 0,4 auf 0,8 verbessern kann (Forschungsgruppe Wahlen). Wie in Sachsen-Anhalt existierte auch in Mecklenburg-Vorpommern der Wunsch, die geräuschlose und erfolgreiche Große Koalition fortzusetzen, wobei die SPD von diesem Bedürfnis stärker als die CDU profitieren konnte.

Die Bewertungen der Parteien korrespondieren mit einer insgesamt großen Zufriedenheit mit der Großen Koalition. 61 Prozent bewerteten die Fortsetzung der Großen Koalition als gut für das Land und setzten dabei auf Kontinuität (Infratest dimap). Bundespolitische Fragestellungen spielten nur eine nachgeordnete Rolle, was sich auch in der Struktur der wichtigsten landespolitischen Themen zeigt, die von der bundespolitischen aber auch von der Agenda in anderen Ländern deutlich abweicht. So ist die – wenn auch etwas nachlassend – Arbeitslosigkeit mit 70 Prozent Nennungen nach wie vor das mit großem Abstand wichtigste Thema im nordöstlichen Bundesland. Dann folgen Löhne und Preise mit 19 und Abwanderung mit 12 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).



Im Themenprofil wird die SPD in allen Feldern als kompetenteste Partei eingestuft. Weder CDU noch Linke können an die SPD heranreichen (Forschungsgruppe Wahlen). Bei Infratest dimap verfügt die CDU vor allem über Vertrauen in der Wirtschaftspolitik, bei der sie nur knapp hinter

der SPD liegt (33:36), während bei der Forschungsgruppe Wahlen die Differenz mit 21:32 deutlicher ausfällt. Bei der Euro- und Schuldenkrise liegt die CDU zwar deutlich vor der SPD, doch hat das Thema für die Wahlentscheidung keine Rolle gespielt. Der Linken wird auf den Feldern soziale Gerechtigkeit und der Lohnpolitik Kompetenz zugesprochen. Letzteres stellte die Kampagne der Partei in den Vordergrund. Während bei der FDP keine inhaltliche Profilierung zu erkennen ist, punkten die Grünen mit dem Zutrauen in die Umwelt- und Energiepolitik, Themen, die das Profil der Partei insgesamt prägen und nicht als Spezifikum eines Landesverbandes interpretiert werden können.



7.3 Wählerwanderungsbilanz¹⁹ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Mecklenburg-Vorpommern

Die SPD hat vor allem in der Konkurrenz zu anderen Parteien Austauschprozesse zu verzeichnen, während die CDU in erster Linie Abwanderungen ins Nichtwählerlager zu spüren bekam.

Die **SPD** kann von der CDU (+22.000) sowie der FDP (+12.000) Wähler gewinnen, muss aber an die Grünen 11.000 Stimmen abgeben. Die Verluste an das Nichtwählerlager fallen mit 13.000 Stimmen verhältnismäßig schwach aus.

11.000 ehemalige Wähler der FDP entscheiden sich für die **CDU**. Ansonsten gibt sie aber in alle Richtungen Wähler ab. Vor allem diejenigen, die der Wahl fern bleiben, 34.000 Wähler, haben einen deutlichen Einfluss auf das Wahlergebnis. Sie stellen etwa die Hälfte aller verloren gegangenen Wähler. An die SPD verliert die Partei 22.000, an die Linke und die Grünen jeweils 6.000 Stimmen.

Die Wählerströme bei der **Linken** bewegen sich auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Austausch mit der CDU gewinnt sie 6.000 Stimmen hinzu, 6.000 ehemalige Wähler der Linken bleiben der Wahl 2011 fern.

Die **FDP** gibt vor allem an die beiden Volksparteien Wähler ab. Damit fliehen die FDP-Wähler nicht in den politischen Protest. 12.000 wechseln zur SPD und 11.000 zur CDU und weitere 12.000 bleiben der Wahl fern.

Die **NPD** hat gegenüber dem Nichtwählerlager einen erheblichen Abgang von 18.000 Stimmen zu verzeichnen, ein Muster, das bei Protestparteien immer wieder sichtbar ist. Mobilisierungen und Demobilisierungen spiegeln

¹⁹ Alle Daten zur Wählerwanderungsbilanz sind der Analyse von Infratest dimap entnommen.

sich häufig in Austauschprozessen im Nichtwählerlager wider. Der Wechsel zwischen den anderen Parteien ist hingegen ohne Bedeutung gewesen. Beim Aufstieg der Partei sowohl in Sachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern hat dies eine Rolle gespielt. Es könnte daher sein, dass sie ein verfestigtes Protestpotential – auch aus dem Lager der Volksparteien – an sich binden konnte.

Die **Grünen** konnten vor allem vom Austausch zwischen den Parteien profitieren. Mobilisierungen von Nichtwählern spielten hingegen keine Rolle. Die SPD gab 11.000, die CDU 6.000 und die FDP 5.000 Wähler an die Grünen ab.

Das Wahlverhalten in den sozialen Gruppen weist in Mecklenburg-Vorpommern einige Besonderheiten auf. Während die CDU normalerweise bei den älteren Wählern deutlich größeren Zuspruch findet, ist in Mecklenburg-Vorpommern die SPD die Partei, die den stärksten Rückhalt erfährt. 45 Prozent der über 60-jährigen entscheiden sich für die Sozialdemokraten, die CDU kommt auf 24 und die Linke auf 21 Prozent. Die größte Unterstützung erhält die SPD bei den über 60-jährigen Frauen, von denen 48 Prozent für die Partei stimmen. Die SPD kann außer bei den Jung- und Erstwählern in allen Altersgruppen hinzugewinnen (Infratest dimap).

Die Wählerschaft der CDU hat nur in der jüngsten Altersgruppe eine leichte Unterrepräsentation. In allen anderen Altersgruppen erhält sie etwa so viele Stimmen, wie es ihrem Wahlergebnis entspricht. Die Verluste der CDU weisen keine signifikante Struktur auf und verteilen sich homogen auf alle Altersgruppen (Infratest dimap).

Der Zuspruch zur Linken steigt mit zunehmendem Alter. Bei der FDP lassen sich keine Besonderheiten in der Altersstruktur der Wähler

erkennen. Grüne und NPD sind hingegen die Parteien, die vor allem bei jungen Wählern auf große Resonanz stoßen, wobei die NPD dort proportional mehr Wähler anspricht als die Grünen. Bei den Grünen finden sich auch in Mecklenburg-Vorpommern eher die jüngeren Frauen, während die jüngeren Männer bei der NPD weit überproportional in der Wählerschaft repräsentiert sind. In der Altersgruppe der 18 bis 24-jährigen Männer votieren 18 Prozent für die rechtsextreme Partei. Dieses Muster hat sich gegenüber der Vorwahl zwar erhalten, doch hat die NPD in dieser Altersgruppe mit einem Minus von 5 Punkten auch die stärksten Verluste zu verzeichnen (Infratest dimap).

Die meisten Selbständigen (35 Prozent) entscheiden sich für die CDU. Auch bei den Beamten schneidet sie mit 30 Prozent überdurchschnittlich gut ab. Da es sich aber um verhältnismäßig kleine Wählergruppen handelt (Beamte 5 Prozent und Selbständige 9 Prozent), ist der Einfluss auf das Wahlergebnis der Partei eher gering. Bei allen anderen Berufsgruppen sind die Abweichungen vom Durchschnitt nicht besonders stark ausgeprägt, sieht man von der Gruppe der Arbeitslosen ab, bei denen die CDU 10 Prozent erreicht (aber nur 5 Prozent der Wähler gaben an, arbeitslos zu sein). Die SPD hat bei Arbeitern, Angestellten und Rentnern sowie bei Gewerkschaftsmitgliedern einen besonders starken Rückhalt. Die Linke schneidet bei Arbeitslosen und Rentnern besonders gut ab und kann zudem bei Gewerkschaftsmitgliedern punkten. Die Liberalen kommen lediglich bei den Selbständigen über die 5-Prozent-Hürde. Die NPD hat den stärksten Rückhalt mit 12 Prozent bei Arbeitslosen. Die Grünen werden von Selbständigen (mit 14 Prozent) besonders stark unterstützt (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch wenn die Größenordnungen der konfessionell Gebundenen in den neuen Ländern bekanntermaßen kleiner sind als in den alten Ländern, zeigen sich seit der Wiedervereinigung diejenigen, die einer Kirche angehören, besonders stark von der CDU angesprochen. So schneidet die CDU bei Katholiken (die jedoch nur 4 Prozent der Wähler stellen) mit 36

Prozent besonders erfolgreich ab (auch wenn sie dort 10 Punkte eingebüßt hat). Die Linke ist hingegen für Konfessionslose besonders attraktiv. Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede eher schwach ausgeprägt (Forschungsgruppe Wahlen).

8. Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin

8.1 Das Wahlergebnis in Berlin

Die letzte Landtagswahl der insgesamt sieben Wahlen des Jahres 2011 konnte ebenfalls mit Rekorden aufwarten: Dazu zählt der erste Einzug der Piraten in ein Parlament, das beste Ergebnis der Grünen in Berlin sowie das schlechteste Abschneiden der FDP in der Stadt. Dennoch haben sich die grundlegenden Muster des Parteiensystems seit 2001 wenig verschoben. Die SPD bleibt – mit geringem Abstand zu den anderen Parteien – stärkste Kraft. Die CDU kann sich zwar von ihrer „historischen“ Niederlage befreien, bleibt aber weit hinter den Wahlergebnissen vor 2001 zurück. Die Linke verliert weiterhin an Rückhalt, während die Grünen ihre Position ausbauen können, allerdings weit unter dem Niveau der durch Umfragen des letzten Jahres geweckten Erwartungen. Nach zwei relativ „erfolgreichen“ Wahlperioden von 2001 und 2006, fällt die FDP wieder etwa auf das Niveau der 90er Jahre zurück, als ihr der Einzug in das Parlament ebenfalls nicht glückte. Machtpolitisch kamen nur noch zwei Koalitionen in Frage, von denen die Verhandlungen von Rot-Grün bereits unmittelbar nach der Wahl scheiterten, zudem ein solches Bündnis mit gerade einer Stimme Vorsprung im Parlament auch auf recht wackligen Füßen gestanden hätte. Für eine Fortsetzung einer rot-roten-Landesregierung fehlte es sowohl am politischen Willen als auch an entsprechender Zustimmung auf Wählerbasis. Die Bildung einer Großen Koalition war somit der folgerichtige Ausweg, zudem die politischen

Differenzen zwischen den Parteien geringer waren, als zuvor von manchem Kommentator eingeräumt.

Die **SPD** hat gegenüber 2006 2,5 Punkte eingebüßt. 28,3 Prozent der Wähler entscheiden sich für die Sozialdemokraten, was zu einem Verlust von sechs Mandaten führt. 47 Abgeordnete werden von der SPD in das Parlament entsandt. Die SPD hat seit den Abgeordnetenhauswahlen von 1990 eine nach West-Ost verhältnismäßig ausgeglichene Wählerstruktur.

Die **CDU** kann ihr Wahlergebnis erstmals seit 2001 wieder verbessern. Sie gewinnt 2 Punkte hinzu und erreicht 23,3 Prozent. 2001 hatte die Partei in Folge des sogenannten Bankenskandals etwa die Hälfte ihres Stimmniveaus eingebüßt. 39 Abgeordnete gehören der CDU-Fraktion an (+2 Mandate). Die CDU ist im Westteil der Stadt stärker als die SPD (29,5 Prozent CDU und 27,9 Prozent SPD), im Ostteil liegt sie hingegen weiterhin weit abgeschlagen hinter SPD und Linke.

Nachdem die **Grünen** 2010 in Umfragen ein absolutes Meinungshoch erzielten, dass sogar die „Koch und Kellner Frage“ zugunsten der Partei hätte ausfallen können, bleiben sie zwar hinter ihren Erwartungen zurück, können jedoch mit einem Gewinn von 4,5 Punkten und 17,6 Prozent der Stimmen auf ihr bestes Ergebnis in Berlin verweisen. Sechs Abgeordnete ziehen zusätzlich in das Abgeordnetenhaus ein (+6 Mandate). Die Grünen schneiden im Westen deutlich besser ab als im Osten. Im Westen legen sie auch fast doppelt so stark zu wie im Osten.

Seit die **Linke** 2001 mit 22,6 Prozent nicht nur ein besonders gutes Wahlergebnis vorlegte, sondern auch als Koalitionspartner in die Regierung einzog, befindet sie sich auf einem Abwärtstrend. Nachdem sie bereits 2006 fast die Hälfte ihrer Wählerschaft einbüßte, verliert sie auf niedrigem Niveau 1,7 Punkte und kommt auf einen Anteil von 11,7

Prozent. Die Fraktion verliert vier Mandate (bei insgesamt 19 Sitzen). Bei der Linken sind die West-Ost-Unterschiede nach wie vor am deutlichsten zu sehen. Im Westen würde sie nicht über die Fünf-Prozent Hürde kommen, im Osten wäre sie zweitstärkste Kraft.

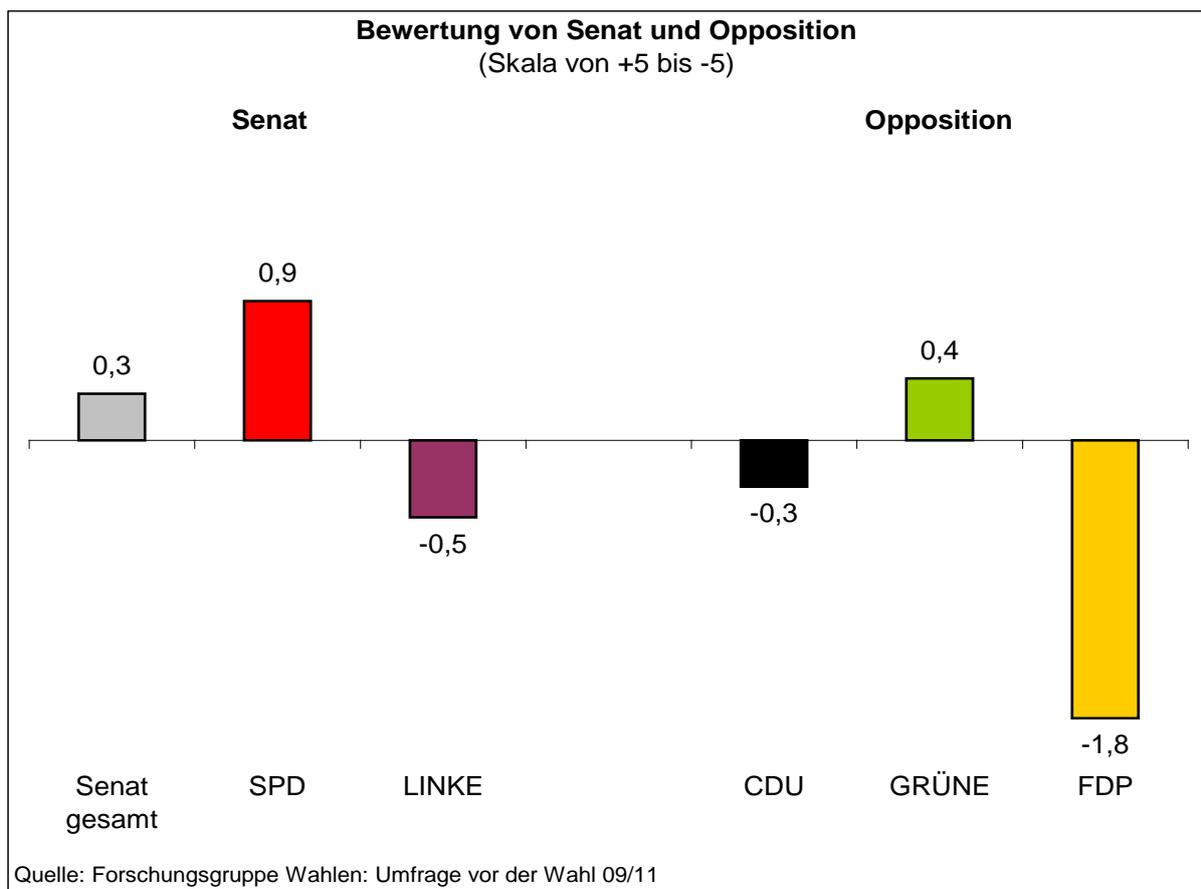
Die **FDP** verliert 5,7 Punkte und erreicht insgesamt 1,8 Prozent der Wähler. Nur in den Jahren, in denen die FDP auf gute Wahlergebnisse kam, zeigten sich Differenzen im Wahlverhalten der West- und Ostberliner. In den Westteilen der Stadt, verfügt die Partei über das deutlich größere mobilisierbare Wählerpotential. Doch ist Berlin für die FDP seit den 90er Jahren ein eher schwieriges Pflaster. Bei sechs Wahlen seit der Wiedervereinigung zog sie dreimal in das Parlament ein.

Der Gewinner der Wahl sind die **Piraten**, die mit 8,9 Prozent und 15 Abgeordneten in das Parlament einziehen. Bereits bei der Bundestagswahl 2009 erreichten sie in der Hauptstadt mit 3,4 Prozent ihr bestes Ergebnis. Dabei fällt auf, dass bei den Piraten die West-Ost-Unterschiede verhältnismäßig schwach ausfallen, da sie vor allem in den Bezirken stark sind, in denen es zu einer Zusammenlegung ehemaliger Wahlkreise aus Ost- und Westberlin kam. So liegen die Hochburgen der Partei in den inneren Stadtteilen Ost- und Westberlins.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 2,2 Punkte auf insgesamt 60,2 Prozent gestiegen.

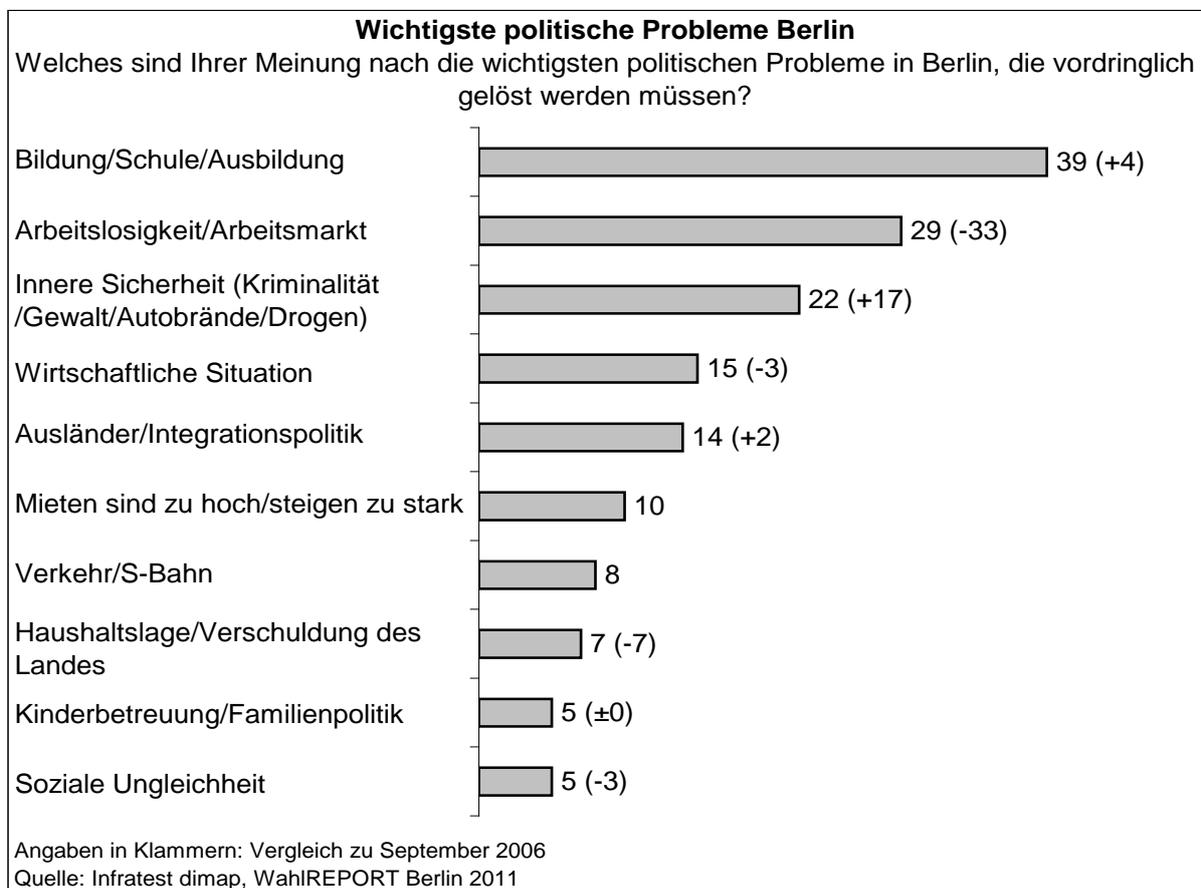
8.2 Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Berlin

Die rot-rote Regierung erhielt – auch im Vergleich mit anderen Ländern – eher mäßige Bewertungen, wobei sich dies im Zeitverlauf nicht dramatisch geändert hat. Waren bei der Wahl 2006 57 Prozent unzufrieden, so waren es 2011 60 Prozent (Infratest dimap). Die Gesamtbewertung der Senatsarbeit fällt mit 0,3 auch nur knapp positiv aus. Wobei die SPD mit 0,9 noch positiv bewertet wird, jedoch auch nicht gerade überschwänglich und die Linke mit -0,5 hingegen eine negative Leistungsbilanz aufweist. Die Oppositionsarbeit macht die Berliner jedoch auch nicht euphorisch. Die FDP bekommt mit -1,8 ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt, die CDU mit -0,3 ein nicht gerade überragendes und auch die Grünen mit 0,4 sind weit jenseits dessen, was sie als Oppositionskraft erreichen können (Forschungsgruppe Wahlen).



In Berlin kam es zu einer völligen Verschiebung der politischen Agenda, die stark von lokalen Themen geprägt ist. Mit einer – für Berliner

Verhältnisse – gewachsenen optimistischen wirtschaftlichen Grundhaltung, hat das Thema Arbeitslosigkeit seine Ubiquität eingebüßt. Immerhin haben positive wirtschaftliche Bewertungen im Vorfeld der Wahl einen Wert von 37 Prozent erreicht, bei einer Ausgangslage von 14 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl 2006. Die Arbeitslosigkeit ist mit 29 Prozent nicht nur auf Platz 2 gerutscht, sie hat einen Relevanzverlust von 33 Punkten zu verkraften. Ein erheblicher Bedeutungsgewinn von +17 Punkten hat hingegen das Themenfeld „Innere Sicherheit“ auf Platz 3 (mit 22 Prozent) nach oben gebracht. Sicherlich auch ein Reflex auf die Autobrandstiftungen in Berlin. Das wichtigste Feld ist für die Berliner mit 39 Prozent jedoch die Bildungspolitik. Im Vergleich zur Vorwahl hat sich die Relevanz hingegen nur geringfügig verschoben (Infratest dimap). Neu hinzugekommen sind die Themen Mieten, Verkehr/S-Bahn. Einen unteren Rang nimmt in Berlin Ausländer/Integrationsproblematik ein, ist jedoch – ebenfalls berlinspezifisch – immer auf der Agenda (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen).



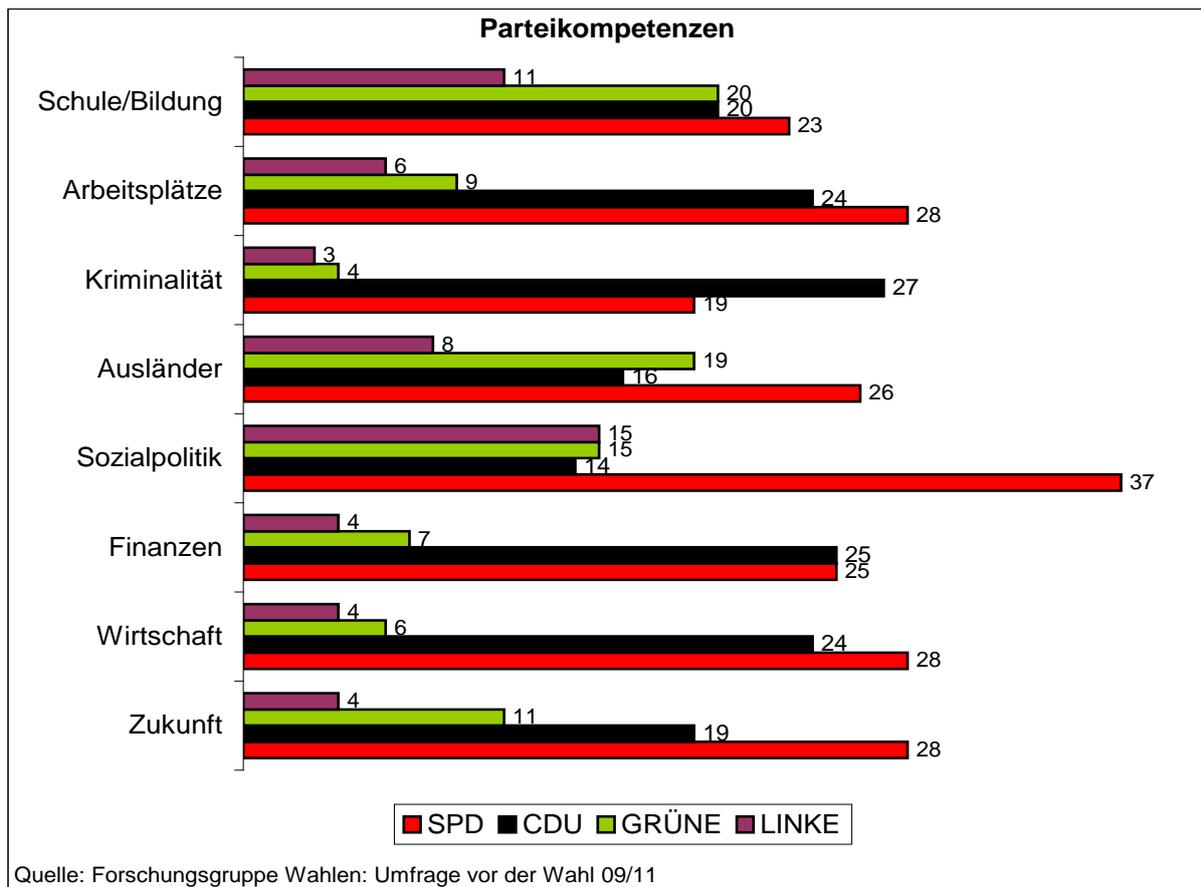
Bei den Problemlösungskompetenzen ist im Vergleich zur Vorwahl nur wenig Bewegung zu erkennen. Generell gilt die SPD als die Partei mit dem größten Lösungsprofil, vor allem wenn es um die zukünftige Gestaltung der Berliner Verhältnisse oder die Lösung der wichtigsten Probleme der Stadt geht. Dann folgt die CDU, dann die Grünen und weit abgeschlagen die Linke (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen). Die CDU ist in Fragen der Inneren Sicherheit führend. Bei der ökonomischen Kompetenz befindet sie sich etwa auf Augenhöhe mit der SPD, die im weiteren Feld der Sozialpolitik punktet. Die Grünen haben in der Hauptstadt neben ihrer klassischen umweltpolitischen Kompetenzvermutung Stärken in der Familien- und Integrationspolitik aber auch im Bereich der Bildung. Die Linke wird mit den Themen „bezahlbarer Wohnraum“ und soziale Gerechtigkeit assoziiert, die FDP hat hingegen keine erkennbare Profilstruktur (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen).

Parteikompetenzen I

Ich nenne Ihnen jetzt einige politische Aufgaben und Probleme. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben und Probleme zu lösen.

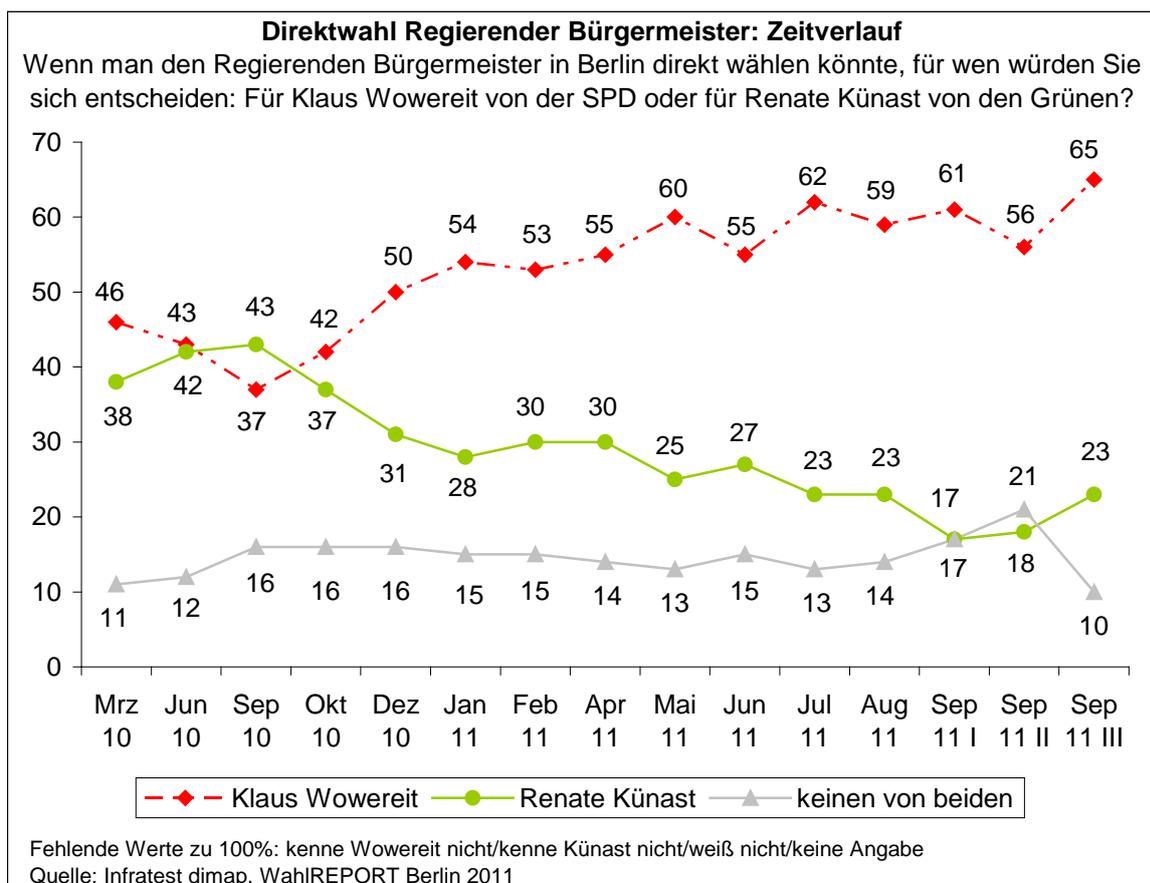
	SPD	CDU	Linke	FDP	Grüne	Piraten	keiner Partei/weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	39 (+2)	11 (±0)	17 (-5)	2 (±0)	13 (+5)	4	14 (-1)
Für gute Familienpolitik, Kinderbetreuung sorgen	35 (-2)	13 (-2)	12 (-3)	3 (±0)	23 (+7)	2	11 (-1)
Für angemessene Löhne sorgen	34	14	15	4	7	2	24
Die Wirtschaft in Berlin voranbringen	33 (+3)	34 (+6)	4 (-2)	3 (-7)	8 (+6)	1	16 (-5)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	32 (+2)	27 (+8)	6 (-1)	3 (-2)	8 (+5)	1	23 (-10)
Integration von Einwanderern voranbringen	31 (+5)	11 (±0)	9 (-2)	1 (-1)	22 (-4)	2	21 (±0)
Für bezahlbaren Wohnraum sorgen	30	10	21	2	14	2	19

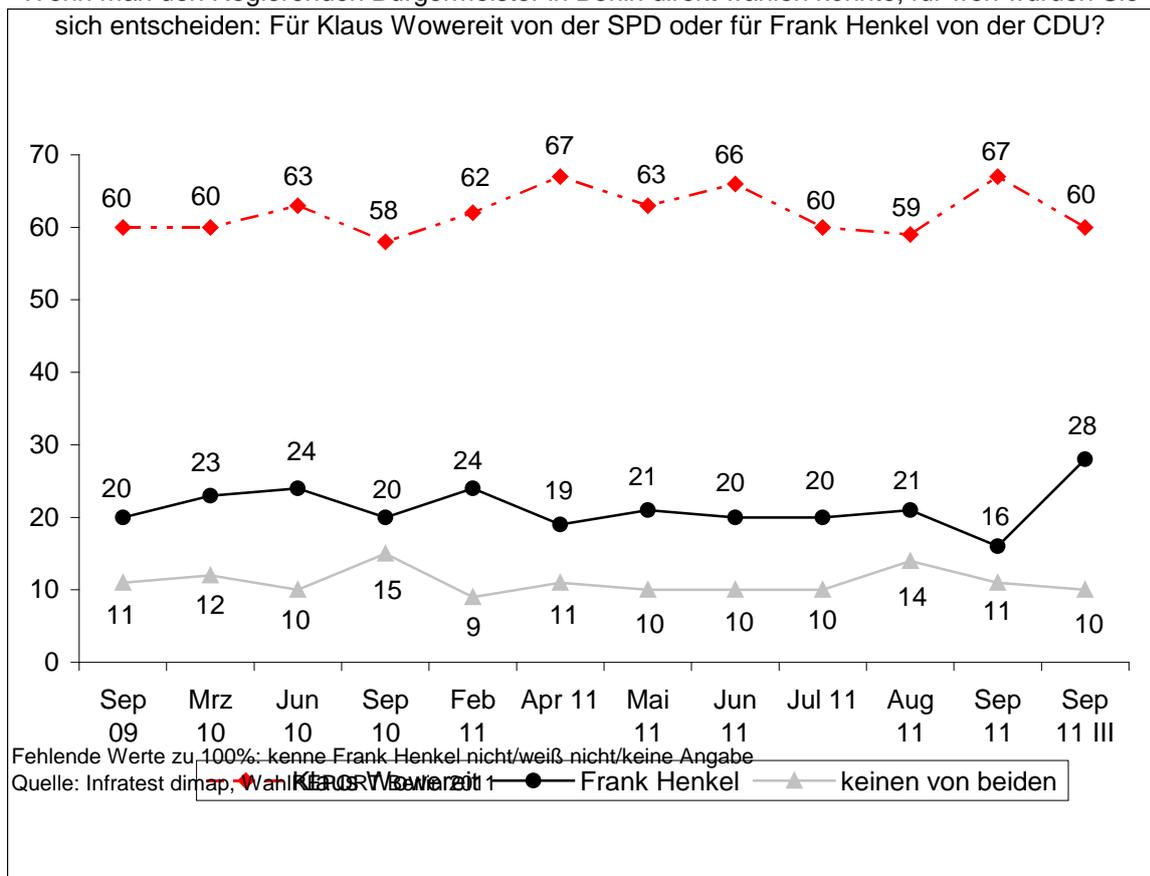
Angaben in Klammern: Vergleich zu September 2006
 Fehlende Werte zu 100%: Andere Partei/keine Angabe
 Quelle: Infratest dimap, WahlREPORT Berlin 2011



Die inhaltlich nur schwach konturierten Profile der Parteien führen dazu, dass die SPD vom Amtsinhaberbonus strukturell profitiert, wenn auch nicht mehr so stark wie bei der letzten Abgeordnetenhauswahl. Dabei bleibt Klaus Wowereit sowohl gegenüber den Herausforderern der CDU als auch der Grünen der klar präferierte Kandidat. Dennoch ist die Entwicklung des Meinungsklimas erwähnenswert, da Renate Künast, als sie noch die „heimliche“ Herausforderin war (also vor der Verkündung ihrer Kandidatur), in der Lage war, sich vor den Regierenden Bürgermeister zu schieben. Am Ende konnte sie an diese Werte jedoch bei weitem nicht mehr heranreichen (Infratest dimap). Während Wowereit und Künast gleichermaßen über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügten, war Frank Henkel etwa der Hälfte der Berliner ein Begriff (Forschungsgruppe Wahlen, bei ungestützter Abfrage). Dennoch ist ihm am Ende der Kampagne ein Sprung nach oben gelungen (Infratest dimap). Wowereit punktet vor allem mit persönlichen Eigenschaften und weniger mit politischer Kompetenz. Die Berliner verbinden ihn hochgradig

mit ihrer Stadt („passt zu Berlin“) vergleichbar mit Erwin Sellering, der als passend zu Mecklenburg-Vorpommern empfunden wird. Als emotionaler „Nähe“-Faktor sollte eine solche Profildeschreibung nicht unterschätzt werden. Auch bei anderen eher unpolitischen Eigenschaften wie Bürgernähe und Sympathie liegt der Amtsinhaber vorne. Aber auch bei der Führungsstärke - die sich originär auf den politischen Prozess bezieht - und der Glaubwürdigkeit zeigt er sich überlegen. Renate Künast hat vor allem ein soziales Profil, schneidet aber auch bei anderen Persönlichkeitswerten nicht schlecht ab. Trotz der relativen Unbekanntheit kann sich Frank Henkel mit ökonomischer Kompetenz, Sympathie und Glaubwürdigkeit gut behaupten (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen).





Eigenschaften der Spitzenkandidaten

Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Eigenschaften. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob diese auf Klaus Wowereit von der SPD/Renate Künast von den Grünen/Frank Henkel von der CDU zutreffen oder nicht zutreffen.

	Klaus Wowereit	Renate Künast	Frank Henkel
passt zu Berlin	87	51	32
ist bürgernah	79	60	27
ist sympathisch	77	43	42
ist führungsstark	74	59	33
ist glaubwürdig	63	58	41
setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	63	73	28
setzt sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein	54	51	48
hat großen wirtschafts-politischen Sachverstand	33	29	34

Fehlende Werte zu 100%: Kenne ich nicht/kann ich nicht beurteilen/weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Infratest dimap, WAHLREPORT Berlin 2011

8.3 Wählerwanderungsbilanz²⁰ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen²¹ in Berlin

Die **SPD** gibt Stimmen in alle Richtungen ab. Sie kann geringfügig aus dem Wählerreservoir der FDP und der Nichtwähler mobilisieren. An die Grünen gehen 18.000 und an die CDU 12.000 Stimmen verloren.

Die **CDU** gewinnt von der FDP 30.000 Stimmen. Dies ist in ganz Berlin die größte Bewegung zwischen zwei Parteien bzw. zwischen einer Partei und dem Nichtwählerlager. Auch 12.000 frühere SPD-Wähler entscheiden sich für die CDU. Sie ist die Partei, die mit 4.000 Stimmen die geringsten Wanderungsverluste gegenüber den Piraten verzeichnen kann.

Die **Grünen** können von der SPD 18.000 und aus dem Nichtwählerlager 9.000 Stimmen gewinnen. Die Zugewinne von der SPD werden durch die Abwanderungen an die Piraten fast kompensiert, zu denen 17.000 ehemalige Grüne wechseln.

Die **Linke** hat vor allem Verluste gegenüber den Piraten zu verzeichnen. 13.000 ehemalige Wähler der Partei entscheiden sich für den Newcomer.

Die **FDP** gibt vor allem an die CDU und das Nichtwählerlager Stimmen ab. So entscheiden sich 30.000 ehemalige FDP-Wähler für die CDU; weitere 14.000 bleiben zu Hause. Die FDP ist damit die einzige Partei, die gegenüber dem Nichtwählerlager einen negativen Saldo aufweist.

Die **Piraten** mobilisieren vor allem Wähler, die früher Parteien des linken Spektrums gewählt haben. Dies sind 17.000 ehemalige Grüne-, 14.000 ehemalige SPD- und 13.000 ehemalige Linke-Wähler. Wie häufig bei

²⁰ Alle Daten zur Wählerwanderungsbilanz sind der Analyse von Infratest dimap entnommen.

²¹ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap

Parteien, die aus dem Protestlager Stimmen gewinnen, ist bei ihnen der Zuspruch aus dem Nichtwählerlager mit 23.000 Wählern besonders groß.

Die **SPD** gewinnt gegen den Trend bei den älteren Wählern leicht hinzu. Bei jüngeren Wählern verliert die Partei überdurchschnittlich. Dieses Muster tritt bei der SPD häufiger auf. Vor allem die älteren Wähler verhindern stärkere Verluste der Partei. Das Geschlechterverhältnis ist so gut wie ausgewogen. Je niedriger das Bildungsniveau, desto besser schneidet die Partei ab. Auch dies ist für die Wählerschaft einer Volkspartei ein bekannter Zusammenhang. Arbeiter und Rentner sind die Gruppen, die sich am häufigsten für die Sozialdemokraten entscheiden. Auffällig ist, dass 42 Prozent der Muslime für die Partei stimmen (Infratest dimap). Leider ist anhand der Daten nicht ablesbar, wie viele muslimische Wähler in Berlin wählen gingen.

Die **CDU** gewinnt verhältnismäßig homogen in allen Altersgruppen Wähler hinzu. Sie schneidet in der ältesten Altersgruppe etwa doppelt so gut ab wie bei der jüngsten. Das Abstimmungsverhalten der Geschlechter unterscheidet sich bezüglich der CDU nicht. Wähler mit einem mittleren bis niedrigen Bildungsniveau sowie Beamte und Rentner wählen überdurchschnittlich die CDU. Bei den konfessionell gebundenen Wählern hat die CDU besonders großen Zuspruch. Allerdings stellen die Katholiken nur 9 und die Protestanten nur 30 Prozent der Wähler (Forschungsgruppe Wahlen). Bei Muslimen kommt die CDU gerade einmal auf 3 Prozent (Infratest dimap).

Die **Grünen** haben die stärksten Zugewinne bei Frauen in der Altersgruppe von 45-59 Jahre. Darin unterscheiden sich die Berliner Grünen von anderen Landesverbänden, bei denen Zuwächse häufig von den jüngeren Wählern getragen werden. Dies könnte einerseits auf eine besondere Attraktivität der Spitzenkandidatin in dieser Wählergruppe hindeuten, andererseits ein Hinweis auf die Konkurrenz der Piraten sein.

Das Bildungsniveau der Grünen ist auch in der Hauptstadt überdurchschnittlich hoch. Beamte aber auch Selbständige entscheiden sich überdurchschnittlich häufig für die Grünen. Neben der SPD sind es die Grünen die in der muslimischen Wählerschaft bevorzugt werden.

Die **Linke** findet bei älteren Wählern stärkeren Rückhalt als bei jüngeren Wählern und kann sogar leicht zulegen. Ansonsten zeigt sich kein spezifisches Gewinn- und Verlustmuster nach Alter und Geschlecht. Rentner, Arbeitslose und Arbeiter sind bei der Linken ebenso stärker vertreten wie konfessionslose Wähler.

Die **Piraten** sind vor allem die Partei der jungen Männer. Vermutlich aufgrund des niedrigen Alters der Wählerschaft dominieren bei den Piraten Wähler mit Hochschulreife. Vermutlich wird ein Teil dieser Gruppe sich derzeit im Studium befinden. Doch ist die Wählerschaft nach Berufsgruppen eher bunt: Selbständige, Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte finden sich unter ihnen.

Die **FDP** verliert in allen Alters- und Geschlechtergruppen etwa gleich viele Prozentpunkte an Zustimmung. Auch in anderen sozialstrukturellen Eigenschaften der Wählerschaften kann man aufgrund des schwachen Abschneidens keine „Hochburgen“ mehr erkennen.

9. Anhang

Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar 2011												
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen												
	CDU		SPD		Grüne/GAL		LINKE		FDP		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
ENDERGEBNIS	21,9	-20,7	48,4	+14,3	11,2	+1,6	6,4	0,0	6,7	+1,9	5,4	2,9
ALTER												
18-29 Jahre	18	-16	43	+3	15	+4	8	+2	5	±0	12	+7
18-24 Jahre	15	-17	43	+3	16	+5	8	+2	4	±0		
30-44 Jahre	18	-19	47	+12	15	+1	6	±0	7	+3	7	+5
25-34 Jahre	17	-21	44	+9	16	+3	6	+1	6	+1		
35-44 Jahre	18	-19	47	+14	15	-1	6	±0	7	+3		
45-59 Jahre	17	-22	51	+16	13	+1	9	±0	6	+2	4	+2
45-59 Jahre	17	-21	51	+16	14	+1	9	-1	6	+2		
60 u. älter	32	-25	51	+21	4	+2	4	±0	8	+2	1	±0
60 u. älter	31	-21	51	+18	4	+1	4	±0	7	+2		
GESCHLECHT												
männlich	21	-21	47	+15	10	±0	7	-1	8	+2	7	+4
männlich	21	-21	47	+14	10	+1	7	-1	8	+2		
weiblich	22	-19	49	+12	13	+3	6	±0	6	+2	4	+2
weiblich	23	-21	50	+14	12	+2	6	+1	6	+2		
FRAUEN												
18-29 Jahre	18	-15	43	+1	18	+7	8	+1	5	+2	9	+4
18-24 Jahre	14	-15	45	+1	19	+5	9	+3	3	+1		
30-44 Jahre	17	-19	50	+12	16	+1	6	+1	6	+3	6	+3
25-34 Jahre	16	-21	46	+9	18	+3	6	+1	6	+2		
35-44 Jahre	18	-19	49	+14	17	±0	6	±0	6	+3		
45-59 Jahre	17	-21	51	+14	16	+3	8	+1	6	+2	3	+1
45-59 Jahre	17	-22	52	+16	15	+2	8	±0	5	+1		
60 u. älter	34	-21	50	+18	4	+2	3	±0	6	+1	2	±0
60 u. älter	34	-21	51	+17	4	+1	3	±0	6	+2		

= Forschungsgruppe Wahlen
 = Infratest dimap

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011

Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen

	SPD		CDU		LINKE		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
ENDERGEBNIS	35,6	+5,3	23,0	-5,7	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,4	5,6	+1,7
ALTER														
18-29 Jahre	26	-1	19	-4	11	-1	4	-8	13	+8	13	-3	15	+10
18-24 Jahre	24	-1	16	-4	14	+1	4	-8	12	+6	14	-3		
30-44 Jahre	31	+8	25	-7	13	±0	4	-9	13	+8	8	-2	7	+2
25-34 Jahre	27	+5	23	-5	12	-1	4	-9	12	+6	12	-2		
35-44 Jahre	30	+7	25	-6	13	-7	4	-9	12	+7	8	±0		
45-59 Jahre	34	+7	24	-8	21	+3	3	-7	6	+6	9	-1	5	+1
45-59 Jahre	34	+5	23	-7	20	+3	3	-7	9	+6	6	-1		
60 u. älter	44	+3	23	-3	23	±0	2	-4	2	+3	4	+1	2	±0
60 u. älter	45	+5	24	-5	21	+1	2	-4	5	+4	2	±0		
GESCHLECHT														
männlich	33	+6	23	-5	19	+2	3	-8	9	+5	8	-2	6	+2
männlich	32	+5	24	-6	19	+2	3	-7	8	+5	8	-2		
weiblich	38	+5	23	-6	18	+2	3	-6	9	+5	4	-1	6	+1
weiblich	40	+6	23	-6	18	+1	2	-7	9	+5	4	±0		
FRAUEN														
18-29 Jahre	27	-3	17	-8	11	±0	5	-6	15	+9	11	-1	15	+9
18-24 Jahre	27	+1	17	-5	14	-1	4	-8	15	+7	10	±0		
30-44 Jahre	33	+8	22	-7	13	±0	4	-8	14	+7	6	-2	8	+1
25-34 Jahre	29	+5	22	-6	12	-2	4	-10	14	+7	9	+1		
35-44 Jahre	32	+7	24	-6	14	-2	3	-9	13	+7	5	±0		
45-59 Jahre	37	+6	23	-8	22	+4	3	-6	8	+6	4	-1	5	±0
45-59 Jahre	38	+5	22	-7	20	+2	3	-7	9	+6	3	±0		
60 u. älter	47	+2	25	-2	19	±0	1	-4	4	+3	1	±0	2	±0
60 u. älter	48	+5	24	-5	19	+2	2	-4	5	+3	1	±0		

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		LINKE		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER														
18-29 Jahre	24	-1	20	-1	10	-1	3	-10	11	+7	16	-5	15	+10
18-24 Jahre	21	-2	16	-4	14	+3	4	-8	11	+4	18	-5		
30-44 Jahre	29	+9	27	-8	12	±0	4	-10	12	+8	10	-1	7	+2
25-34 Jahre	25	+5	23	-4	11	±0	4	-9	11	+5	15	-3		
35-44 Jahre	27	+7	26	-6	13	-1	4	-9	11	+7	11	±0		
45-59 Jahre	31	+8	25	-9	20	+2	3	-9	10	+7	8	-1	5	+1
45-59 Jahre	30	+5	25	-7	20	+3	3	-8	9	+6	8	-2		
60 u. älter	41	+3	20	-3	27	-1	2	-4	5	+3	3	+1	2	±0
60 u. älter	41	+4	23	-5	24	+1	2	-4	5	+4	4	+1		
BERUFSTÄTIG														
berufstätig	32	+7	24	-10	17	+3	4	-8	11	+8	7	-1	6	+2
Rentner	44	+3	22	-3	24	+1	1	-4	4	+3	2	±0	2	±0
Rentner	45	+5	23	-4	23	+1	1	-4	5	+3	2	±0		
arbeitslos	32	+8	10	-11	27	+9	1	-7	8	+5	12	-6	9	+2
Arbeitslose	32	+8	13	-8	19	-2	2	-7	6	+3	18	+1		
BERUFSGRUPPE														
Arbeiter	38	+9	20	-7	20	+4	2	-7	6	+4	7	-5	6	+1
Arbeiter	35	+8	21	-7	16	+3	2	-10	5	+3	13	+1		
Angestellte	38	+5	19	-8	20	+1	3	-6	10	+7	5	+1	5	+1
Angestellte	33	+3	22	-8	19	+5	3	-7	11	+7	5	±0		
Beamte	33	+4	30	-8	17	+6	3	-7	8	+4	3	-2	6	+3
Beamte	40	+24	33	-12	8	-7	5	-6	9	+6	3	-2		
Selbstständige	18	+3	35	-3	15	+4	6	-11	14	+8	5	-2	6	+3
Selbstständige	18	+6	35	-6	12	+1	6	-13	17	+14	5	-4		
Landwirte	37	+12	27	-12	17	+1	3	-4	6	+5	8	+1	3	-2

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	CDU		LINKE		SPD		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
SCHULBILDUNG														
Hauptschule	32	-8	26	+2	25	+2	2	-4	5	+3	5	+5	5	-1
niedrig	31	-8	25	+2	26	+2	4	-2	3	+1	5			
Mittlere Reife	32	-3	25	+1	20	±0	4	-2	6	+2	6	+6	8	-4
mittel	31	-4	24	-1	21	+2	4	-4	6	+3	6			
Hochschulreife	32	-2	21	-1	21	-1	4	-3	9	+4	3	+3	9	±0
hoch	34	-2	23	-1	20	-2	4	-3	11	+5	2			
Hochschule, Uni	33	-2	23	-3	22	-1	3	-4	11	+6	2	+2	6	+2
GEWERKSCHAFTSMITGLIED														
ja	26	-2	30	-1	25	-2	2	-2	7	+3	4	+4	7	-1
Mitglieder	25	-1	27	-5	29	+2	2	-2	6	+3	6			
org. Arbeiter	24	-2	24	-4	29	+11	2	-2	6	+3	9			
nein	34	-4	23	±0	21	±0	4	-3	7	+4	5	+5	7	-2
Nichtmitglieder	33	-5	23	+1	20	±0	4	-3	8	+4	5			
ARBEITER+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	27	-1	27	-4	26	±0	2	-3	5	+3	7	+7	7	-1
kein Mitglied	31	-7	26	+1	21	+1	3	-3	6	+4	7	+7	7	-4
ANGEST.+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	23	-5	33	+2	26	-1	3	-1	8	+4	2	+2	5	-1
kein Mitglied	34	-2	22	-1	22	-1	4	-3	8	+4	3	+3	7	±0
KONFESSION														
evangelisch	44	-4	15	+2	21	-1	4	-3	8	+4	3	+3	5	±0
evangelisch	45	-2	14	+1	22	-1	4	-3	8	+5	2			
katholisch	52	-3	13	±0	18	+1	4	-2	6	+2	3	+3	5	-1
katholisch	52	-10	12	+2	15	+1	6	+3	7	-1	4			
keine	27	-3	27	-3	21	-1	4	-3	8	+4	6	+6	8	-1
keine/andere	26	-3	29	-2	22	+1	4	-3	7	+4	6			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011													
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen													
	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		LINKE		Sonstige		
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
ENDERGEBNIS	35,7	-9,9	35,2	+2,5	4,2	-3,8	15,4	+10,8	3,0	+0,4	6,5	+0,1	
ALTER													
18-29 Jahre	31	-17	25	-1	5	-3	20	+14	4	+2	15	+6	
18-24 Jahre	31	-16	25	+2	4	-4	21	+14	4	+2			
30-44 Jahre	31	-14	32	+4	4	-5	21	+14	3	±0	9	+1	
25-34 Jahre	31	-12	30	+1	6	-4	19	+12	4	+2			
35-44 Jahre	32	-12	31	+4	4	-5	21	+14	3	±0			
45-59 Jahre	37	-11	31	+1	4	-3	19	+14	3	±0	6	-1	
45-59 Jahre	36	-13	31	+2	4	-4	19	+15	4	+1			
60 u. älter	40	-4	45	+4	4	-5	7	+6	2	±0	2	-2	
60 u. älter	40	-4	45	+3	4	-3	7	+5	2	±0			
GESCHLECHT													
männlich	36	-6	34	+1	5	-5	14	+10	3	±0	8	±0	
männlich	35	-9	35	+3	5	-4	14	+10	4	+1			
weiblich	36	-13	36	+4	3	-4	17	+12	3	+1	5	±0	
weiblich	37	-10	36	+2	3	-4	17	+12	2	+1			
FRAUEN													
18-29 Jahre	32	-21	26	+3	4	-2	23	+15	5	+3	10	+3	
18-24 Jahre	34	-15	26	-1	3	-5	24	+15	4	+3			
30-44 Jahre	31	-18	32	+6	2	-6	24	+15	3	+1	8	+2	
25-34 Jahre	31	-12	29	±0	5	-3	22	+13	3	+2			
35-44 Jahre	32	-14	31	+4	4	-4	25	+16	2	±0			
45-59 Jahre	37	-13	31	±0	3	-2	21	+15	3	+1	5	-2	
45-59 Jahre	36	-15	32	+3	3	-4	21	+15	3	±0			
60 u. älter	41	-6	45	+3	4	-3	7	+6	1	±0	2	±0	
60 u. älter	42	-4	45	+2	4	-3	7	+6	1	±0			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011												
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen												
	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		LINKE		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER												
18-29 Jahre	31	-13	25	-2	6	-4	16	+10	3	+1	19	+8
18-24 Jahre	31	-17	25	+5	5	-4	17	+12	4	+2		
30-44 Jahre	32	-9	32	+3	5	-5	17	+11	4	±0	10	±0
25-34 Jahre	30	-12	30	+3	6	-5	17	+11	4	+1		
35-44 Jahre	33	-10	31	+3	5	-6	18	+11	3	±0		
45-59 Jahre	37	-8	30	±0	5	-3	17	+12	4	±0	7	±0
45-59 Jahre	36	-12	31	+3	5	-4	18	+14	5	+1		
60 u. älter	40	-1	44	+3	4	-6	6	+5	3	+1	3	-2
60 u. älter	39	-4	44	+3	5	-3	6	+5	3	±0		
BERUFSTÄTIG												
berufstätig	34	-11	31	+1	4	-5	19	+13	3	±0	9	+2
Rentner	40	-6	44	+5	4	-4	7	+6	2	±0	3	-2
Rentner	40	-3	44	+1	4	-2	8	+6	2	±0		
arbeitslos	39	-14	16	-4	1	-3	20	+15	12	+3	12	+2
Arbeitslose	37	-7	33	+7	2	-5	9	+7	13	+3		
Hartz-IV-Bezug	37		25		4		8		20			
BERUFSGRUPPE												
Arbeiter	42	-11	29	+3	3	-2	11	+9	5	+1	10	-1
Arbeiter	44	-6	27	+2	3	-2	12	+9	5	+2		
Angestellte	37	-11	32	+1	4	-4	18	+13	2	±0	7	+2
Angestellte	34	-13	31	+2	4	-5	20	+13	3	±0		
Beamte	26	-16	44	+5	5	-1	19	+12	2	±0	4	±0
Beamte	28	-15	42	+2	6	-1	18	+11	1	±0		
Selbstständige	22	-5	44	±0	9	-9	18	+13	2	±0	5	+1
Selbstständige	20	-12	42	+13	9	-15	18	+10	4	+4		
Landwirte	22	+2	57	+4	9	-10	7	+6	1	±0	4	-2

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011												
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen												
	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		LINKE		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
SCHULBILDUNG												
Hauptschule	43	-7	37	+5	3	-4	7	+5	4	+2	6	-1
niedrig	42	-8	39	+5	4	-2	7	+5	4	+2		
Mittlere Reife	37	-9	34	+2	3	-5	15	+11	3	±0	8	±0
mittel	35	-9	36	+2	3	-5	15	+12	3	-1		
Hochschulreife	29	-16	30	±0	4	-5	24	+16	3	+1	10	+5
hoch	31	-12	31	+1	5	-5	24	+15	3	±0		
Hochschule, Uni	24	-14	35	±0	7	-5	27	+17	2	±0	5	+1
GEWERKSCHAFTSMITGLIED												
ja	50	-6	24	+3	2	-3	12	+7	4	-1	8	-1
Mitglieder	45	-17	28	+10	3	-2	13	+9	3	-2		
org. Arbeiter	48	-20	30	+19	1	-2	10	+5	2	-2		
nein	32	-12	36	+1	5	-4	17	+12	3	+1	7	+1
Nichtmitglieder	34	-8	36	±0	5	-4	16	+11	3	+1		
ARBEITER+GEWERKSCHAFT												
Gew.-Mitglied	56	-4	22	+5	2	-3	6	+4	5	±0	9	-2
kein Mitglied	37	-13	32	+3	3	-2	13	+10	4	+1	11	±0
ANGEST.+GEWERKSCHAFT												
Gew.-Mitglied	52	-4	19	±0	2	-3	16	+8	3	-2	8	±0
kein Mitglied	34	-13	34	+1	4	-5	19	+14	2	±0	7	+2
KONFESSION												
evangelisch	43	-11	29	+5	6	-3	14	+10	3	+1	5	-1
evangelisch	43	-12	28	+5	5	-3	14	+9	3	+1		
katholisch	31	-8	44	+2	3	-5	14	+10	3	+1	5	-1
katholisch	31	-8	45	+1	4	-3	13	+10	2	±0		
keine	35	-12	20	+2	5	-3	24	+13	6	±0	10	±0
keine/andere	34	-9	21	+4	4	-8	26	+16	7	-1		

 = Forschungsgruppe Wahlen

 = Infratest dimap

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011													
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen													
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		LINKE		Sonstige		
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
ENDERGEBNIS	39,0	-5,2	23,1	-2,1	24,2	+12,5	5,3	-5,4	2,8	-0,3	5,6	+0,5	
ALTER													
18-29 Jahre	33	-3	21	-8	26	+13	4	-8	3	±0	13	+5	
18-24 Jahre	31	-5	22	-6	24	+10	5	-5	2	-1			
30-44 Jahre	33	-5	19	-6	32	+14	5	-5	3	±0	8	+2	
25-34 Jahre	33	-7	20	-3	28	+12	5	-7	3	±0			
35-44 Jahre	33	-3	19	-6	33	+14	5	-6	3	±0			
45-59 Jahre	32	-7	23	-5	31	+17	5	-5	4	-1	5	±0	
45-59 Jahre	32	-7	23	-5	32	+18	5	-5	4	-1			
60 u. älter	49	-6	26	+4	15	+10	6	-15	2	±0	2	-2	
60 u. älter	50	-5	26	+2	14	+9	6	-5	2	±0			
GESCHLECHT													
männlich	39	-5	23	±0	22	+11	6	-5	3	±0	7	+1	
männlich	39	-5	23	-1	22	+11	6	-6	3	-1			
weiblich	39	-5	23	-4	27	+14	5	-5	2	-1	4	±0	
weiblich	39	-6	23	-3	27	+14	5	-5	2	±0			
FRAUEN													
18-29 Jahre	32	-3	23	-11	29	+16	4	-7	3	±0	9	+5	
18-24 Jahre	30	-5	23	-8	29	+12	5	-4	2	-1			
30-44 Jahre	31	-6	21	-7	36	+16	4	-4	2	-1	6	+2	
25-34 Jahre	31	-8	21	-3	33	+14	5	-6	3	±0			
35-44 Jahre	31	-4	19	-6	37	+15	4	-6	3	+1			
45-59 Jahre	31	-8	23	-5	32	+16	5	-4	4	±0	5	+2	
45-59 Jahre	32	-9	22	-6	34	+20	5	-5	3	±0			
60 u. älter	51	-3	25	+1	16	+11	5	-5	2	±0	1	-3	
60 u. älter	51	-6	25	+2	16	+10	5	-5	2	±0			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011												
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen												
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		LINKE		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER												
18-29 Jahre	33	-3	20	-6	22	+9	5	-7	3	±0	17	+6
18-24 Jahre	33	-6	21	-5	20	+9	5	-6	2	-1		
30-44 Jahre	36	-4	18	-4	28	+13	5	-7	3	±0	10	+2
25-34 Jahre	36	-6	18	-3	24	+10	6	-7	3	±0		
35-44 Jahre	35	-2	19	-6	29	+14	5	-6	3	-1		
45-59 Jahre	32	-7	24	-3	29	+17	6	-5	4	-1	5	-1
45-59 Jahre	32	-6	24	-4	29	+17	6	-6	4	-1		
60 u. älter	48	-7	28	+7	13	+8	7	-6	2	±0	2	-2
60 u. älter	49	-4	27	+3	13	+7	6	-5	3	±0		
BERUFSTÄTIG												
berufstätig	35	-4	22	-4	28	+13	5	-6	3	-1	7	+2
Rentner	49	-5	27	+3	13	+9	6	-5	2	±0	3	-2
Rentner	48	-4	27	+1	16	+11	6	-5	2	-1		
arbeitslos	23	-12	25	-1	27	+14	3	-8	5	-3	17	-9
Arbeitslose	23	-17	22	-9	26	+15	4	-2	13	+7		
Hartz-IV-Bezug	24		28		21		3		18			
BERUFSGRUPPE												
Arbeiter	41	-6	26	±0	17	+11	4	-4	3	-1	9	±0
Arbeiter	37	-0	24	-6	18	+11	4	-5	5	-2		
Angestellte	36	-5	24	-4	27	+14	5	-6	2	-2	6	+2
Angestellte	34	-4	22	-3	29	+13	5	-6	3	-1		
Beamte	36	+2	27	-5	28	+8	5	-2	2	±0	2	-3
Beamte	31	-5	27	-5	35	+16	4	-5	2	-1		
Selbstständige	44	-7	13	+1	27	+15	9	-11	2	±0	5	+1
Selbstständige	43	-6	11	-3	31	+15	10	-6	1	-1		
Landwirte	80	+4	3	-4	9	+7	6	-2		-2	2	-4

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011												
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen												
	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		LINKE		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
SCHULBILDUNG												
Hauptschule	47	-7	27	+3	13	+9	5	-4	2	-1	6	±0
niedrig	48	-4	24	-3	13	+9	6	-2	3	-1		
Mittlere Reife	39	-5	23	-4	24	+15	5	-5	3	-1	6	+1
mittel	40	-5	25	±0	23	+12	4	-7	3	±0		
Hochschulreife	34	-4	21	-5	31	+12	5	-5	3	-1	6	+2
hoch	31	-5	21	-3	34	+14	6	-7	3	±0		
Hochschule, Uni	31	-1	20	-4	36	+13	7	-8	2	±0	4	±0
GEWERKSCHAFTSMITGLIED												
ja	29	±0	34	-7	23	+11	3	-3	5	-1	6	-1
Mitglieder	27	-1	31	-9	24	+12	4	-2	6	-1		
org. Arbeiter	29	-1	25	-14	18	+10	5	+1	9	+1		
nein	40	-6	21	-2	25	+13	6	-6	2	-1	6	+1
Nichtmitglieder	40	-6	22	-1	25	+13	6	-6	2	±0		
ARBEITER+GEWERKSCHAFT												
Gew.-Mitglied	29	-9	38	±0	15	+9	2	-3	5	±0	11	+3
kein Mitglied	44	-5	22	-1	18	+12	4	-5	3	±0	9	±0
ANGEST.+GEWERKSCHAFT												
Gew.-Mitglied	25	+2	35	-7	26	+12	4	-3	5	-3	5	-1
kein Mitglied	37	-6	23	-3	28	+15	5	-7	2	-1	5	+2
KONFESSION												
evangelisch	37	-2	26	-3	24	+12	6	-7	2	-1	5	±0
evangelisch	37	-2	26	-3	23	+12	6	-6	2	±0		
katholisch	48	-7	19	-1	21	+11	4	-4	2	-1	6	+1
katholisch	48	-8	20	-1	21	+11	5	-4	2	-1		
keine	20	-4	23	-7	37	+18	5	-8	7	±0	8	+2
keine/andere	23	-3	25	-4	34	+15	4	-8	7	+1		

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		BIW		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
ENDERGEBNIS	38,6	+1,9	20,3	-5,3	22,5	+6,0	5,6	-2,8	2,4	-3,6	3,7	+2,9	6,9	+1,0
ALTER														
16-29 Jahre	31	-5	15	-4	28	+6	6	-1	3	-5	4	+4	13	+5
davon 16-17 Jahre	29		11		33		7		4		2		14	
16-24 Jahre	30	-2	14	-6	30	+5	7	-1	2	-5	5			
30-44 Jahre	32	-3	18	±0	30	+6	6	-3	2	-4	4	+3	8	+1
25-34 Jahre	32	-1	17	-3	29	+7	6	-2	3	-6	4			
35-44 Jahre	33	±0	17	-3	29	+6	6	-3	2	-4	4			
45-59 Jahre	39	+4	16	-6	26	+6	8	-4	1	-4	4	+3	6	+1
45-59 Jahre	38	+3	16	-6	27	+7	7	-5	2	-4	4			
60 u. älter	47	+8	28	-8	12	+5	3	-3	3	-3	3	+2	4	-1
60 u. älter	46	+5	28	-6	12	+4	4	-2	3	-3	3			
GESCHLECHT														
männlich	37	+5	20	-6	21	+5	6	-5	3	-4	4	+3	9	+2
männlich	37	+3	21	-6	21	+6	6	-7	3	-4	4			
weiblich	39	-1	19	-5	26	+8	5	-2	2	-4	3	+3	6	+1
weiblich	40	±0	20	-5	24	+6	5	-2	2	-3	3			
FRAUEN														
16-29 Jahre	32	-6	15	-3	32	+10	6	-1	2	-5	4	+3	9	+2
16-24 Jahre	31	-3	13	-4	34	+6	7	±0	2	-4	4			
30-44 Jahre	32	-5	16	±0	34	+7	5	-3	2	-3	4	+3	7	+1
25-34 Jahre	33	-5	16	-2	31	+8	6	±0	2	-4	3			
35-44 Jahre	34	-2	16	-3	32	+6	6	-2	2	-3	3			
45-59 Jahre	39	+2	14	-5	29	+6	7	-3	2	-4	4	+3	5	+2
45-59 Jahre	39	+2	15	-4	29	+7	6	-4	2	-4	4			
60 u. älter	49	+4	28	-8	14	+7	2	-1	2	-3	2	+2	3	±0
60 u. älter	48	+3	27	-7	12	+4	3	-1	3	-2	3			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011

Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen

	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		BIW		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER														
16-29 Jahre	30	-4	15	-4	24	+1	6	-1	4	-5	5	+5	16	+8
16-24 Jahre	29	-1	14	-8	26	+4	6	-2	2	-5	5			
30-44 Jahre	32	-1	20	-1	26	+6	6	-3	3	-5	4	+3	9	+1
25-34 Jahre	31	+2	16	-5	27	+6	6	-3	3	-7	4			
35-44 Jahre	32	+1	19	-4	26	+6	7	-4	2	-5	5			
45-59 Jahre	38	+6	17	-7	24	+6	8	-6	2	-3	4	+3	7	+1
45-59 Jahre	38	+5	16	-7	25	+7	8	-6	2	-4	5			
60 u. älter	44	+12	27	-9	12	+5	4	-6	3	-3	3	+3	7	±0
60 u. älter	44	+6	29	-5	11	+4	5	-3	3	-3	3			
BERUFSGRUPPE														
Arbeiter	47	+2	16	-4	15	+7	5	-6	2	-3	5	+4	10	-1
Arbeiter	45	-1	11	-7	18	+10	8	-4	1	-3	7			
Angestellte	39	+1	19	-7	25	+7	6	-2	2	-4	3	+3	6	+2
Angestellte	37	+1	17	-6	29	+7	5	-3	2	-4	4			
Beamte	37	+5	23	-6	26	+3	4	-3	2	-3	3	+2	5	+1
Beamte	36	+2	15	-8	30	+1	8	-1	2	-2	2			
Selbstständige	24	+3	32	-5	25	+5	6	-1	4	-5	3	+2	6	+1
Selbstständige	22	+2	31	-3	32	+7	5	-3	4	-6	1			
Rentner	46	+4	28	-3	12	+3	3	-3	2	-3	3			
Arbeitslose	37	+5	14	-4	20	+7	10	-10	3	-3	5			
SCHULBILDUNG														
Hauptschule	55	+7	18	-5	11	+5	4	-4	2	-3	4	+3	6	-2
niedrig	49	-3	20	-2	13	+9	5	-4	1	-2	6			
Mittlere Reife	40	+2	21	-7	18	+7	5	-4	3	-4	5	+4	8	+1
mittel	41	+3	23	-5	17	+5	6	-2	3	-4	5			
Hochschulreife	33	±0	19	-8	28	+6	6	-1	2	-4	4	+3	8	+5
hoch	32	+5	19	-8	32	+4	6	-3	3	-4	2			
Hochschule, Uni	29	+3	21	-3	34	+1	6	-2	3	-4	1	+1	6	+4

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		BIW		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
GEWERKSCHAFT														
Mitglieder	49	+4	11	-3	19	+2	8	-5	1	-3	4			
org. Arbeiter	51	+4	7	-4	15	+8	8	-9	1	-4	7			
Nichtmitglieder	36	+2	23	-6	24	+7	5	-2	3	-4	4			
KONFESSION														
evangelisch	41	+2	21	-5	21	+7	4	-2	2	-4	4			
katholisch	33	+4	32	-9	18	+4	4	-2	4	±0	4			
keine/andere	37	+2	16	-3	26	+5	9	-5	2	-4	3			
MIGRATIONS Hintergrund														
Ja	39		19		20		6		3		4			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		LINKE		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
ENDERGEBNIS	35,6	+5,3	23,0	-5,7	18,4	+1,6	2,8	-6,8	8,7	+5,3	6,0	-1,4	5,6	+1,7
ALTER														
18-29 Jahre	26	-1	19	-4	11	-1	4	-8	13	+8	13	-3	15	+10
18-24 Jahre	24	-1	16	-4	14	+1	4	-8	12	+6	14	-3		
30-44 Jahre	31	+8	25	-7	13	±0	4	-9	13	+8	8	-2	7	+2
25-34 Jahre	27	+5	23	-5	12	-1	4	-9	12	+6	12	-2		
35-44 Jahre	30	+7	25	-6	13	-7	4	-9	12	+7	8	±0		
45-59 Jahre	34	+7	24	-8	21	+3	3	-7	6	+6	9	-1	5	+1
45-59 Jahre	34	+5	23	-7	20	+3	3	-7	9	+6	6	-1		
60 u. älter	44	+3	23	-3	23	±0	2	-4	2	+3	4	+1	2	±0
60 u. älter	45	+5	24	-5	21	+1	2	-4	5	+4	2	±0		
GESCHLECHT														
männlich	33	+6	23	-5	19	+2	3	-8	9	+5	8	-2	6	+2
männlich	32	+5	24	-6	19	+2	3	-7	8	+5	8	-2		
weiblich	38	+5	23	-6	18	+2	3	-6	9	+5	4	-1	6	+1
weiblich	40	+6	23	-6	18	+1	2	-7	9	+5	4	±0		
FRAUEN														
18-29 Jahre	27	-3	17	-8	11	±0	5	-6	15	+9	11	-1	15	+9
18-24 Jahre	27	+1	17	-5	14	-1	4	-8	15	+7	10	±0		
30-44 Jahre	33	+8	22	-7	13	±0	4	-8	14	+7	6	-2	8	+1
25-34 Jahre	29	+5	22	-6	12	-2	4	-10	14	+7	9	+1		
35-44 Jahre	32	+7	24	-6	14	-2	3	-9	13	+7	5	±0		
45-59 Jahre	37	+6	23	-8	22	+4	3	-6	8	+6	4	-1	5	±0
45-59 Jahre	38	+5	22	-7	20	+2	3	-7	9	+6	3	±0		
60 u. älter	47	+2	25	-2	19	±0	1	-4	4	+3	1	±0	2	±0
60 u. älter	48	+5	24	-5	19	+2	2	-4	5	+3	1	±0		

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011

Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen

	SPD		CDU		LINKE		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER														
18-29 Jahre	24	-1	20	-1	10	-1	3	-10	11	+7	16	-5	15	+10
18-24 Jahre	21	-2	16	-4	14	+3	4	-8	11	+4	18	-5		
30-44 Jahre	29	+9	27	-8	12	±0	4	-10	12	+8	10	-1	7	+2
25-34 Jahre	25	+5	23	-4	11	±0	4	-9	11	+5	15	-3		
35-44 Jahre	27	+7	26	-6	13	-1	4	-9	11	+7	11	±0		
45-59 Jahre	31	+8	25	-9	20	+2	3	-9	10	+7	8	-1	5	+1
45-59 Jahre	30	+5	25	-7	20	+3	3	-8	9	+6	8	-2		
60 u. älter	41	+3	20	-3	27	-1	2	-4	5	+3	3	+1	2	±0
60 u. älter	41	+4	23	-5	24	+1	2	-4	5	+4	4	+1		
BERUFSTÄTIG														
berufstätig	32	+7	24	-10	17	+3	4	-8	11	+8	7	-1	6	+2
Rentner	44	+3	22	-3	24	+1	1	-4	4	+3	2	±0	2	±0
Rentner	45	+5	23	-4	23	+1	1	-4	5	+3	2	±0		
arbeitslos	32	+8	10	-11	27	+9	1	-7	8	+5	12	-6	9	+2
Arbeitslose	32	+8	13	-8	19	-2	2	-7	6	+3	18	+1		
BERUFSGRUPPE														
Arbeiter	38	+9	20	-7	20	+4	2	-7	6	+4	7	-5	6	+1
Arbeiter	35	+8	21	-7	16	+3	2	-10	5	+3	13	+1		
Angestellte	38	+5	19	-8	20	+1	3	-6	10	+7	5	+1	5	+1
Angestellte	33	+3	22	-8	19	+5	3	-7	11	+7	5	±0		
Beamte	33	+4	30	-8	17	+6	3	-7	8	+4	3	-2	6	+3
Beamte	40	+24	33	-12	8	-7	5	-6	9	+6	3	-2		
Selbstständige	18	+3	35	-3	15	+4	6	-11	14	+8	5	-2	6	+3
Selbstständige	18	+6	35	-6	12	+1	6	-13	17	+14	5	-4		
Landwirte	37	+12	27	-12	17	+1	3	-4	6	+5	8	+1	3	-2

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		LINKE		FDP		GRÜNE		NPD		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
SCHULBILDUNG														
Hauptschule	44	+5	24	-4	15	±0	3	-3	3	+2	8	±0	3	+1
niedrig	44	+6	24	-4	17	+3	1	-6	3	+1	8	+1		
Mittlere Reife	33	+7	25	-4	17	+2	2	-9	7	+5	9	-1	6	+1
mittel	35	+7	24	-6	18	+2	3	-7	7	+5	7	-3		
Hochschulreife	34	+3	21	-7	18	+1	4	-7	11	+5	5	±0	7	+4
hoch	32	+5	21	-6	20	-1	3	-8	13	+7	4	±0		
Hochschule, Uni	32	+3	25	-4	22	-1	3	-6	14	+8	1	-2	5	+2
GEWERKSCHAFTSMITGLIED														
ja	39	+4	15	-9	23	+2	2	-5	9	+6	6	±0	6	+2
Mitglieder	38	+4	19	-5	25	+4	3	-4	7	+5	5	+1		
org. Arbeiter	35	+12	16	-13	24	+14	5	-12	6	+3	10	-3		
nein	35	+6	22	-7	19	+3	3	-7	9	+6	6	-2	6	+2
Nichtmitglieder	35	+6	24	-6	17	+1	3	-8	9	+5	6	-2		
ARBEITER+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	43	+11	12	-14	23	+3	2	-6	6	+5	9	+1	6	+1
kein Mitglied	37	+8	21	-6	20	+5	2	-7	6	+4	8	-6	6	+2
ANGEST.+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	39	-3	14	-6	24	±0	2	-2	12	+9	3	±0	6	+2
kein Mitglied	37	+6	20	-9	20	+1	3	-7	10	+7	5	+1	5	+1
KONFESSION														
evangelisch	37	+4	35	-2	11	+2	3	-6	8	+4	3	-3	4	+2
evangelisch	37	+6	31	-5	11	+1	3	-7	11	+7	5	-1		
katholisch	31	+9	36	-10	6	-2	5	-5	13	+7	7	+1	3	-1
katholisch	28	+4	48	-3	4	-6	4	±0	9	+5	3	-3		
keine	35	+5	19	-5	21	±0	3	-7	8	+5	8	±0	6	+2
keine/andere	36	+6	19	-6	22	+2	3	-7	8	+5	7	-2		

☐ = Forschungsgruppe Wahlen

☐ = Infratest dimap

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		Piraten		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
ENDERGEBNIS	28,3	-2,5	23,3	+2,0	17,6	+4,5	11,7	-1,7	1,8	-5,7	8,9	+8,9	8,3	-5,5
ALTER														
18-29 Jahre	26	-7	15	+2	20	+4	8	-4	2	-7	15	+15	15	-2
18-24 Jahre	24	-12	16	+4	18	+3	9	-4	2	-5	16			
30-44 Jahre	25	-5	19	+3	25	+5	8	-3	2	-7	12	+12	10	-5
25-34 Jahre	25	-7	15	+2	22	±0	8	-1	2	-6	17			
35-44 Jahre	26	-4	20	+5	24	+4	8	-3	2	-6	10			
45-59 Jahre	27	-3	22	+3	20	+6	14	-3	1	-6	9	+9	8	-7
45-59 Jahre	27	-3	22	+2	21	+8	13	-3	2	-6	8			
60 u. älter	34	+2	33	+1	9	+3	15	+1	2	-5	4	+4	4	-7
60 u. älter	34	+3	33	+2	9	+3	15	+1	2	-6	3			
GESCHLECHT														
männlich	27	-2	24	+2	15	+2	13	-1	2	-7	11	+11	9	-6
männlich	26	-3	24	+3	16	+3	12	-2	2	-7	11			
weiblich	30	-3	23	+3	20	+6	11	-3	2	-5	7	+7	8	-5
weiblich	31	-2	23	+2	20	+6	11	-1	2	-5	7			
FRAUEN														
18-29 Jahre	27	-6	14	+1	24	+6	7	-5	2	-7	11	+11	15	±0
18-24 Jahre	25	-11	15	+2	22	+5	10	-2	2	-4	12			
30-44 Jahre	26	-4	19	+4	28	+7	7	-4	2	-5	8	+8	10	-5
25-34 Jahre	28	-6	15	+2	25	+2	9	+1	2	-5	12			
35-44 Jahre	27	-5	20	+5	28	+7	8	-3	2	-5	7			
45-59 Jahre	28	-4	21	+2	23	+10	13	-3	1	-5	7	+7	7	-6
45-59 Jahre	28	-3	21	+1	24	+9	12	-2	1	-6	7			
60 u. älter	36	+2	33	+3	10	+4	13	-1	2	-4	3	+3	4	-7
60 u. älter	37	+3	32	+3	10	+4	14	±0	2	-5	3			

= Forschungsgruppe Wahlen

= Infratest dimap

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		Piraten		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MÄNNER														
18-29 Jahre	25	-7	16	+3	16	+2	8	-4	2	-8	19	+19	15	-6
18-24 Jahre	22	-12	17	+5	13	+1	7	-5	3	-6	20			
30-44 Jahre	25	-4	19	+3	21	+3	8	-3	2	-8	15	+15	10	-6
25-34 Jahre	22	-8	15	+2	19	-1	8	-3	2	-7	21			
35-44 Jahre	24	-3	21	+4	21	+1	8	-4	3	-6	13			
45-59 Jahre	25	-2	23	+2	17	+3	15	-2	2	-6	10	+10	9	-5
45-59 Jahre	25	-3	23	+4	19	+6	13	-4	2	-6	10			
60 u. älter	32	+5	33	-2	8	+3	17	+2	2	-6	5	+5	4	-7
60 u. älter	32	+3	33	+2	8	+2	16	+1	2	-7	4			
BERUFSTÄTIG														
berufstätig	27	-4	22	+3	21	+4	10	-2	2	-7	9	+9	9	-4
Rentner	34	+2	32	+2	8	+3	16	+1	2	-5	4	+4	4	-7
Rentner	35	+4	31	+1	9	+5	16	±0	1	-6	3			
arbeitslos	23	-3	12	+2	20	+9	16	-4	0	-7	16	+16	13	-14
Arbeitslose	27	-4	11	±0	14	-1	16	-3	3	-2	13			
BERUFSGRUPPE														
Arbeiter	33	-1	21	+4	10	+4	14	-2	1	-5	9	+9	12	-10
Arbeiter	32	-3	16	-1	10	+3	15	±0	1	-4	11			
Angestellte	30	-2	23	+2	17	+4	13	-2	2	-5	8	+8	7	-5
Angestellte	29	-2	21	+5	21	+3	10	-4	2	-6	10			
Beamte	21	-5	39	+6	21	+4	7	±0	3	-6	4	+4	5	-4
Beamte	21	-7	31	+1	29	+11	4	-5	2	-4	6			
Selbstständige	21	-3	25	+3	24	+2	9	-1	3	-9	11	+11	7	-3
Selbstständige	16	-11	21	+1	24	±0	11	+4	3	-11	14			

☐ = Forschungsgruppe Wahlen

☐ = Infratest dimap

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September														
Wählerverhalten in Bevölkerungsgruppen														
	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		FDP		Piraten		Sonstige	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
SCHULBILDUNG														
Hauptschule	34	+1	32	+5	8	+4	11	±0	2	-6	6	+6	9	-10
niedrig	37	+2	29	+4	7	+3	9	-2	2	-5	7			
Mittlere Reife	29	-3	27	+4	11	+5	11	-1	2	-6	8	+8	12	-6
mittel	31	-1	28	+3	10	+3	12	±0	1	-7	8			
Hochschulreife	27	-7	19	+1	22	+4	10	-3	2	-5	13	+13	9	-4
hoch	25	-3	20	+2	24	+4	12	-3	2	-5	10			
Hochschule, Uni	24	-2	18	±0	28	+3	14	-3	2	-5	9	+9	5	-2
GEWERKSCHAFTSMITGLIED														
ja	31	-4	17	±0	19	+6	16	±0	1	-5	8	+8	9	-5
Mitglieder	31	-3	19	-1	18	+5	13	-2	1	-3	8			
org. Arbeiter	36	-3	19	-1	7	±0	14	+1	0	-1	14			
nein	28	-2	25	+3	17	+4	11	-2	2	-6	9	+9	8	-6
Nichtmitglieder	28	-3	24	+3	18	+4	12	-2	2	-6	9			
ARBEITER+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	38	-1	15	+3	10	+6	16	-3	0	-4	8	+8	12	-9
kein Mitglied	31	-1	22	+5	10	+4	14	-2	1	-6	10	+10	13	-10
ANGEST.+GEWERKSCHAFT														
Gew.-Mitglied	32	-1	15	-2	20	+5	17	±0	0	-6	8	+8	9	-3
kein Mitglied	30	-2	25	+2	17	+4	12	-2	2	-5	8	+8	7	-5
KONFESSION														
evangelisch	29	-4	33	+4	19	+5	5	+1	2	-6	6	+6	6	-6
evangelisch	30	-2	32	+2	19	+6	5	+1	2	-7	6			
katholisch	25	+1	34	-5	22	+7	3	-1	3	-6	8	+8	5	-3
katholisch	20	-7	40	+4	18	+3	3	±0	3	-5	9			
keine	28	-2	16	+3	17	+4	17	-4	2	-5	11	+11	10	-6
keine/andere	28	-2	17	+4	17	+4	17	-5	1	-6	11			
muslimisch	42	-4	3	-5	21	+13	2	-11	1	-3	4			

= Forschungsgruppe Wahlen
 = Infratest dimap

Weitere Informationen finden Sie in unserem Onlineangebot unter:

Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar 2011 - <http://www.kas.de/wf/de/33.21957/>

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 - <http://www.kas.de/wf/de/33.22305/>

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 - <http://www.kas.de/wf/de/33.22380/>

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011 - <http://www.kas.de/wf/de/33.22410/>

Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011 - <http://www.kas.de/wf/de/33.22902/>